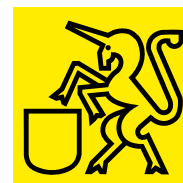




26. Sitzung des Gemeinderates (Doppelsitzung)

Datum, Zeit	Montag, 9. Dezember 2024, 19:00 Uhr bis 22:43 Uhr
Ort	Obere Mühle, Oberdorfstrasse 15, 8600 Dübendorf
Vorsitz	Roger Gallati (FDP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	38 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Christian Ingold (SVP) und Daniel Griesser (SVP)
Protokoll	Friederike Häfeli, Gemeinderatssekretärin
Stimmzählende	Alexandra Freuler (SP) Marco Lang (Die Mitte/EVP) Sarah Steiner (SVP)



Traktanden

1. Mitteilungen
2. Budget 2025 / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 52/2024

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) begrüsst zur 26. Sitzung der Legislatur 2022-2026.

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) weist darauf hin, dass die Gemeinderäte an ihrem Platz jeweils einen Klaus Kopf mit Schokolade haben. Das kleine Weihnachtspresent ist ein Zeichen des Dankes für den Einsatz der GR-Mitglieder während des ganzen Jahres und soll aber natürlich auch für genügend Energie für die heutige Budgetdebatte sorgen.

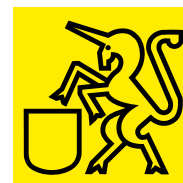
Die Einladung zur heutigen Sitzung mit der Traktandenliste ist gemäss Artikel 46 von der Geschäftsordnung vom Gemeinderat rechtzeitig verschickt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht worden. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestanden.

Es gibt keine Änderungsanträge zur Traktandenliste, womit diese als genehmigt gilt. Für die Sitzung haben sich Christian Ingold (SVP) und Daniel Griesser (SVP) entschuldigt. Leandra Columberg (SP) verspätet sich leicht aufgrund der Teilnahme an der Kantonsratssitzung. Es sind somit zu Beginn der Sitzung 37 Gemeinderatsmitglieder anwesend. Vom Stadtrat sind alle anwesend.

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) verabschiedet Katrin Vögeli (glp/GEU). Sie ist seit 1. Mai 2023 Mitglied im Gemeinderat. Aufgrund ihres Wegzugs aus Dübendorf scheidet sie auf Ende des Jahres aus dem Gremium aus. Der Ratspräsident bedankt sich sehr herzlich bei ihr für ihr Engagement im Gemeinderat Dübendorf und wünscht ihr im Namen des Dübendorfer Gemeinderates alles Gute.

Ausserdem ist es auch die letzte Sitzung des amtsältesten Gemeinderatsmitgliedes Theo Johner (die Mitte/EVP). Theo Johner (die Mitte/EVP) ist im Januar 1993 erstmals in den Dübendorfer Gemeinderat eingetreten. Anschliessend ist er in den folgenden Erneuerungswahlen immer in den Gemeinderat gewählt worden. Er war somit über 30 Jahre lang im Dübendorfer Parlament, hat 8 Erneuerungswahlen durchgemacht und war insgesamt an etwa 300 Gemeinderatssitzungen dabei. Er war in seiner Amtszeit Präsident der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission – am 8. Mai 1995 wurde er in dieses Amt gewählt), 2. Vizepräsident des Gemeinderats im 2000 / 2001, Mitglied der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte, Teil der Spezialkommission für die Vorbereitung der Totalrevision der Geschäftsordnung im 2021 und zuletzt Präsident der Interfraktionellen Konferenz.

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) gratuliert Theo und Vivian Johner zur Geburt ihres zweiten Sohnes Mathias. Der Ratspräsident bedankt sich bei Theo Johner (die Mitte/EVP) sehr herzlich für seinen extrem grossen Einsatz im Gemeinderat und wünscht seiner Familie und ihm, auch den Jungs Theo und Mathias, für die Zukunft alles Gute. Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) merkt an, dass bei einem Austritt aus dem Rat in der Regel keine Abschiedsgeschenke vorgesehen sind, aber dass im Falle von Theo Johner (die Mitte/EVP) als Alterspräsident im Sinne



der Geschäftsordnung des Dübendorfer Gemeinderats ausnahmsweise von diesem Usus abgewichen wird und überreicht ihm einen Blumenstrauss als Zeichen des Danks für sein Engagement für die Stadt Dübendorf sowie ein Baby-Body für seinen neugeborenen Sohn.

Seit der letzten Gemeinderatssitzung hat der Stadtrat keine neuen Geschäfte an den Gemeinderat überwiesen.

Zwei Antworten vom Stadtrat sind auf folgende politische Vorstösse beim Ratsbüro eingegangen:

- Schriftliche Anfrage von Lukas Schanz (SVP) zur Glattwerk AG – Gewinn der einzelnen Sparten
- Schriftliche Anfrage von Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU) zum "Pedibus für Dübendorf"

Die Schriftlichen Anfragen sind mit der Beantwortung durch den Stadtrat abschliessend behandelt.

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Es sind keine Fraktions- oder persönlichen Erklärungen angekündigt worden.

2. Budget 2025 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 52/2024

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) erläutert den Verhandlungsablauf und das Abstimmungsverfahren:

"Eine eigentliche Eintretensdebatte gibt es nicht, da das Eintreten beim Budget obligatorisch ist. Ich schlage jedoch vor, dass wir, bevor wir in die Detailberatung einsteigen, eine allgemeine Diskussion durchführen, dabei können generelle Aussagen zum Budget vorgebracht werden. Äusserungen zu einzelnen Änderungsanträgen bitte ich euch dann an der entsprechenden Stelle in der Detailberatung vorzubringen.

Nach der allgemeinen Diskussion folgt die Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten in der Erfolgsrechnung sowie in der Investitionsrechnung. Wenn zu einem Abschnitt keine Anträge gestellt werden, gilt er gestützt auf Art. 72 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderats als genehmigt.

Nach der Detailberatung über die Erfolgs- und die Investitionsrechnung findet jeweils eine Zwischenabstimmung über die bereinigte Erfolgsrechnung bzw. über die bereinigte Investitionsrechnung statt.

Anschliessend befassen wir uns mit der Höhe des Steuerfusses.

In einer Schlussabstimmung wird dann gesamthaft über die Annahme bzw. Ablehnung vom Budget abgestimmt."

Gegen dieses Vorgehen erhebt niemand einen Einwand.

Generelle Diskussion

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Budget mit Minus von 4,88 Mio.

Am 23. September informierte der Stadtrat per Medienmitteilung zum Budget 2025 und schrieb unter anderen: «Dank seiner vorausschauenden und nachhaltigen Finanzpolitik der letzten Jahre, könne der Steuerfuss bei attraktiv tiefen 78 Prozent belassen werden». Ist dieses Eigenlob angebracht? Positiv ist, dass am Steuerfuss nicht gerüttelt werden soll und die Schuldenbremse eingehalten werden kann. Budgetiert ist für das kommende Rechnungsjahr ein Aufwandüberschuss von CHF 4,88 Mio.



Die Erfolgsrechnung der Stadt Dübendorf sieht bei einem Gesamtaufwand von 228,15 Mio. und einem Gesamtertrag von 223,26 Mio. einen Aufwandüberschuss von 4,88 Mio. vor. Im Vergleich zum Budget 2024 nimmt der Aufwand um 17,92 Mio. Franken ab. Das sieht auf den ersten Blick sehr gut aus. Dass diese Abnahme dadurch zustande kommt, weil 2024, aufgrund ausserordentlich hoher Grundstückgewinnsteuern, Vorfinanzierungen von insgesamt 27,58 Mio. für Schulhausprojekte im Aufwand enthalten waren, ist dann weiter unten in der Medienmitteilung erklärt.

Effektiv erhöht sich der betriebliche Aufwand ungebremst und das Ausmass ist besorgniserregend. Hauptverursacher dafür sind der Personalaufwand mit 5,82 Mio. und der Sach- und Betriebsaufwand mit 4,11 Mio. Demgegenüber wird mit rund 5 Mio. höheren ordentlichen Steuern kalkuliert und es darf mit einem Ressourcenzuschuss von über 8 Mio. gerechnet werden, im Vergleich zu nur rund 2 Mio. im Vorjahr. Die Grundstückgewinnsteuern bleiben ein Ertragspfeiler, reichen aber trotz stolzen 14 Mio. nicht aus, um die Ausgabenfreude von Exekutive und Parlament zu kompensieren.

Weshalb ich von besorgniserregendem Ausgabenwachstum spreche, zeigen einige wenige Vergleichszahlen drastisch auf: Der betriebliche Aufwand betrug 2023 201,5, im Budget 2024 209,9 Mio. und für 2025 sind 223,5 Mio. budgetiert. Ähnlich progressiv sieht es beim Personalaufwand aus. Dieser betrug 2023 68 Mio., 2024 wurden 75,9 Mio. budgetiert und jetzt, für 2025, 81,7 Mio. Eine Steigerung von knapp 14 Mio. in 3 Jahren. In diesen Beträgen sind namhafte Summen für Lohnanpassungen und Teuerungsausgleiche enthalten. Der GRPK ist bewusst, dass das starke Bevölkerungswachstum und die demographische Entwicklung mehr Personal erfordern. Viele Stellen im Bildungs- und Sozialbereich sind gebunden. Das gilt auch für die Verwaltung, aber zu einem kleineren Teil. Trotzdem hat der Stadtrat innerhalb von zwei Jahren rund 30 neue Stellen bewilligt. Die GRPK vertritt die Ansicht, dass es so nicht weitergehen darf, weil parallel dazu die Springerkosten hoch bleiben und auch die Dienstleistungen Dritter auf sehr hohem Niveau weiter ansteigen. Diese sind für 2025 mit 13,4 Mio. budgetiert. 2024 waren es noch 10,8 Mio., also auch da ein Plus von 2,6 Mio. Dass der Stadtrat den Stellenanstieg damit begründet, dass ihm wegen Entscheiden des Parlaments, respektive des Stimmvolks, immer neue Aufgaben übertragen werden und er deshalb nicht anders kann, ist teilweise der Fall. Der Grossteil der Anträge für Investitionen und neue Aufgaben kommt jedoch vom Stadtrat ins Parlament. Die GRPK appelliert diesbezüglich zur grösstmöglichen Zurückhaltung. Nicht zuletzt aufgrund von im Budget 2025 geplanten «Nice to have-Projekten» und dem grosszügigen Umgang im Bezug von externen Beratern, sind innerhalb der GRPK Zweifel am Sparwillen der Exekutive aufgekommen. Und der – sehr milde ausgedrückt – uninspirierte Umgang des Stadtrats mit der vom Parlament im Frühjahr 2021 in Auftrag gegebenen Leistungsüberprüfung, trägt nicht dazu bei, diese Zweifel zu beseitigen. Bei diesem leidigen Thema ist die Erwartungshaltung der GRPK auf relevante Resultate auf einer Skala von null bis zehn nahe bei null.

Vorausschauende und nachhaltige Finanzpolitik?

An dieser Stelle zwei Anmerkungen zur vorausschauenden und nachhaltigen Finanzpolitik des Stadtrats. Die eine betrifft den Abschluss 2024 und die andere die Nettoinvestitionen. Gemäss Hochrechnung wird der Abschluss 2024, statt mit einer schwarzen Null, um 5,51 Mio. schlechter ausfallen. Der Sach- und Betriebsaufwand wird um knapp 4 Mio., rund 10 Prozent höher als budgetiert ausfallen und die Steuereinnahmen liegen unter Budget.

Zu den Nettoinvestitionen: Diese bestätigt der Stadtrat für die Periode 2024 – 2028 mit rund 263 Mio. Das werden dann 183 Mio. mehr sein, als in den Zielvorgaben mit 80 Mio. enthalten ist.

Zu den Abschreibungen

Die Abschreibungen sind für 2025 mit 11,9 Mio. budgetiert. In der Rechnung 2023 lagen diese bei 10,6 Mio.

Die Abschreibungen werden in den nächsten Jahren weiter ansteigen und die Rechnung während Jahrzehnten belasten. Grossprojekte, die in den nächsten Jahren realisiert werden sind: Das Schulhaus Birchlen, das Hallenbad, der Temporärer Schulraum Sonnenberg sowie das Schulhaus Gockhausen. Weitere sind in der Pipeline.



Zur Investitionsrechnung

Die Investitionen für das politische Gut belaufen sich auf 37,26 Mio. gegenüber 39,9 Mio. im Vorjahr. 9,68 Mio. sind für den Bereich Bildung vorgesehen, wovon unter anderem 4 Mio. für die Schulanlage Birchlen und 3 Mio. für den temporären Standort Sonnenberg; Weitere 10 Mio. für das neue Hallenbad sowie rund 8 Mio. für den Bereich Verkehr. Der Eigenfinanzierungsgrad liegt 2025 noch knapp im zweistelligen Prozentbereich.

Vorgehen nach dem bewährten Prüfansatz

Die Verabschiedung des Budgets durch den SR ist am 19.9.2024 erfolgt. Bis zum 18.11. haben die Prüfung durch die Kommission sowie der schriftliche Austausch von Fragen und Antworten stattgefunden. Am 18.11. fand der mündliche Austausch mit einer Delegation vom Stadtrat statt, bevor dann die GRPK das Budget am 25.11. verabschiedet hat.

Die Qualität, Strukturierung und Aussagekraft des vorliegenden Budgets sind gut. Die Differenzenkommentare der Verwaltung zu den Budgetabweichungen sind in aller Regel klar und nachvollziehbar, was massgeblich zu einer effizienten Prüfung beigetragen hat. Der Austausch mit dem Stadtrat war offen und konstruktiv.

Fazit

Bereits letztes Jahr habe ich an dieser Stelle im Namen der GRPK appelliert, der Aufwandseite hohe Beachtung zu schenken. Das vorliegende Budget zeigt, dass dieser Appell noch dringlicher geworden ist. Er richtet sich an den Stadtrat und an das Parlament. Wenn nicht entschieden Gegensteuer gegeben wird, läuft die Stadt Gefahr, in absehbarer Zeit ihren finanziellen Spielraum zu verspielen. Bei einem weiteren rasanten Anstieg wiederkehrender Kosten, «laufen» wir sehr bald in ein strukturelles Defizit. Vom Finanzvorstand hören wir dazu bisher leider hauptsächlich, dass die moderaten Steuersenkungen des letzten Jahrzehnts mit baldigen Steuererhöhungen zunichte gemacht werden müssen. Dies gilt es zu verhindern. Das ist möglich, wenn Stadtrat und Parlament sich vor jeder Ausgabe die Grundfragen zur finanziellen Angemessenheit der Ausgabe respektive der Investition stellen. Diese Grundlagen sind altbewährt und immer noch gültig. Diese lauten wie folgt: Ist die Ausgabe im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, ist sie notwendig oder nur «nice to have», ist sie dringlich, ist sie zweckmässig und ist sie wirtschaftlich? In der Hoffnung, dass ich mit meinem Appell nicht der «einsame Rufer in der Wüste bleibe», komme ich zu den Schlussbemerkungen.

Schlussbemerkungen

In der GRPK sind alle Fraktionen im Verhältnis zur Wählerstärke vertreten. Wie im Gemeinderat, sind auch in der Kommission die Meinungen unterschiedlich. Nicht selten gehen sie diametral auseinander. Mit meinem Votum alle Fraktionen zu jedem Thema «abzuholen», ist ein Ding der Unmöglichkeit. Ziel des Referats ist, die Mehrheitsmeinung der GRPK zum Budget, fakten- und zahlenbasiert zu vermitteln. Jede Fraktion hat in der anschliessenden Eintretensdebatte die Möglichkeit, abweichende Standpunkte darzulegen.

Für die zeitgerechte Beantwortung der Fragen danke ich der Verwaltung im Namen der GRPK. Ebenso dem Stadtrat für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Der letzte Dank geht an das Gemeinderatssekretariat, namentlich an die neue Sekretärin Friederike. Sie hat unsere Kommission trotz einer kurzen Einarbeitungszeit in allen Belangen hervorragend unterstützt.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit."

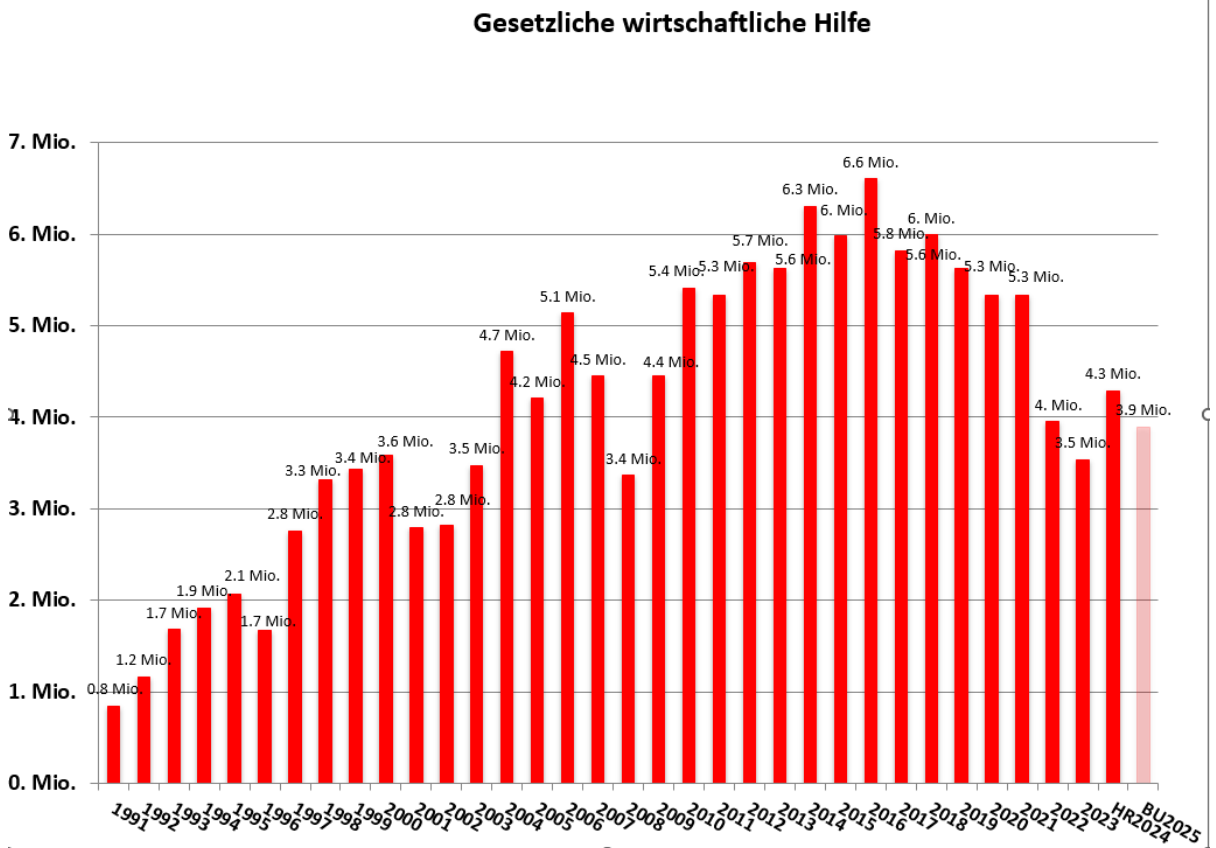
Leandra Columberg (SP) ist mittlerweile im Saal angetroffen. Somit sind nun insgesamt 38 Gemeinderatsmitglieder anwesend.

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

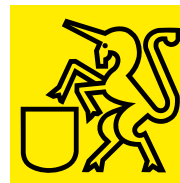
"Sie haben vom GRPK-Präsidenten bereits einiges gehört und es ist nicht etwa so, dass der Stadtrat nicht ähnliche Sorgen teilt wie die GRPK. Ich will aber trotzdem auf ein paar Entwicklungen eingehen,



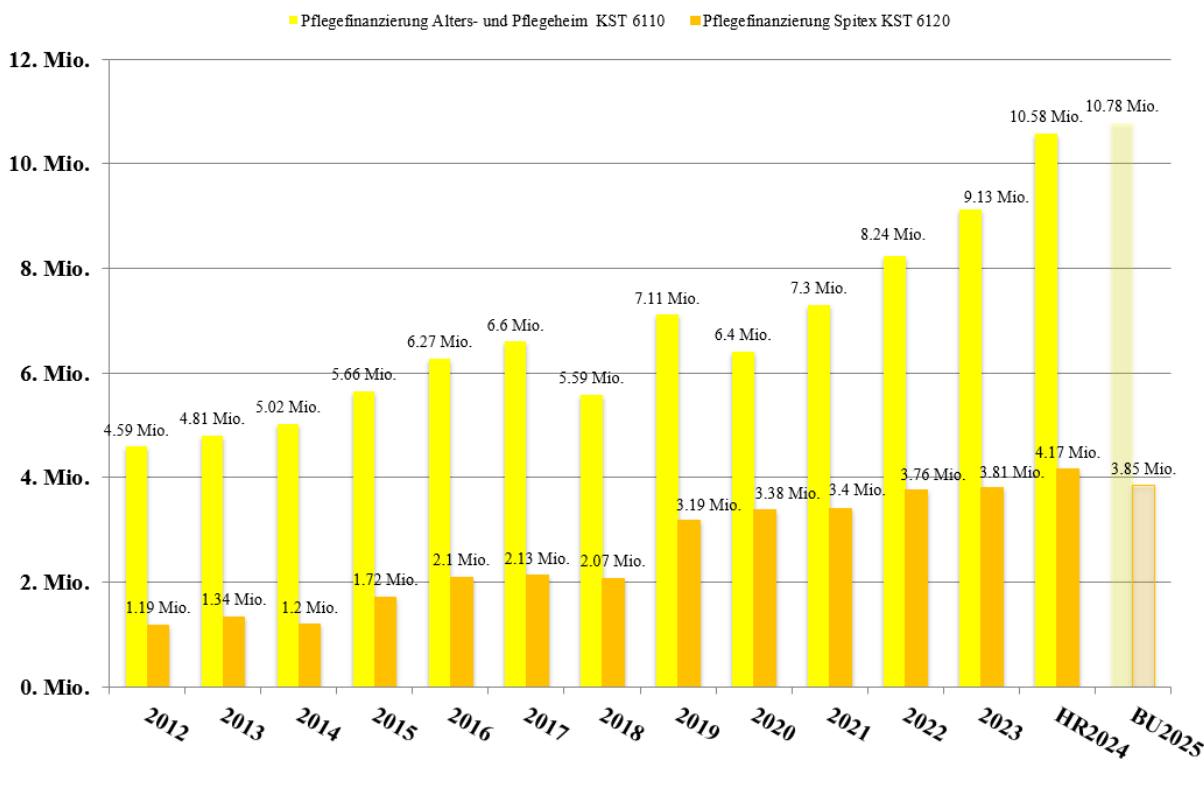
die für unsere Stadt entscheidend sind und die unsere Kosten beeinflussen, sowohl auf dem Sachaufwand als auch auf den Personalaufwand.



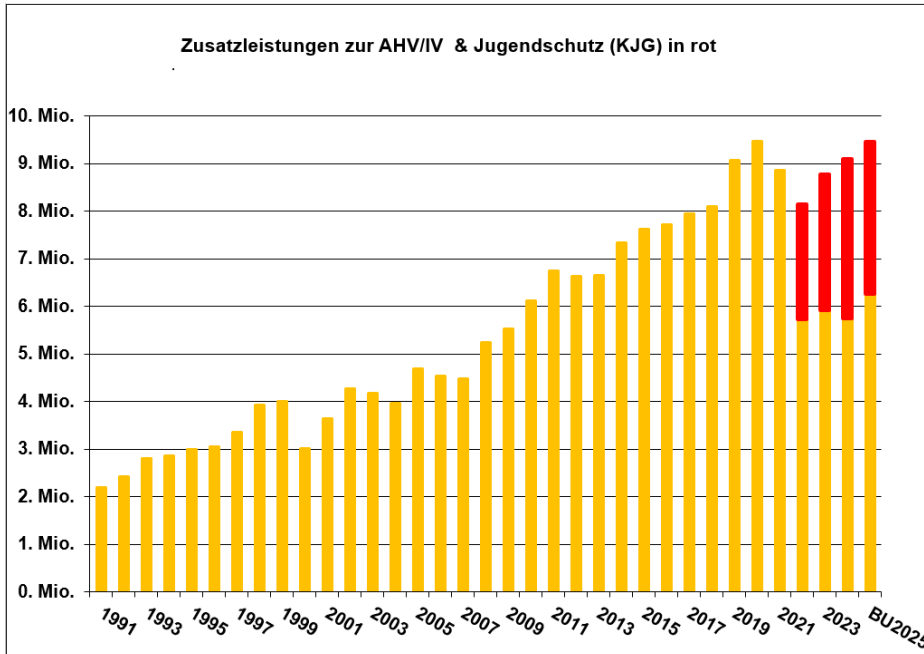
Bei der gesetzlich-wirtschaftlichen Hilfe können wir zumindest festhalten, dass wir in den letzten Jahren eine Stabilisierung auf höherem Niveau erreicht haben. Es ist nicht mehr so, dass das einfach weiter ansteigt, wie dies die Jahre zuvor der Fall war. Das ist eine beruhigende Situation. Aber der Absolutbetrag ist immer noch extrem hoch.



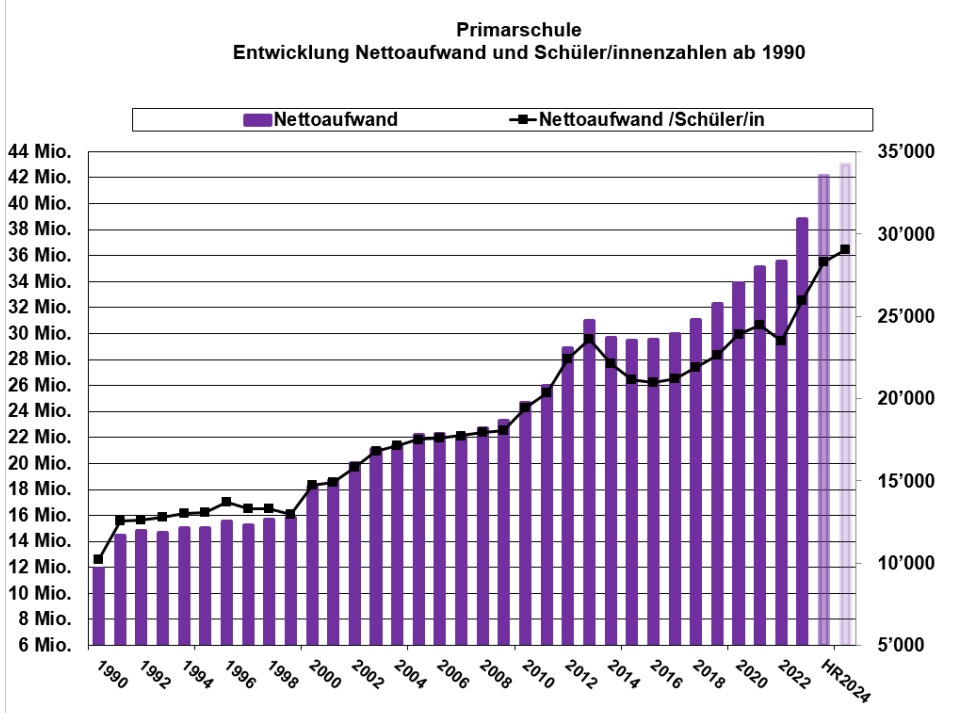
Pflegefinanzierung Alters- und Pflegeheim und Spitex

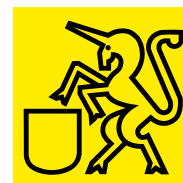


Was weniger erfreulich ist, ist die gesamte Pflegefinanzierung, bei der wir vor einigen Jahren mit ca. 4 Millionen gestartet sind und gesagt haben, dass es nicht mehr werden darf. Hier sind wir heute bei bald 11 Millionen und es ist nicht absehbar, dass dies irgendwann einfach massiv zurückgeht. Das hängt mit der Demographie, und mit dem Leistungsausbau zusammen. Es hat auch damit zu tun, dass am Schluss die Gemeinden zu einem grossen Teil die Restkosten in der Pflegefinanzierung tragen. Das gleiche ist bei der Spitex zu beobachten. Das sind Kosten, die wir zu tragen haben, bei denen unser Einfluss relativ bescheiden ist. Denn die Demographie können wir nur bedingt beeinflussen und die Kosten, die dabei entstehen, hängen mit der Leistung zusammen, die indirekt unter anderem durch Bundesgesetze und kantonale Gesetze vorgegeben wird. Auch das hat natürlich Personalfolgekosten. Auch die Leute, die mit der Demographie älter werden und die mehr Kosten verursachen haben logischerweise Personalszuwachs zur Folge.

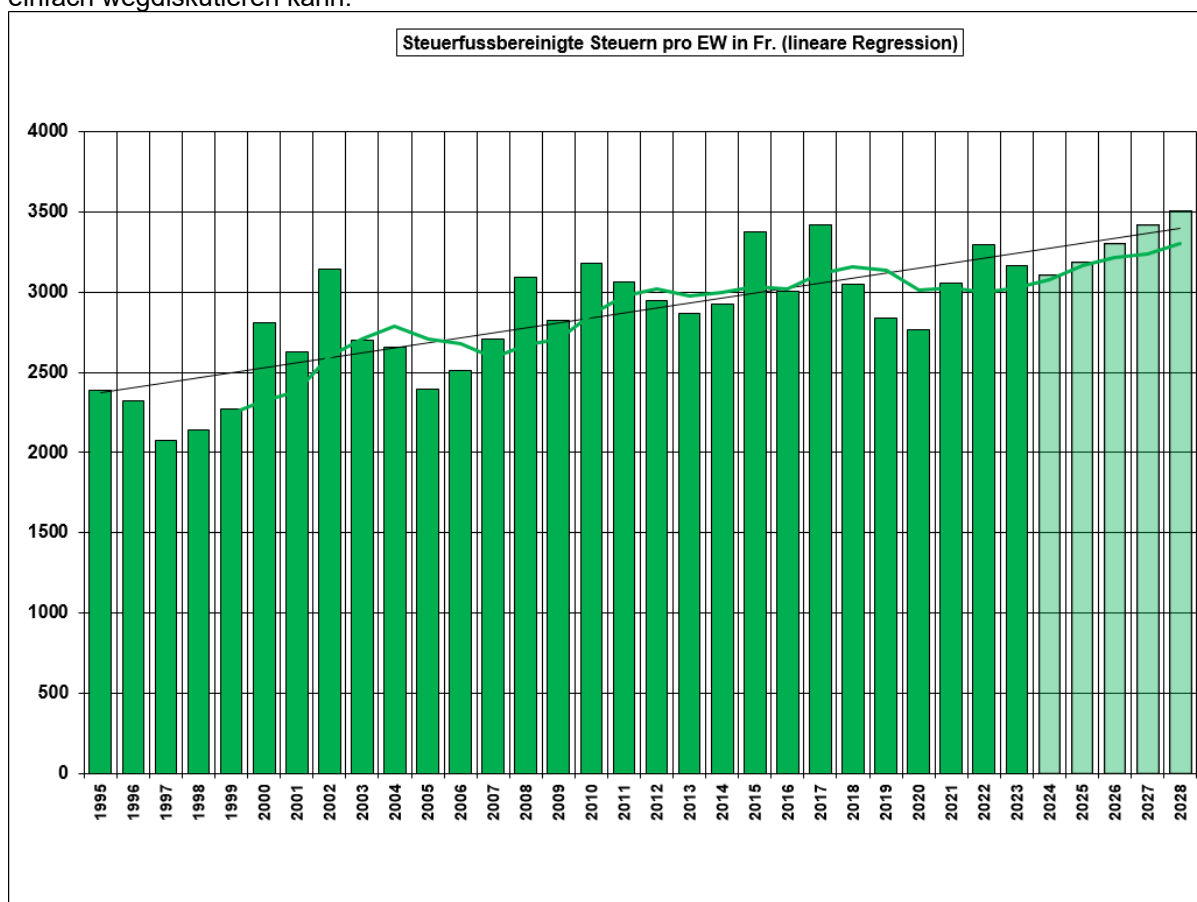


Das Gleiche ist noch verstärkt bei den Zusatzleistungen. Da hat man eigentlich eine Entlastung bekommen, indem sich der Kanton vor einigen Jahren bereit erklärt hat, von da an einen Teil zu übernehmen. Dafür hat man das Kinder- und Jugendschutzgesetz anders gestaltet, sodass die Gemeinden mehr erhalten. Hier zeige ich gerne jedes Jahr jetzt diese roten Balken, die die neuen Aufgaben, die wir vorher nicht hatten, hier obendrauf packt. Da sieht man, dass es eigentlich ein Nullsummenspiel war. Zumindest kann man sagen, dass dieser Bereich nicht mehr so massiv explodiert ist und sich nun auf einem Leichtwachstumskurs befindet. Aber auch dahinter stecken selbstverständlich letztendlich wieder Personalkosten und Sachaufwand.

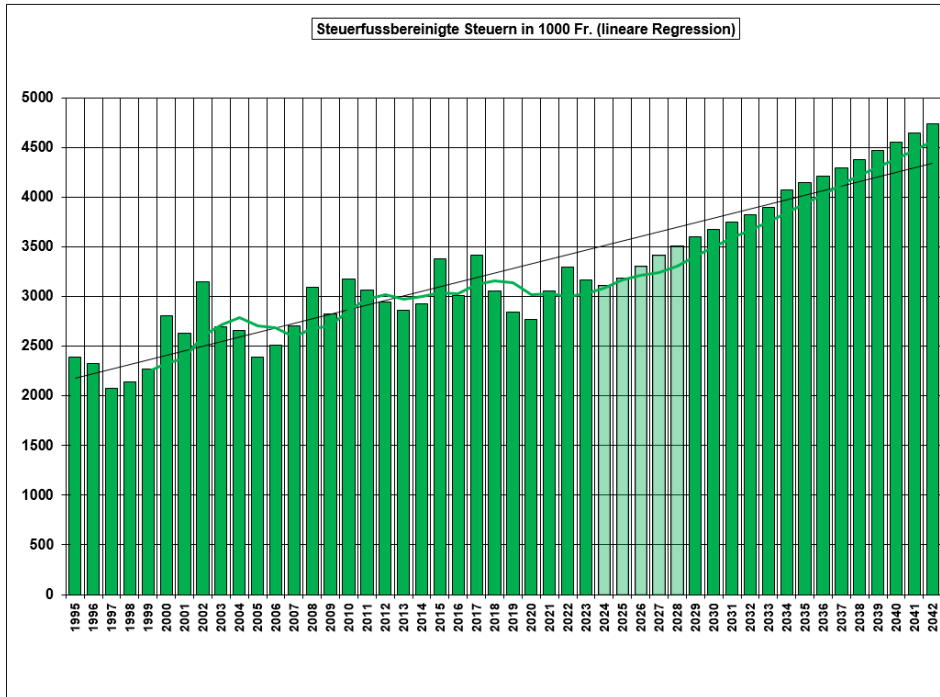




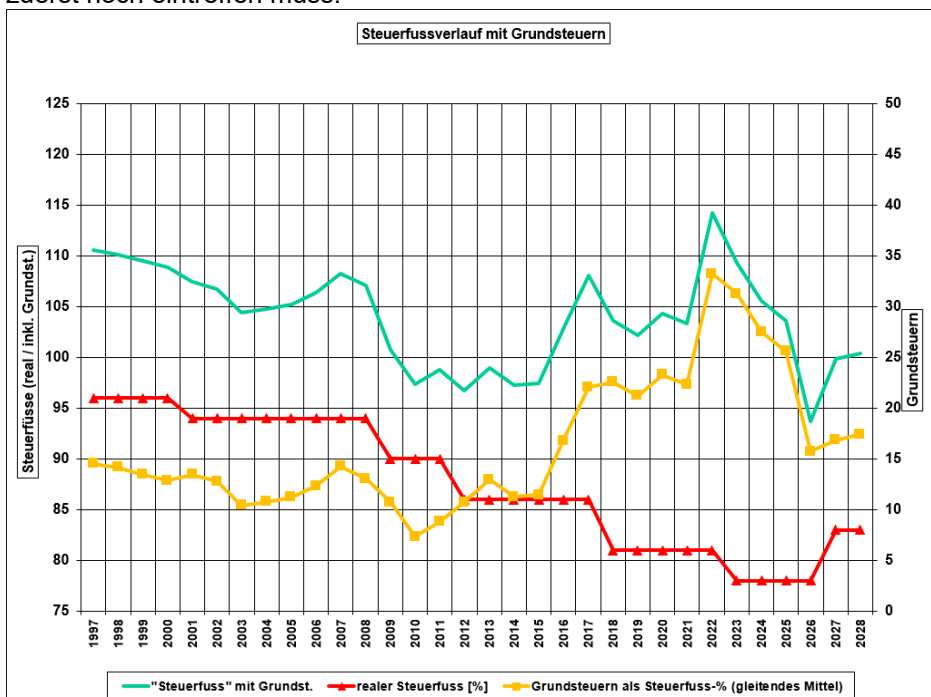
Was die Schulen angeht: Wenn Dübendorf wächst, dann wachsen einerseits die Schülerzahlen, aber auch die zusätzlichen Leistungen, die wir immer wieder bestellen durch Anträge des Parlaments, des Stadtrats oder mittels Volksabstimmungen. Dies hat zur Folge, dass die absoluten Kosten in den letzten Jahren markant angestiegen sind sowie auch die Kosten pro Schüler. Wir haben mehr Schüler, das ist richtig. Einen Teil der Kosten deckt das ab. Aber auch die Kosten pro Schüler sind gestiegen. Das heisst, wir leisten uns mehr für unsere Schulen. Man kann das positiv finden. Jedenfalls ist es eine Realität. Auch da ist Personal dahinter. Auch da sind Folgekosten vorhanden, die man nicht einfach wegdiskutieren kann.



Auf der Einnahmeseite sind die Steuerträge pro Einwohner aufgeführt. Hier kann man zumindest sagen, die Entwicklung ist vorsichtig stabil positiv, aber es ist auch nicht überragend, es explodiert nicht. Hier möchte ich betonen, dass der Finanzplan in der Zukunft von einer optimistischen Annahme ausgeht. Ich zeige das gerne in der nächsten Grafik, nämlich, dass wir pro Kopf in Zukunft tatsächlich ein stärkeres Wachstum haben als in der Vergangenheit.

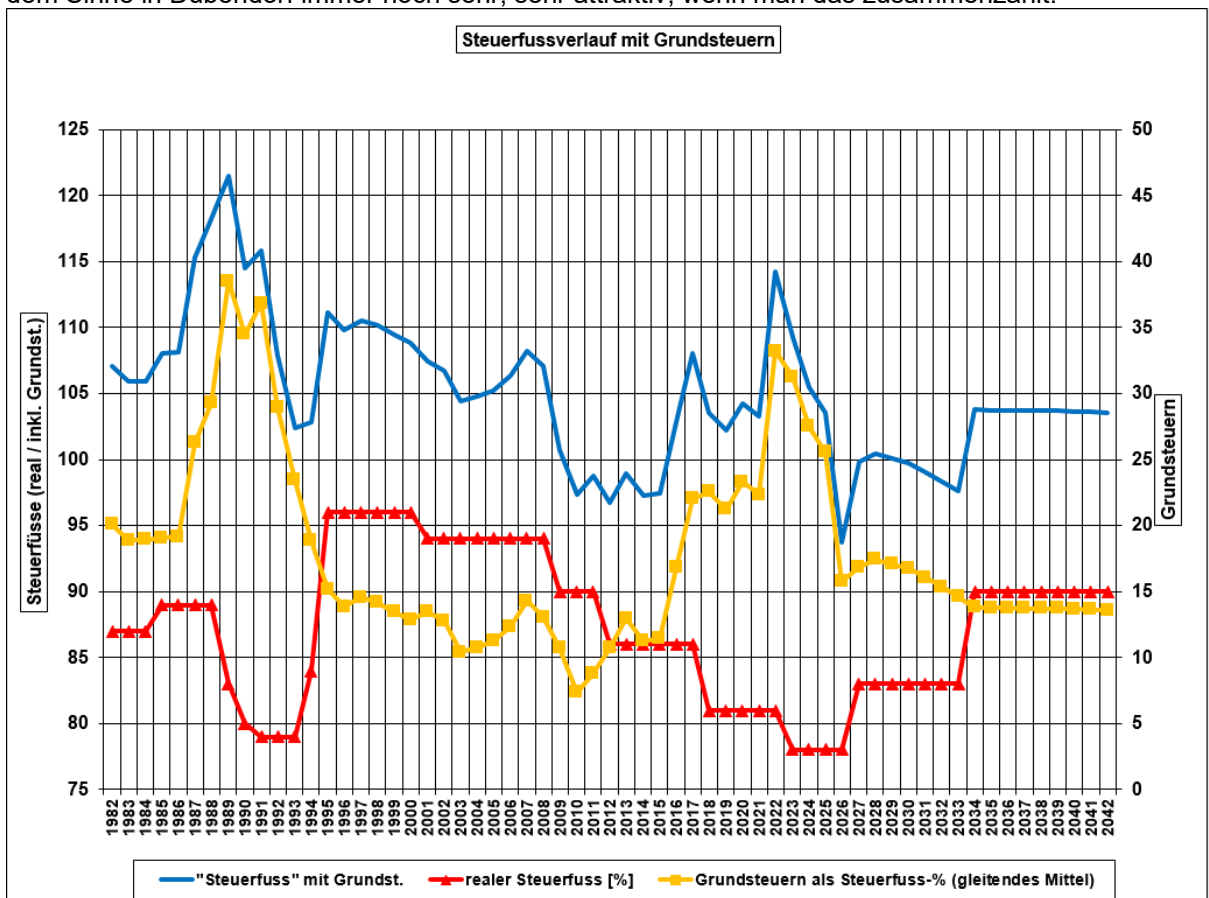


Wir gehen davon aus – und ob das dann stimmt, werden wir in ein paar Jahren sehen – dass in neuen Quartieren, zum Teil durch den Umbau der Quartiere, mehr Steuersubstrat von natürlichen Personen kommt und das Substrat der juristischen Personen weiterhin ansteigt. Das hat zur Folge, dass insgesamt für Dübendorf eine positive Entwicklung, wie man so schön sagt, im Speckgürtel möglich ist. Das ist nicht eine unrealistische Annahme, sondern eine optimistische Annahme, die zuerst noch eintreffen muss.





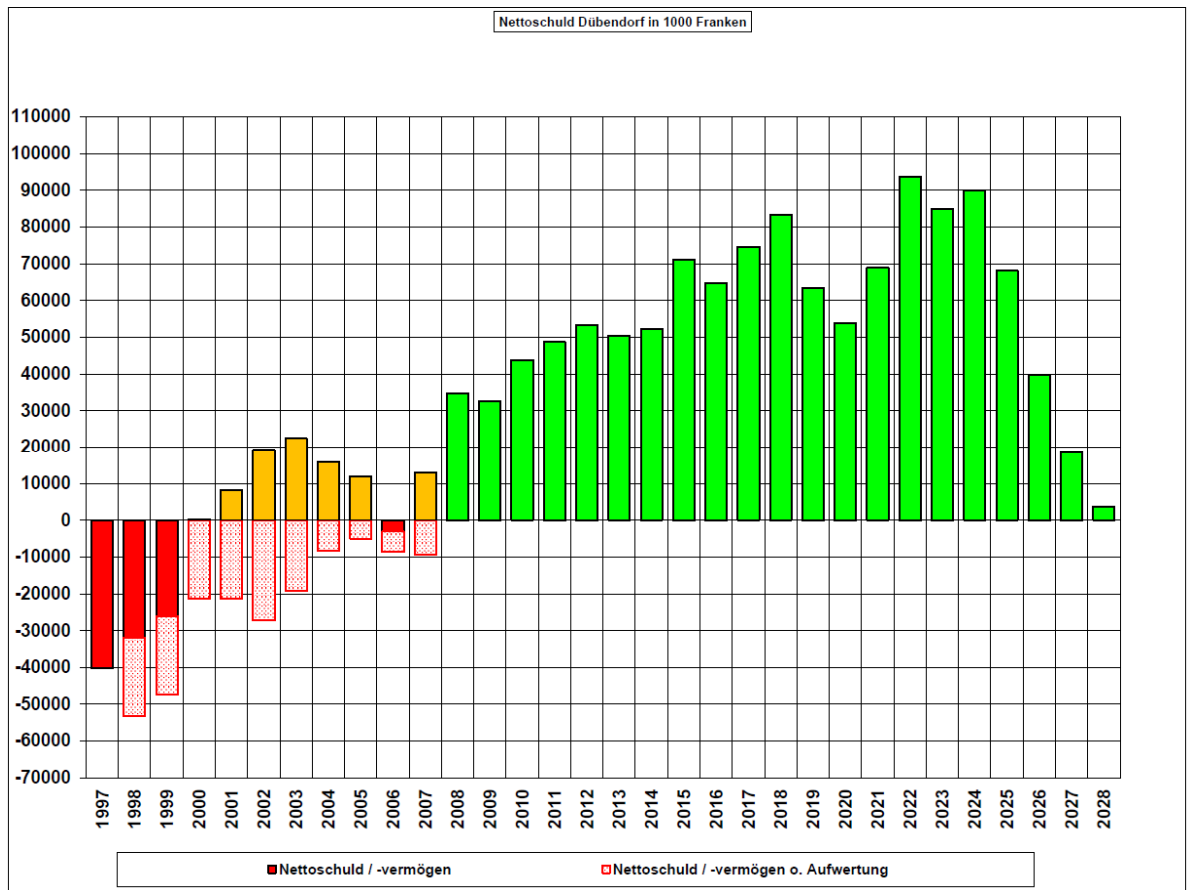
Wenn man den Steuerfuss in der Vergangenheit betrachtet, sieht man, dass er aktuell auf einem Rekordtief ist. Man sieht hier, dass ca. ab 2027 eine erste Anpassung oder Rückgängigmachung fällig wird, weil man davon ausgehen muss, dass die gelbe Kurve, nämlich die Grundsteuer, irgendwann einmal nicht mehr genau gleich fließen wird. Das wissen wir alle. In den nächsten Jahren wird das irgendwann abnehmen. Die ganz grossen Fälle sind jetzt bald durch. Die kommen einzeln noch rein und dann geht es dann wieder zurück, aber nicht auf ein absolutes Nullniveau, sondern es wird auf einem rechten Level bleiben, solange die Preise der Immobilien nicht aus irgendeinem Grund komplett einbrechen. Hier sieht man auch historisch: der Gesamtsteuerfuss ist in dem Sinne in Dübendorf immer noch sehr, sehr attraktiv, wenn man das zusammenzählt.



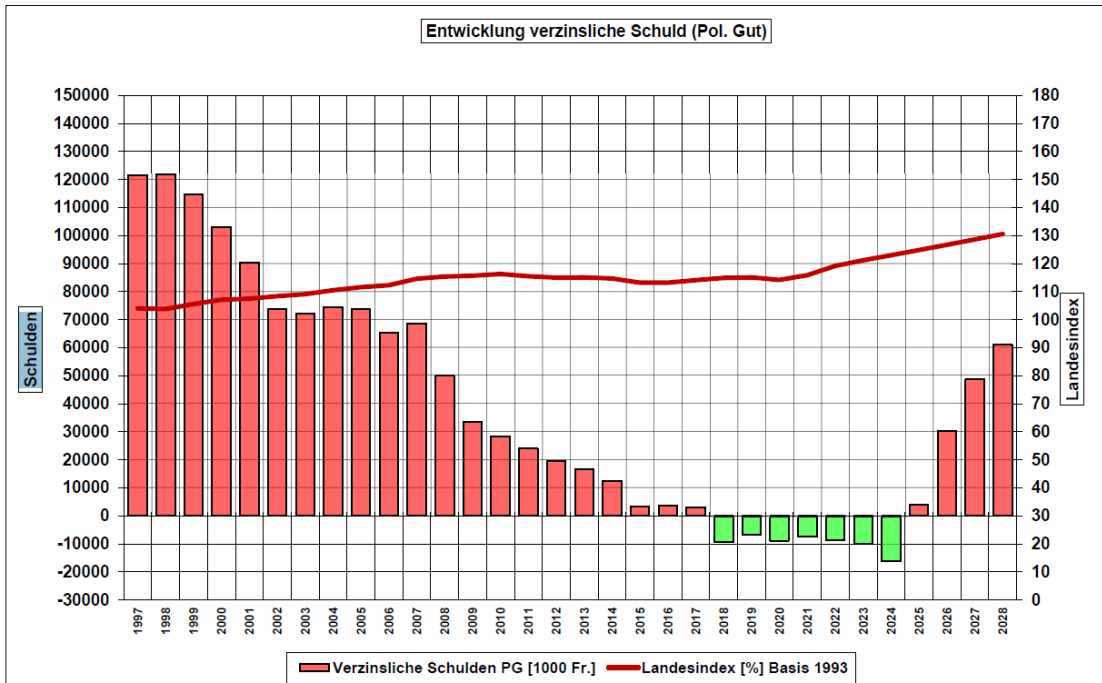
Jetzt gehe ich auch da in die Zukunft, aber das ist natürlich jetzt eine gefährliche Prognose, um einfach zu sehen, es reicht dann nicht im 2027, wenn wir so weiter machen, auch mit den Investitionen, und zwar nicht die, die da angedacht sind, die die der GRPK-Präsident genannt hat, sondern wenn man das begrenzt, auf irgendwann zwischen 25 und 30 Millionen Maximum – die, die schon länger hier sind, haben es gehört, wir haben einmal von 8 bis 12 Millionen pro Jahr gesprochen, heute reden wir von 25 bis 30 Millionen und dann ist immer noch nicht alles abgedeckt, was in diesen Finanzplänen abgedeckt ist – dann werden wir ca. in den 30er Jahren, früher oder später, eine weitere markante Steuerfusserhöhung brauchen, um das alles zu refinanzieren, weil eben im gleichen Zeitraum die Grundsteuern zurückgehen. Und dann sieht man, der absolute Steuerfuss ist dann noch nicht extrem hoch. Er ist dann wieder in einem normalen Mittel. Aber wenn wir uns das leisten wollen und auch leisten für die Stadt, hat das die entsprechenden Konsequenzen. Wenn die Einnahmen stärker steigen und man die Ausgaben besser unter Kontrolle kriegt, ist es anders. Aber da geht der Finanzplan nicht davon aus, dass plötzlich übermorgen alles in die andere Richtung geht. Wie gesagt, die Leistungsüberprüfung, da sind glaube ich alle ziemlich ernüchtert, was da



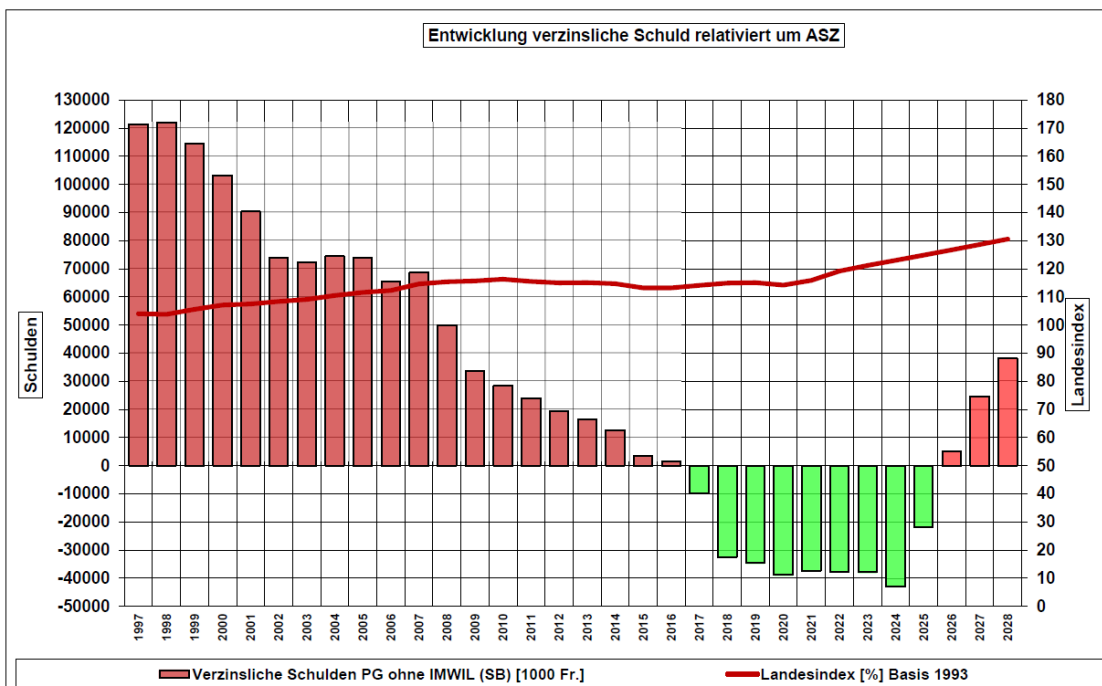
rausgekommen ist. Da war der Wille nicht wahnsinnig stark, auf keiner Ebene. Und notabene, wahrscheinlich, wenn es so gut geht, ist es ein bisschen schwieriger, so ein Paket durchzuziehen, wenn es eigentlich allen gut geht und man schuldenfrei ist und so weiter.



Das führt dazu, dass das ganze Nettovermögen, das jetzt auch sehr, sehr hoch ist, am Ende dieser Planperiode wieder zurückgeht, schrittweise. Und irgendwann dann bei Null landet. Da könnte man jetzt auch in die Zukunft schauen. Und dann braucht es halt entsprechende Maßnahmen, um das zu erreichen.

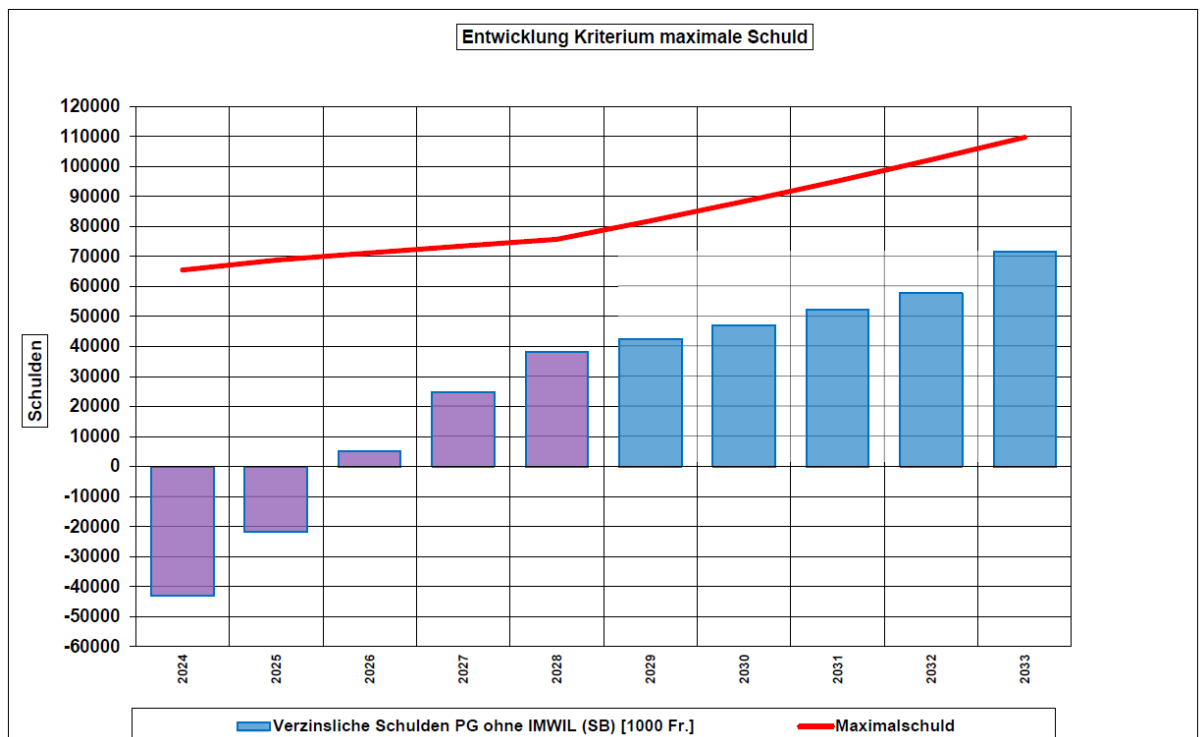


Was positiver ist, dass eigentlich die verzinsliche Schuld vom politischen Gut, wie man jetzt gesehen hat, in den letzten Jahren, sehr, sehr tief war. Wir hatten ein Nettovermögen. Wir hatten ein absolutes Vermögen, wir sind immer noch im Cash drin. Nur man sieht, in Zukunft mit diesen hohen Investitionen und auch mit der moderaten Anpassung des Steuerfusses im 2027, geht das rasant hoch, wieder in Werte, die noch nicht gefährlich sind, wo man einfach sagen muss, es steigt wieder an.

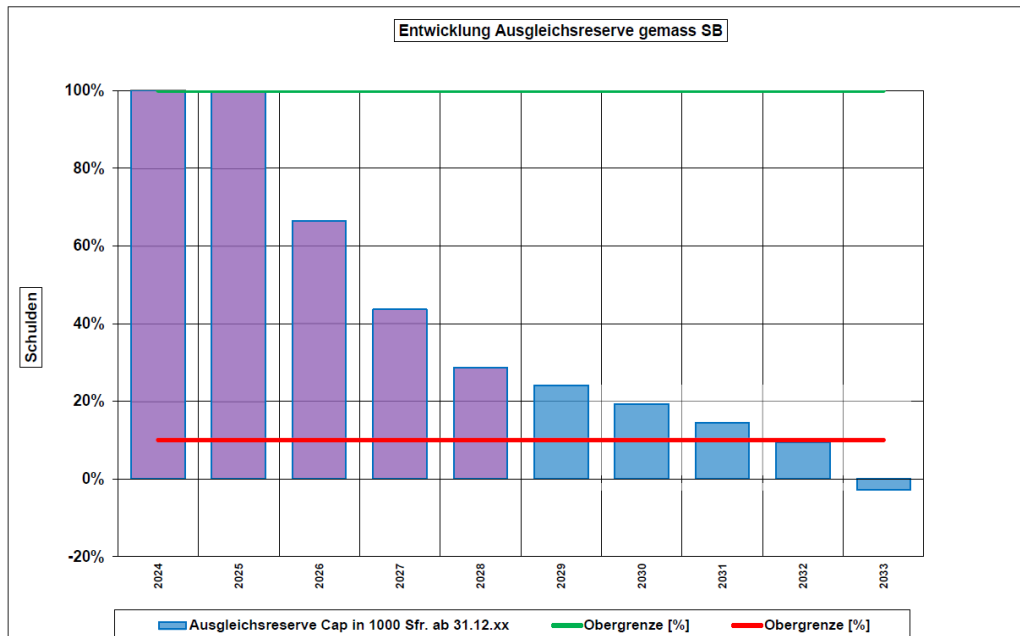




Es gibt eine zusätzliche Verschuldung. Ein bisschen besser sieht es noch aus, wenn man das Alters- und Spitexzentrum, die 30 Millionen, refinanzieren kann. Im Moment sieht das nicht so schlecht aus, dass das möglich sein könnte, mindestens die 30 Millionen. Auch dann, der Trend geht in diese Richtung, wenn diese Investitionen kommen. Und im Moment muss man sagen, diese Investitionen kommen, weil sowohl das Schulhaus Birchlen als auch das Hallenbad sind beschlossene Sache. Und es ist eine Frage der nächsten zwei, drei Jahre, wenn das umgesetzt wird. Und das sind Riesenbrocken, die jetzt dazu kommen, neben dem, was schon am Laufen ist.



Was positiv ist aber, wir haben die Schuldenbremse, die anzeigt, dass die Schuldenbremse auch in dieser Planperiode von der Verschuldung her eingehalten werden kann. Jetzt wird natürlich die eine oder andere einwenden: die Schuldenbremse, die ist offenbar milder als die bisherige Zielsetzung des Stadtrats. Das ist richtig. Die Schuldenbremse ist in der GO verankert und hat in diesem Parameter leicht mehr Spielraum, weil sie, wenn man mehr Steuereinnahmen hat, auch mehr Verschuldung zulässt und noch keinen absoluten Wert definiert hat.



Ein bisschen schwieriger ist die zweite Grösse, die Ausgleichsreserve, die reagiert viel schneller und viel empfindlicher und da sieht man, dass diese in der zweiten Planperiode den Mindestwert, den sie erreichen muss, unterschreiten wird. In der ersten Planperiode, was für die Schuldenbremse relevant ist, ist sie noch klar über diesem kritischen Wert, also mit anderen Worten, die Schuldenbremse klar eingehalten, aber auch da muss man sehen, dass in der Zukunft, mit der Annahme der Steuerfussanpassung ist damit zu rechnen, dass ohne weitere Massnahmen, es nicht einfach geradeaus positiv weitergeht.

HR/Re 2024

- HR der LR zeigt: Dübendorf lag **im August etwa 2.3 Mio. (v.a. PS 1.2 / Soz. 1.1) über dem VA... Dez. keine neuen Daten.**
- **HR IR PG: ca. auf VA zu liegen kommen und entsprechen damit im PG ca. 100 % der budgetierten Investitionen. -> Schätzung FIV Dez. PG: Umsetzung PG: ca. 80 %**
- **Steuerertrag LR / VJ HR August +1.0 Mio. -> HR Dez Punktlandung 0.0 Mio.**
- **Grundsteuer HR August: - 3.0 Mio. -> HR Dez. - 1.6 Mio.**
- **Verschuldung politisches Gut (mit & ohne ASZ-Darlehen) bleibt Ende 2024 nochmals im Vermögen**
-> Massnahmen 2024: keine – 2024 dürfte ein vertretbares Jahr geben...



Was heisst, dass auf die Hochrechnung gesehen, jetzt mal rückblickend, und das sind jetzt die möglichst aktuellen Zahlen, die wir haben: Im August war in der Hochrechnung der laufende Aufwand, also der Nettoaufwand, den wir eigentlich finanzieren müssen, 2,3 Millionen höher. Man kann sagen, es sind zwei Hauptbereiche: die Primarschule mit 1,2 und das Soziale mit 1,1 Millionen darüber gewesen. Die beiden Bereiche haben das mehr oder weniger ausgemacht. Beim Rest könnte man sagen, hat sich das Plus-Minus kompensiert, ist also das Budget nicht so schlecht gewesen, trotz dass wir auch im letzten Jahr, das eine oder andere an Stellen dazugefügt haben. Für den Dezember hat es keine neuen Daten, wir haben keine neue Hochrechnung gemacht, in dem Sinne heisst das nicht, "das ist die Wahrheit", es ist einfach kein neuer Datensatz. Beim Voranschlag von der ganzen politischen Seite, was die Investitionsrechnung betrifft: im Moment sieht die Hochrechnung so aus, dass man 100% der budgetierten Investitionen umsetzt. Wir wissen es nicht, und da schätze ich, dass man am Schluss wahrscheinlich fast wieder bei 80% landet, was dann wirklich cashwirksam wird. Es kann aber durchaus sein, dass das, was jetzt die ersten grossen Projekte anziehen, dass wir tatsächlich die 100% wieder einmal erreichen, und dann ist es dann eine recht hohe Investition, die wir getätigt haben. Beim Steuerertrag kann ich ein bisschen positiver berichten gegenüber der Hochrechnung im August: und zwar haben wir in der gesamten Steuer die Erwartung heute, dass wir etwa knapp eine Million mehr haben und wir kommen jetzt auf die Hochrechnung mit einer schwarzen Null raus. Das ist eine Million weniger, aber das zeigt, dass wir plus minus auf Kurs sind. Dafür, im Gegenteil, sind wir bei der Hochrechnung im August bei den Grundsteuern davon ausgegangen, dass wir 3 Millionen weniger als im Budget haben. Wir reden jetzt aber noch 1,6 Millionen weniger als im Budget und das ist gesetzt, das ist da. Und da kann man sagen, insgesamt sieht die Einnahmeseite leicht darüber aus, aber nicht so wie in der Hochrechnung, wo es doch noch etwas schlechter ausgesehen hat. Die Verschuldung mit dem politischen Gut wird Ende 2024 damit nochmals im Vermögen bleiben, das heisst, die Stadt steht immer noch gut da, d.h. im Jahr 2024 musste man nicht irgendwelche Notmassnahmen treffen. Es wird ein vertretbares Jahr 2024 geben, ich sage nicht mehr als vertretbar.

Schlussfolgerungen VA 2025

- **Wachstumsprognose Steuererträge 2025 werden weiter positiv eingeschätzt - ST17 kein Effekt, Covid19 kein Effekt – bisher Folgen Krieg Ukraine (Inflation, Zinsen, BIP usw.) gering, Ausgleich kalte Progression gering.**
- **Grundsteuern werden mit 14.0 Mio. weiter positiv erwartet.**
- **Der Aufwand aus der LR ist nach Budgetüberarbeitung mit rund 4.2 Mio. massiv über der Finanzplanung (Basis) - FIA mit knapp 3.3 Mio. über FiPI und «entlastet» das Resultat**
- **Steuerreform 17 wurde weiter nicht mehr berücksichtigt. Dynamisch scheinen die potentiellen Einbussen bis heute bereits eher positiv zu wirken – mind. aber neutral.**



Wenn man jetzt für den Voranschlag sagt – weil wir die Zukunft anschauen – bei den Steuerträgen habe ich angetönt, nehmen wir an, wir haben weiterhin eine positive Entwicklung. Man kann klar sagen, die Steuerreform 17 hat einen Null-Effekt gehabt, im Gegenteil, sie ist eher positiv. Covid hat keinen Effekt gehabt bei uns. Auch erstaunlich für uns alle im Moment, dass die Folgen vom Krieg in der Ukraine, Inflation, Zinsen, BIP-Entwicklung absolut minimal sind. Im Gegenteil, es boomt ja alles, "dass chlöpft und tätscht". Und auch der Ausgleich der kalten Progression, den wir eigentlich sehen mussten, hat nur geringe Auswirkungen auf unsere Steuerträge. Was ich als sehr positiv anschau insgesamt. Die Grundsteuer, wie gesagt, nimmt man immer noch an. 14 Millionen ist ein guter Wert, den sollten wir das nächste Jahr erreichen. Wie gesagt, es gibt einzelne grosse Fälle, die noch abgerechnet werden, die dann mal wieder in einem Jahr etwas bringen. Aber so die ganz grossen wie im, letzten, also aktuellen Jahr, das werden wir nicht mehr erleben. Der Aufwand, das ist dann das Unerfreuliche auf den laufenden Rechnungen, ist nach der Budgetbearbeitung mit 4,2 Millionen ganz massiv über der Finanzplanung vom Basisszenario gewesen. Also das war eigentlich über jedem Szenario, das wir letztes Jahr angenommen haben. Die Ursachen sind klar, wir haben verschiedene Leistungen ausgebaut, wir haben Stellen ausgebaut, wir haben auch Projekte gestartet und Projekt heisst externe Kosten, es heisst interne Kosten, es heisst Personalressourcen, es sind Springerkosten, es ist alles, was da zusammenkommt. Was uns dieses Jahr oder im 2025 retten wird ist, dass der Finanzausgleich knapp 3,3 Millionen über dem Finanzplan ist. Und so wird das quasi ausgemittelt. Vor einem Jahr haben wir verloren, dieses Jahr gewinnen wir, aber eigentlich die Sorgenzahl sind die 4,2 Millionen, wo wir wieder deutlich über dem ursprünglichen Finanzplan sind. Und die Steuerreform, wie gesagt, berücksichtigen wir gar nicht mehr in der Einnahmeseite, weil wir eigentlich dynamisch davon ausgehen, dass es sogar eher eine Zunahme gegeben hat, einen positiven Effekt, mindestens aber neutral. Und ich gehe auch davon aus, dass der zweite Schritt, der jetzt im Moment angedacht ist, auch nicht einen grossen Einbruch bringen wird. Statisch gibt es einen kurzen Einbruch, das ist klar, weil der ist statisch immer da, aber dynamisch sollte das wieder in wenigen Jahren ausgeglichen sein.

Schlussfolgerungen VA 2025

- **Die IR wird ab 2025 wegen Einzelposten (Hallenbad, Birchlen...) ansteigen bzw. hoch bleiben.**
- **ASZ wird im FiPI über 30 Mio. (75%) weiter als zu refinanzierendes Darlehen geführt, was grundsätzlich möglich scheint.**
- **Das Basisszenario ist unter diesen Annahmen mit nochmals etwa gleichen Risiken behaftet wie im Vorjahr**

Die Investitionsrechnung – das wurde angedeutet – wird weiter ansteigen, sie wird hoch bleiben. Ich habe es erwähnt, Hallenbad, Birchlen, die werden jetzt gebaut. Dann geht man davon aus, dass das ASZ läuft einigermaßen vernünftig. Und so kann man sagen, das Basisszenario, unter den Annahmen, die wir jetzt treffen im Stadtrat, wird etwa wieder die gleichen Risiken wie vor einem Jahr haben. Wie gesagt, wir haben die fünf Szenarien, das Basisszenario hat halt immer noch die Risiken in beide Richtungen, das heisst Chancen und Risiken am Ende.



Schlussfolgerungen VA 2025

- Zielvorgaben des SR und die Budgetphase für den VA 2024 wirkten **nur leicht aufwanddämpfend**.
- Die **aktuelle Schuldenfreiheit ist temporär**, aber die IR kann 2025 wohl immer noch **aus eigenen Mitteln (inkl. Grundsteuern)** finanziert werden.
- Dübendorf ist finanziell nach **sehr positiven Jahren immer noch sehr gut aufgestellt** – seit Ende 2017 **faktisch mit einem kleinen Vermögen** – erst ab **2026/27 dreht es mutmasslich in ein Schuld**. Es kann so immer noch eine gewisse Neuverschuldung verkraften.
- **Dank der guten «Schuldensituation» bleibt Dübendorf auch «investitionsfähig»**.

Was man auch sagen muss, die Zielfragen vom Stadtrat in der Budgetphase haben nur leicht aufwanddämpfend gewirkt. Es ist so, ich habe es hier mehrfach gesagt, wenn man von Januar bis November Bestellungen aufgibt, ist es nachher schwierig im Dezember im Budget plötzlich zu sehen, dass das alles nicht mehr da ist. Sondern das wird alles im Laufe des Jahres eingepreist und ist dann da und bei der Budgetierung ist es halt dann auch auf der Kostenseite. Die aktuelle Schuldenfreiheit, die nach wie vor einzigartig ist, bleibt temporär. Aber wir gehen davon aus, dass wir es auch im Jahr 2025 – weil die Grundsteuern noch fliessen – die ganze Sache noch aus eigenen Mitteln finanzieren können. Das heisst, Dübendorf steht nach diesen sehr positiven Jahren immer noch sehr gut da. Und wir haben seit 2017 faktisch ein Vermögen. Das können nicht viele Gemeinden von sich behaupten und auch nicht viele Kantone. Aber wir müssen auch klar sehen, 2026/2027 dreht es dann – auch wenn man eine moderate Steuerfusseranpassung macht – wieder in eine Schuld. wir können auch eine gewisse Schuld vertragen. Eine Neuverschuldung ist in dem Sinne nicht per se nicht zu verkraften, aber wir müssen es im Auge behalten. Und wir können das uns nur leisten, weil die Schuldensituation so gut ist, weil wir die Investitionsfähigkeit haben, dass wir jetzt ein Birchlen hinstellen können, dass wir möglicherweise auch ein Hallenbad hinstellen können. Wobei, ich sage es klipp und klar: das sind Projekte, die nicht ohne Steuerfusserhöhung alle durchgehen.



Schlussfolgerungen VA 2025 - Steuerfuss

Die auf 2018 beschlossene 5% Steuerfussenkung (bzw. 3-4 % davon) sind dank besseren Erträgen und Grundsteuern auch mit den (bescheidenen) Resultaten der Leistungsüberprüfung weiter im Sinne einer «Dividende» bis über ca. 2030 hinaus zu halten (eher 12 Jahre statt 3-4).

Die markanten Überschüsse 21 und 22 (die immer noch knapp vertretbare IR) und das «Vermögen» liessen auf 2023 eine weitere Steuerensenkung von 3 % im Sinne einer «Dividende» für ca. 4 Jahre zu.

Mit den wachsenden Ansprüchen (neue Leistungen, Personalkosten seit 2024/25), den bewilligten IR (Speicher, SH Threepoint, Hallenbad, SH Birchlen) und dem zu erwartenden Rückgang der Grundsteuern wird dies aber klar zu korrigieren sein.

Jetzt kommen wir zu der Steuerfussgeschichte. Im 2018 die 5%-Steuerfussenkung, wo wir gesagt haben, das hat mit der Grundsteuer zu tun, mit dem bescheidenen Resultat der Leistungsüberprüfung, da werden wir Mühe haben. Aber wir können es immerhin, trotz allem, was wir jetzt gemacht haben. Der Stadtrat hat damals gesagt: 4 Jahre, werden wir diese Dividenden machen können, bevor wir den Steuerfuss allenfalls anpassen müssen – und jetzt haben wir ihn dann sicher 12 Jahre. Das können wir bis sicher ca. 2030 halten. Hingegen haben wir ja dann im 2023 eine weitere Steuerfussenkungsdividende von weiteren 3% gemacht für etwa 4 Jahre. Und das wird jetzt etwa so sein, die wird man etwa 2026, 2027 wieder anpassen müssen, die Dividende wieder aufheben und dann ist man eigentlich wieder auf diesem Wert und dann muss man wieder weiter schauen. Die wachsenden Ansprüche – und da muss man klipp und klar sagen – die neuen Leistungen, die in den letzten zwei, drei Jahren immer stärker von allen Seiten eingefordert worden sind, die Personalkosten, die 2024, 2025 mehrfach klar explodiert sind, wir haben die Teuerungsausgleiche gezahlt, wir haben mehr Personal eingestellt, die Stadt ist gewachsen, auch das Parlament hat gesagt, ihr müsst dort nachfahren. Wir haben das Problem, dass wenn wir mit den gleichen Ressourcen arbeiten wollen, dass uns die Leute davonlaufen, dann gibt es teurere Springerkosten. Das heisst, das sind Folgen von unseren Leistungen, die wir bestellt haben, die man nicht einfach wegbringt. Aber auch Investitionen haben natürlich zuerst einmal Planungskosten – das sind Personalkosten – intern und externe Kosten zur Folge. Jedes Projekt hat interne und externe Kosten. Wir haben uns unseren Speicher geleistet. Wir haben uns ein neues Schulhaus Threepoint mit einer Turnhalle geleistet – leisten müssen. Wir leisten uns ein Hallenbad. Und wir müssen uns ein Schulhaus Birchlen leisten. Da muss man klipp und klar sehen, wenn wir Prioritäten hätten setzen müssen, hätten wir sagen



müssen: wir können uns das im Moment nicht alles leisten. Wir hätten auf das eine oder andere verzichten müssen. Parlament und Volk haben entschieden, nein, diese Projekte, die wollen wir, das ist für die Dübendorf wichtig. Aber dann müssen wir auch die Konsequenzen tragen. Und das heisst, dass das jetzt auch die Finanzen belastet, mit Personal, mit Sachaufwand, aber eben auch mit Abschreibungen. Man muss aber klar sehen, dass man in Zukunft Investitionen priorisieren muss, da kommt weder der Stadtrat, der hat angefangen mit diesem Thema, noch der Gemeinderat drumherum, Projekte zu überprüfen auf ihre Notwendigkeit: Müssen sie jetzt sein? Müssen sie in der Grösse sein? Müssen sie überhaupt sein? Kann man sie verschieben? Kann man sie anders finanzieren? Diese Aufgabe ist nicht nur die Aufgabe der Exekutive, das ist auch die Aufgabe des Parlaments zusammen mit der Exekutive.

Schlussfolgerungen VA 2025

Und: auch die Senkung des Steuerfusses 2018 kann nur beibehalten werden, wenn

1. eine Refinanzierung des ASZ-Kredites zu rund 75 % erfolgen kann und begleitende Folgekosten (EL/Pflegefinanzierung) im Rahmen bleiben

2. Der Aufwand der laufenden Rechnung wieder näher an der Teuerung zu liegen kommt.

3. die übrigen hohen Investitionen aus dem Nachholbedarf (u.a. Schulen, Tiefbau) priorisiert und zeitlich optimal gestaffelt werden können

und 4. zusätzliche und neue Projekte (wie z.B. Ausbau Verwaltung, Bushof usw.) haben keinen Platz bzw. müssten grundsätzlich durch eine weitere entsprechende Steuererhöhung finanziert werden.

Ich gehe jetzt nicht mehr alles durch, was man priorisieren muss, ich habe es angetönt, aber man muss klar sagen, es gibt auch Projekte, wie zum Beispiel der Ausbau von der Verwaltung, also das neueste zweite Stadthaus, weil es eng wird, oder ein Busbahnhof oder eine Bahnunterführung, liegen eigentlich mit der heutigen Finanzentwicklung schlicht nicht drin in den nächsten Jahren. Und zwar in den nächsten 10, 12 Jahren nicht. Wenn man aber dann zum Schluss kommt, doch Dübendorf will und muss sich das leisten, oder hat keine Alternative, dann muss man auch bereit sein zu sagen, das hat eine entsprechende Steuerfussanpassung nach oben zur Folge zur Finanzierung von diesen Investitionen und deren Folgekosten auf personeller und sachlicher Ebene. Weil beides hat immer auch Folgen beim Sachaufwand und beim Personalaufwand, wo man dann da so kritisch anschaut. Also jede Investition hat eben dort auch Folgekosten.



Ziele des Stadtrates im Finanzplan 24-28

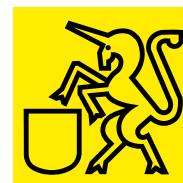
1. Reduktion des Wachstums beim Nettoaufwand in der Laufenden Rechnung (**nicht möglich**)
2. Selbstfinanzierung von möglichst 100 % im 5-Jahresmittel (**nein**)
3. Die Verschuldung beträgt am Ende der Legislatur maximal 50 Mio. Franken (**möglich**)
4. Es besteht keine Nettoschuld (**möglich**)
5. Erhaltung eines langfristig stabilen und attraktiven Steuerfusses (**bis ca. 2027/28 bedingt möglich**)
6. **Pro memoria: Ziele der Schuldenbremse (trat per 1.1.23 in Kraft) können aktuell alle eingehalten werden...**

Ich will jetzt zum Schlussfazit kommen. Ich glaube, was wir im Moment festgestellt haben, die Ziele des Stadtrats, die ja immer noch die gleichen sind wie vor Jahren, die Reduktion des Wachstums beim Nettoaufwand in der laufenden Rechnung, ist im Moment schlicht nicht möglich gewesen. Ich habe es versucht aufzuzeigen, da sind wir alle miteinander verantwortlich. Die Selbstfinanzierung von diesen 100% werden wir nicht erreichen. Wir haben einen Investitionsstau ist das falsche Wort, aber wir haben einige grosse Projekte, die jetzt anstehen, die umgesetzt werden und weitere warten. Die Verschuldung mit maximal 50 Millionen war einmal eine Zielsetzung. Heute gehen wir bei der Schuldenbremse etwas milder vor. Das ist immer noch möglich. Keine Netto-Schuld ist in der Planperiode immer noch möglich. Und der langfristige, stabile, attraktive Steuerfuss ist zumindest, je nachdem wie man es rechnet, entweder bis 2027 oder 2028 möglich. Oder wenn man das als Dividende sieht und sagt, die 3%, die haben wir jetzt temporär gemacht, mit denen muss man wieder zurück, ist es sogar bis 2030 nachhaltig. Und das ist insgesamt nicht schlecht. Und eben pro Memoria, die Schuldenbremse ist per 1.3.23 in Kraft getreten und alle Parameter können aktuell klar eingehalten werden. Damit bin ich am Ende von diesen Ausführungen. Ich glaube, ich habe nicht viel anderes gesagt als der GRPK-Präsident, einfach mit einer leicht anderen Gewichtung, dass wir auch die Verantwortung haben, was wir beschliessen, das müssen wir nachher auch bereit sein, am Schluss zu finanzieren."

Diskussion

David Siems (Grüne)

"Also eins vorweg, mein Votum wird ein bisschen abweichen von dem vom Finanzvorstand und dem GRPK-Präsidenten. Estland hat ab 1997 seine Schulen flächendeckend mit PCs ausgerüstet. Das Land hat sich ab dann auf den Weg gemacht zum papierlosen, digitalisierten Staat.



Seit 2005 gibt es E-Voting, 2006 sind Notariate und Justiz digitalisiert worden. Ein Jahr später folgte das papierlose Gesundheitswesen inklusive dem, was wir in der Schweiz als elektronisches Patientendossier bezeichnen – mit dem Unterschied, dass es in Estland flächendeckend eingeführt wurde und tatsächlich funktioniert. Das Straßenverkehrsamt wurde 2014 papierlos und seit 2015 sind alle Quittungen und Rechnungen im Land elektronisch. Die Steuererklärung in Estland ist in 10 Minuten auf dem Handy ausgefüllt. Das Zivilstandsamt ist seit 2020 digital nutzbar. Das hilft nicht nur der Bevölkerung, auch die Mitarbeiter:innen der Verwaltung arbeiten effizienter und werden von vermeidbarem Papierkram entlastet.

Warum erzähle ich Ihnen das heute da bei der Budgetdebatte? Estlands Weg ist ein wenig die Antithese zu unserer Verwaltungs- und Steuerpolitik in der Schweiz und insbesondere hier in Dübendorf: Die Finanzabteilung sagt ein Defizit voraus und schon kürzt die Ratsmehrheit die Ausgaben. Gibt es dann völlig überraschend doch einen Überschuss, wird sofort eine Senkung gefordert. Diese Abwärtsspirale lässt keinen Spielraum zu für eine stabile Qualität der städtischen Leistungen, geschweige denn für Investitionen in eine effiziente, innovative Modernisierung.

Eine überlastete und unterbesetzte Stadtverwaltung ist die Folge dieser desaströsen Politik. Eine Bekannte von mir wartet seit geschlagenen drei Jahren auf die Baubewilligung für ihren Gartenzaun. Ich selber musste gerade zum dritten Mal innert vier Jahren eine Kopie desselben Mietvertrages bei der Stadt einreichen. Bei den Kita-Subventionen für meine Tochter habe ich dasselbe Problem. Die hohen Fluktuationen beim Personal und die vielen Springer sorgen dafür, dass Akten schlicht verloren gehen, Zuständigkeiten ständig wechseln und niemand da ist, der über den aktuellen Stand eines Geschäftes informiert ist. So muss man jedem neuen Verantwortlichen die Sachlage wieder neu erklären und Akten einreichen. Immer und immer wieder.

Und das alles für ein paar Steuerprocente weniger. Ich möchte Ihnen etwas zeigen: Bei einem steuerbaren Jahreseinkommen von 100'000 CHF – das ist nicht wenig – macht ein Steuerprozent Gemeindesteuerfuss – die Kirche mal ausgeklammert - 62.05 CHF aus. Dafür gibt's beim Inder bei mir in der Nachbarschaft ein Nachtessen.

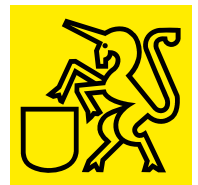
Der Ärger, dem Dübendorfer:innen dank ihrer kaputtgesparten Verwaltung täglich ausgeliefert sind, steht für die allermeisten in keinem Verhältnis zu den paar Fränkli eingesparten Steuern. – Es sei denn, man findet die öffentliche Hand aus Prinzip irgendwie doof.

Geschätztes Kollegium, die Grünen möchten Ihnen ein Sprichwort als Denkanstoss für die heutige Debatte mit auf den Weg geben: „Play stupid Games – win stupid Prizes,“ – Wer dumme Spiele spielt, gewinnt dumme Preise. Ein solcher Preis ist, dass uns eine einst marode Sowjetrepublik, über die man in den 80ern noch die Nase gerümpft hat, heute in Sachen eGovernment um 25 Jahre voraus ist und uns als direkte Folge auch in Sachen Steuerwettbewerb deutlich abgehängt hat. Denn dank dieser Modernisierung der Verwaltung, die Estland zunächst viel Geld gekostet hat, kann sich dieses Land heute mit einem einheitlichen Einkommenssteuersatz von 20% finanzieren – und das ohne Leistungsabbau.

Einen erfolgreichen Staat muss man aufbauen, nicht kaputtsparen. Oder anders ausgedrückt: Man kann den Kuchen nicht essen, bevor man ihn gebacken hat."

Christian Gross (SP)

"Liebe Stadträte und Stadträte, liebe Gemeinderäte, Gemeinderäte, liebe Gäste. Auch mein Votum wird minimal abweichen von dem des GRPK-Präsidenten. Ich hoffe, das ist zu erwarten, sonst habe ich etwas falsch gemacht in meiner Zeit bisher in diesem Gemeinderat. Das Budget ist in einigen Bereichen ein Schritt in die richtige Richtung. Zum Beispiel gewährt der Stadtrat von sich aus einen Teuerungsausgleich und soweit ich es mitbekommen habe, hat es jetzt auch dieses Jahr im Gegensatz zu dem Vorjahr keine lautstarken Proteste vom Personal geben müssen. Also ich glaube, das ist durchaus ein Fortschritt. Es sind auch gewisse neue Stellen geschaffen worden, um eben den Personalengpass und damit den Stress auf der Verwaltung zumindest ein bisschen zu bekämpfen. Gleichzeitig aber bleiben viele Probleme. Die weiterhin sehr, sehr hohen Springerkosten zeigen uns, dass die Stadtverwaltung ständig am Kämpfen ist. Wir erwarten hier vom Stadtrat, dass er alles daran setzt, den Ruf von Dübendorf als gute Arbeitgeberin wiederherzustellen und die Angestellten, das sind ja die, die die Stadt am Laufen halten, dass er denen auch ständig mit echter Wertschätzung



begegnen würde. Rund 37 Millionen Investitionen sind da geplant in diesem Budget. schwerpunktmässig zu nennen sind dabei, wir haben es vorhin schon gehört, Schulprojekte und auch das Hallenbad. Mit diesen Investitionen wird Dübendorf wichtige Vorhaben umsetzen, um etwas Neues zu erschaffen, wovon dann auch zukünftige Generationen hoffentlich noch sehr lange etwas haben, das Lebensqualität bringt, das auch Bildung bringt etc. Ein bisschen getrübt wird die Freude über die tollen neuen Projekte, aber wenn man den Selbstfinanzierungsgrad im steuerfinanzierten Bereich anschaut, der ist bei 18%. Oder anders gesagt, aus den laufenden Einnahmen können vereinfacht gesagt 18% von diesen Investitionen eigentlich gedeckt werden. Ich will da jetzt nicht Alarmismus verbreiten, ich komme gerade dazu, warum. Ja, wir haben ein Wachstum bei den Ausgaben, das ist so, aber das Wachstum ist ja zum grossen Teil einfach ein Aufholen. Ich erinnere da an dieser Stelle nochmal dran, dass vor nicht allzu langer Zeit der Stadtrat notfallmässig hat müssen entscheiden, dass bei gewissen bei gewissen Angestellten, die seit 10 Jahren nicht einmal einen Inflationsausgleich bekommen haben, notfallmässig der Lohn nachgebessert werden musste und logisch führt das zu höheren Ausgaben, aber ich glaube, das war dann eben auch dringend nötig und ist in diesem Sinne gut. Im Gegenteil, ein panisches Festklammern an einem tiefen Steuerfuss, das bringt uns für die Zukunft einfach überhaupt nicht weiter. Ausgaben sind auf die Notwendigkeit zu prüfen. Ich stimme da absolut zu, aber wenn man dann dazukommt, es ist notwendig und es ist nützlich, dann muss doch das Fazit dann auch sein, ja, dann gibt man das Geld aus. Und wenn das dann zu einer Steuererhöhung führt, ja, dann ist das halt so. Also es bringt uns nichts, wenn wir einfach uns da selbst Denkschranken setzen, was nachher am Endeffekt die Schwächsten der Gesellschaft ausbaden müssen. Und in diesem Sinne wird die SP auch in den zukünftigen Jahren Politik machen."

Stefan Angliker (FDP)

"Der Stadtrat budgetiert für das kommende Jahr einen Aufwandüberschuss von beinahe 5 Mio. Der betriebliche Aufwand wächst weiterhin überdurchschnittlich, was wir bereits an der letzten Budgetdebatte vor einem Jahr kritisiert haben.

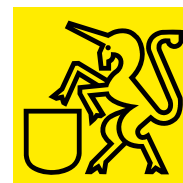
Wir alle wissen eigentlich, dass wir uns nicht länger – wie in den vergangenen Jahren - auf hohe Grundstücksgewinnsteuern verlassen können. Diese Realität holt uns nun langsam, aber sicher ein. Mit dem Neubau vom Hallenbad und den Schulhausprojekten im Birchlen, im Sonnenberg und Gockhausen werden Grossprojekte unsere Erfolgsrechnung in den kommenden Jahren mit sehr hohen Abschreibungen belasten. Auch unsere öffentliche Sportinfrastruktur steht vor riesigen notwendigen Investitionen. Und nicht zuletzt muss unsere städtische Infrastruktur ganz allgemein mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten.

Damit der finanzpolitische Drahtseilakt zwischen massiven Investitionen, ausserordentlichen Steuereinnahmen und nachhaltiger Erhöhung des Steuersubstrats gelingen kann, bedarf es einer klugen Ausgabendisziplin. Die FDP-Fraktion fordert dabei, dass bei Infrastrukturprojekten, aber auch in Bezug auf Zusatzaufgaben und -ausgaben der Fokus auf das wirklich Notwendige gelegt wird. Wir alle - vom Stadtrat und der Verwaltung bis zum Gemeinderat und dem Stimmvolk - brauchen ab sofort und für die nächsten Jahre eine neue Mentalität, die im Grundsatz auf zu viel «Nice to have» verzichtet. Es braucht jetzt gewisse Prüfungen, damit unsere Gemeindefinanzen in ein paar Jahren dann nicht plötzlich eine grosse Rosskur benötigen.

Das uns vom Stadtrat vorgelegte Budget lässt diese Spar-Mentalität jedenfalls vermissen. Exemplarisch zeigt sich das, wenn für die Suche nach geeigneten Strassennamen im Innovationspark Ausgaben von 30'000 Franken budgetiert werden, weil man es sich offenbar allen Ernstes nicht mehr selbst zutraut, eine solche Aufgabe in Eigenleistung zu erbringen.

Unsere Fraktion wird alles daransetzen, dass Dübendorf den Pfad der Haushaltsdisziplin nicht verlässt. Erhöhungen des Steuerfusses sind für uns jedenfalls ein «No go», denen wir schon jetzt entschieden den Kampf ansagen.

Die FDP-Fraktion schliesst sich im Übrigen den Ausführungen des Präsidenten der GRPK an und wird den Änderungsanträgen der GRPK-Mehrheit allesamt zustimmen. Wir werden auch den meisten zusätzlichen Streichungsanträgen der GRPK-Minderheit zustimmen.



Unsere Fraktion wird dem heute zu bereinigenden Budget 2025 mit einem Steuerfuss von weiterhin 78 % zustimmen."

Thomas Maier (glp/GEU)

"Gerne sage ich auch noch ein paar Worte aus Sicht unserer Fraktion zum Budget 2025. Alle relevanten Zahlen haben wir bereits in den Ausführungen unseres GRPK – Präsidenten sowie des Finanzvorstandes gehört. Ich werde mich daher auf eine politische Würdigung von unserer Seite sowie eine zusammenfassende Stellungnahme zu den diversen Änderungsanträgen unserer GRPK konzentrieren.

Ich möchte einige Punkte, die uns sehr wichtig sind und im Rahmen der Budgetberatung einiges zu diskutieren geben, noch einmal herausheben.

Alles in allem sind wir wiederum sehr zufrieden mit der Qualität der Budgetierung, der Beantwortung der Fragen, der Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und dem erwarteten Resultat fürs 2025.

Wir haben in der GRPK viele Fragen zum Budget gestellt und auch der Austausch mit dem Stadtrat war sehr informativ. Im Grundsatz konnten alle Fragen zur Zufriedenheit beantwortet werden.

Folgende Bereiche geben und geben auch aus unserer Sicht zu Recht zu Diskussionen Anlass.

Unser Stadthaushalt wächst stetig an – jedes Jahr, dieses Jahr sogar um gut 10% gegenüber dem aktuellen Jahr. Mit dem Budget 2025 sind wir mittlerweile bei fast ¼ Mrd. CHF an Ausgaben und Einnahmen angekommen. Einerseits verstehen wir dieses Wachstum, ich komme gleich noch einmal darauf zu sprechen, andererseits macht es uns Sorgen. Wir werden auch in den kommenden Jahren genau hinschauen müssen, um einen effizienten Einsatz der von uns allen bezahlten Steuern sicherzustellen.

Wir wachsen sowohl bei den Einnahmen wie den Ausgaben also stetig weiter. Ein nachvollziehbarer Grund dafür ist die Anzahl Menschen, die bei uns in Dübendorf wohnen und ebenfalls stetig steigt. Dies war und ist nicht nur in unserer Fraktion, sondern in der ganzen GRPK unbestritten, dass es sich dabei um einen Kostentreiber handelt.

Wir sind der Meinung, dass es immer überall Potential für Verbesserungen gibt. Und hier kommt ein erster grosser Kritikpunkt: die seit vielen Jahren laufende Leistungsüberprüfung - v.a. was wir halt auch nicht mehr anbieten sollten als Leistung in der Stadt Dübendorf - verläuft vor allem etwas, nämlich komplett im Sand. Trotz hartnäckigen Nachfragen, Nachhacken und diversen aufgedeckten konkreten Punkten für mehr Kosteneffizienz, wird wohl am Ende leider absolut nichts dabei herauschauen. Für uns gibt es dafür nur zwei Erklärungen: Einerseits fehlt uns - und damit meine ich Stadtrat und Parlament - der echte politische Wille und andererseits geht es uns wahrscheinlich noch zu gut finanziell. Und auch der Vergleich mit Estland, von meinem Kollegen und Vorredner vorher in diesem Parlament, in diesem Rat, ist natürlich schwierig. Auf der einen Seite sehen wir gerade in der Digitalisierung ein enormes Potenzial für die Stadt Dübendorf. Wir haben das schon mehrmals in den letzten 10, 20 Jahren hervorgehoben. Auf der anderen Seite wissen wir alle, wir fangen nicht auf einer grünen Wiese an. Und wer sich ein bisschen mit IT-Projekten auskennt, weiss, am einfachsten ist es, wenn man wie in solchen Ländern wie Estland ein gutes Beispiel ist, praktisch auf der grünen Wiese anfangen kann. Und die Ausgangslage ist bei uns halt leider ein bisschen eine andere.

Zurück zum Wachstum: Dieses Wachstum beinhaltet im Übrigen diverse auch von uns - und damit meine ich wieder alle Fraktionen hier im Parlament - teilweise mit Vorstössen eingeforderten und gewünschten Leistungsausbauten, z.B. in der Schule, bei der Umsetzung der Klimaschutzmassnahmen, dem Ausbau von Leistungen für Jung und Alt. Gerne erinnere ich beispielsweise an die fast schon euphorisch vorgetragenen, hier einstimmigen Zustimmungen zu den diversen, jährlich wiederkehrenden Beitragserhöhungen für unsere Sportvereine oder für die SFD AG. Dasselbe bei den Beiträgen für unsere Familien. Und ja, die einen hier sind vielleicht etwas restriktiver als andere: nur, wer zu laut brüllt, sollte sich dann auch bei den eigenen Herzensanliegen etwas mehr reflektieren. So bauen wir beispielsweise im Verkehrsbereich demnächst Verfahren aus, was nicht weniger, sondern eben, inkl. Personalaufwand, massiv mehr kostet. Wir von den Grünliberalen könnten dort gerne drauf verzichten. Faktisch blieben diese Positionen allerdings in der GRPK unbestritten im Budget 25.



Alles in allem möchten wir der Stadt und der Verwaltung auch danken: Die Stadt setzt aus unserer Sicht den Steuer-Franken alles in allem effizient ein und ist sehr transparent, was wo mehr oder weniger kostet.

So schaffen wir 2025 weiter viele zusätzliche Stellen in der Verwaltung, um eben all diese Aufgaben bewältigen zu können und dem Wachstum gerecht werden zu können.

Der Teuerungsausgleich und eine sehr schöne Lohnerhöhung - v.a. auch für Nachholer - blieb absolut unbestritten, auch von allen in der GRPK. Wir unterstützen hier im Übrigen die von der GRPK angestrebte transparente Budgetierung auf zwei Konten.

Wir haben im Unterschied zu unseren Nachbargemeinden noch kein strukturelles Problem und die Schuldenbremse ist eingehalten.

In der Investitionsrechnung führten wir verschiedene Diskussion, die zu Anträgen geführt haben, die wir später sehen werden. Der prominenteste ist der Ersatz des Ökibusses. Auch dieser Teil blieb unbestritten in der GRPK.

Gerne verliere ich noch ein paar Worte zu den anschliessenden Verbesserungsanträgen, damit ich dann dort nicht jedes Mal hier nach vorne zum Sprechen komme. Wir werden uns dort nicht mehr jedes Mal zu Wort melden, sondern wir unterstützen im Wesentlichen die Mehrheit der GRPK.

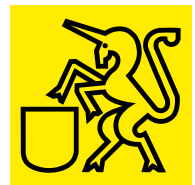
So werden wir bei den Dienstleistungen Dritter mit der GRPK zusammen beantragen, dass man dort eine gewisse Reduktion realisiert. Wir anerkennen, dass immer wieder auch Leistungen extern eingekauft werden müssen, wollen dies allerdings so effizient wie möglich halten: so viel wie nötig, so wenig wie möglich, im Sinne der Sache. Wir haben mit der Mehrheit der GRPK den Eindruck gewonnen, dass in diesen Bereichen etwas zu grosszügig budgetiert wurde.

Zu den anderen Punkten werde ich dann noch später etwas sagen. Zum Steuerfuss vielleicht auch noch einleitend: Wir haben es vom Stadtrat bereits gehört, dass wir am Steuerfuss festhalten werden wollen. Auch dies ist in der GRPK unbestritten geblieben. Auch wir werden dies so machen und weisen nochmals darauf hin, dass wir diese Senkung um 3% ja nochmals länger halten können. Der Finanzplan zeigt – wir haben es vorhin gehört – dass dies aber nicht garantiert ist. Und wir sind auch offen, wenn wir weiterhin – ich habe vorhin ein paar Beispiele aufgezählt – so viele Leistungen bestellen, hier auch die Diskussion führen müssen, dass wir halt wieder zurückgehen.

In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit. Ich melde mich dann nochmals wieder bei zwei, drei Details in der Detailberatung."

Lukas Schanz (SVP)

"Ja, vor dem, was die SVP seit Jahren warnt, ist jetzt eingetroffen. Wir haben ein strukturelles Defizit in Dübendorf und da müssen wir jetzt handeln. Und da muss jetzt der Stadtrat seine Verantwortung wahrnehmen. Wenn wir ein Budget mit einem Verlust von rund 5 Millionen vorgelegt bekommen, das keine ausserordentliche Ausgaben enthält, dann liegt ganz klar ein strukturelles Defizit vor. Da gibt es nichts zu diskutieren. Jetzt heisst es Führungsverantwortung übernehmen, lieber Stadtrat. Und das heisst halt auch, dass man mal unangenehme Entscheidungen treffen muss und auch entsprechend kommunizieren muss. Da das Geld knapp ist, müsst ihr jetzt in die Hose und ihr dürft nicht einfach immer nur teure Berater vorschieben. Jetzt muss man halt dann auch mal von den Angestellten hinstehen und sagen, was die Sache ist und vielleicht ist jetzt auch nicht der richtige Zeitpunkt, um Ferien auf sechs Wochen zu erhöhen. Das braucht Mut und Grösse, genau diese Eigenschaften, die ein Stadtrat haben muss. Und jetzt könnt ihr zeigen, dass ihr das auch habt. Auch muss man jetzt halt bestehende und bewilligte Projekte nochmal hinterfragen. Vielleicht kann man beim Hallenbad ja doch noch die eine oder andere Million sparen. Da muss man jetzt halt eben, wie schon gesagt, Führungsstärke zeigen und knallhart verhandeln und sich auch mal unbeliebt machen. Es Zeugt von grosser Schwäche, wenn der Stadtrat jetzt die Verantwortung auf den Gemeinderat und die Bevölkerung für die wachsenden Ausgaben abschiebt. Die Projekte, die wir uns nicht leisten können, wurden vom Stadtrat vorgelegt. Wie beispielsweise vor einer Woche ein Veloweg für eine Million Franken. Wenn wir uns das nicht leisten können, wieso bringt ihr denn so Projektvorschläge überhaupt vors Parlament? Das Sparpotenzial ist gross und nur jemand, der keine Führungsverantwortung übernehmen will, sieht hier keine. Darum wird die SVP auch mit allen Mitteln



allfällige Steuererhöhungen bekämpfen. Gut ist, dass die Schuldenbremse vorsieht, dass der Stadtrat mit einem Antrag für eine Steuererhöhung auch Sparvorschläge in gleicher Höhe vorlegen muss. So muss er sich wenigstens dann ernsthaft Gedanken machen, wo man Geld einsparen kann. Uns wurde vom Stadtrat versprochen, dass mit mehr Personal, Dienstleistungen Dritter stark reduziert werden können. Wir haben die Ausgaben beim Personal massiv erhöht. Wir haben es gesehen: die Aufwände der Dienstleistungen Dritter gehen aber nicht zurück. Jetzt zu sagen, dass es seine Zeit braucht, ist einfach eine faule Ausrede. Die SVP-Fraktion erwartet ganz klar, dass die Kosten drastisch gesenkt werden können. Genau zum strukturellen Defizit verhindern, haben Vertreter der SVP zusammen mit anderen Parteien den Vorstoss der Leistungsüberprüfung eingereicht. Der Stadtrat verweigert sich aber, den Auftrag anzunehmen und es liegt immer noch kein Bericht dazu vor. Es ist auch zu erwarten, dass der Stadtrat einfach wieder mal teure externe Berater engagiert hat, die am Schluss keinerlei Einsparungspotenzial sehen, genauso wie das für den Stadtrat gerade gut ist, damit er keine unangenehmen Entscheidungen treffen muss. Weil der Stadtrat diese Aufgabe nicht wahrnimmt, wird die SVP mit Vorstössen kommen, damit unnötige Leistungen abgebaut werden und die Verwaltung ihre Tätigkeit auf die wirklichen Kernaufgabe beschränken kann. Das wird unangenehm, lieber Stadtrat, aber ihr habt die Chance selbst nicht wahrgenommen und dann übernimmt halt das Parlament und sagt, was zu tun ist.

Es gibt Kosten, die laufen aus dem Ruder und es ist erschreckend, dass unser Stadtrat das einfach so hinnimmt. Ein Beispiel dafür, wir geben für den Transport von 41 Schülern 615'000 Franken im Jahr aus. Das geht ganz sicher auch günstiger. Es ist erfreulich, dass die GRPK korrigierend eingreift und dem Stadtrat ganz klar einen Auftrag zum Sparen gibt. Wir stimmen darum den Anträgen zu und danken der GRPK für ihre Arbeit, die Arbeit, die eigentlich der Stadtrat hätte machen sollen. Aus unserer Sicht dürfen die Einsparungen noch viel weiter gehen und wir wollen hier dem Stadtrat auch auf den Weg geben: Nur weil jetzt gewisse Budgets bewilligt sind, heisst das nicht, dass das Geld auch ausgegeben werden muss. In diesem Sinne stimmen wir dem Budget sowie auch sämtlichen Änderungsanträgen der GRPK zu. Ich danke für die Aufmerksamkeit."

Patrick Schärli (die Mitte/EVP)

"Auch für die Mitte/EVP Fraktion ist ein negatives Budget kein schöner Anblick. Aber wir müssen auch nicht gerade in Panik verfallen. Die Jahresrechnung hat in der Vergangenheit das Budget oft massiv geschlagen – also im positiven Sinn.

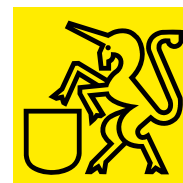
Ergänzend zum Kommissionsreferat und zu meinen Vorrednern möchte ich noch kurz auch ein paar Dinge eingehen.

Die Mitte/EVP Fraktion begrüsst, dass die Stadtverwaltung in einzelnen Abteilungen gezielt mehr Stellen bekommt. Wir müssen unsere Verwaltung dem steten Wachstum der Stadt anpassen. Aus unserer Sicht handelt es sich dabei um sogenannte sprungfixe Kosten. Der Personalbestand verläuft grundsätzlich konstant, aber ab einem bestimmten Punkt muss er auf ein höheres Level „springen“. Mit diesem Anstieg können die Mehraufgaben wieder besser bewältigt werden. Wir sprechen uns aber für gezielte, begründete und nachhaltige Anpassungen aus. Eine Erhöhung auf Vorrat lehnen wir ab. Es braucht hinter jeder Anstellung einen Plan und einen Antrag.

Wir begrüssen, dass die GRPK beantragt, die Besoldungserhöhung in Teuerung und individuelle Lohnanpassungen aufzuteilen. Dies war ein Auftrag an den Stadtrat aus der letzten Debatte. Schade hat der Stadtrat nicht von sich aus separat budgetiert und hier für die gewünschte Transparenz gesorgt, da sind wir vom Stadtrat enttäuscht.

Bei den Anträgen der GRPK zur Reduktion der externen Berater und Dienstleistungen Dritter werden wir nicht einheitlich stimmen. Zum einen unterstützen wir die Botschaft der GRPK hier sparsamer zu sein und das stetige Wachstum zu bremsen und auch mehr Leistungen inhouse zu machen. Ähnliche Anträge aus den letzten Budgetdebatten haben gezeigt, dass die gewünschte Wirkung durchaus erreicht werden kann. Zum andern sehen wir auch, dass nicht alle Kompetenzen in der Stadtverwaltung vorhanden sein können und Experten hinzugezogen werden müssen. Notwendige Projekte werden somit aber auch nicht gestoppt, da der Stadtrat das Geld ausserhalb des Budgets bewilligen könnte, sollte er es auch effektiv brauchen.

Zu bestimmten Anträgen der GRPK werden wir uns an gegebener Stelle äussern."



Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Detailberatung Erfolgsrechnung

Kapitel 1 Präsidium

Zu diesem Kapitel liegen zwölf Änderungsanträge der GRPK vor.

Erster Änderungsantrag: Büromaterial - technische Ausstattung GR-Sitzung

Konto 1000.31000 (Legislative) Büromaterial – technische Ausstattung GR-Sitzung

Antrag Stadtrat	Fr.	400.00		
Antrag GRPK	Fr.	5'400.00	(Abweichung: + Fr.	5'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Gemäss Auskunft des Gemeinderatsbüros hat sich kurzfristig ergeben, dass die technische Ausstattung für die Gemeinderatssitzungen angepasst und erneuert werden muss. Das Budget soll deshalb um Fr. 5'000 erhöht werden und die GRPK ist einstimmig der Ansicht, dass man dies unterstützen soll. Das bitte ich auch den Gemeinderat zu tun."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem ersten Änderungsantrag der GRPK einstimmig mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Zweiter Änderungsantrag: Pauschale Kürzung um 20% auf den Kontostellen mit den Endungen 313200, sofern die Kürzung mehr als Fr. 8'000.- beträgt

Konto 1000.313200 (Legislative) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat	Fr.	69'200.00		
Antrag GRPK	Fr.	55'360.00	(Abweichung: - Fr.	13'840.00 S)

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) erläutert das Vorgehen:

"Es handelt sich hierbei um einen Änderungsantrag, der mehrere Kontostellen betrifft. Wir werden die Diskussion zu dieser pauschalen Kürzung an dieser Stelle im Rahmen der Kontostelle 1000.313200 (Legislative) vornehmen, um die Sitzung effizient zu gestalten.

Die Diskussion an dieser Stelle beinhaltet somit grundsätzlich alle Kontostellen, die von einer solchen pauschalen Kürzung um 20% betroffen sind.

Sollten zu einem dieser Kontostellen mit der Endung 313200 weitere Änderungsanträge vorliegen, wird zunächst über diesen speziellen Änderungsantrag abgestimmt. Sofern es zu einer Abstimmung eines solchen speziellen Änderungsantrags kommen sollte, der eine höhere Reduzierung des Budgetposten als die pauschal verlangten 20 % zur Folge hätte, entfällt der Änderungsantrag zur pauschalen Kürzung. Andernfalls findet eine Abstimmung über den pauschalen Änderungsantrag statt.



Im Übrigen werden die Änderungsanträge zur pauschalen Kürzung jeweils je Kontostelle an den jeweiligen Stellen kurz aufgerufen und abgestimmt, aber ohne, dass jeweils eine Diskussion vorgesehen wäre. Diese wäre nun an dieser Stelle zu führen."

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Besten Dank. Der Gemeinderatspräsident hat jetzt da schon erfreulicherweise sehr viel ausgeführt. Wie ich in meinem Referat vorhin bereits erwähnt habe, sieht die Gesamt-GRPK die ständig wachsenden Dienstleistungen Dritter sehr kritisch. Ich habe gesagt, 2024 hatten wir 10,8 Millionen, 2025 13,4 Millionen, also ein grosses Plus auf dieses Budget hin und parallel steigen die Lohnkosten weiterhin.

Die GRPK hat sich sehr intensiv mit dem Kostenanstieg auseinandergesetzt und in der Mehrheit entschieden, dass man auf diesem Konto alle Positionen über alle Abteilungen hinweg, welche CHF 40'000 oder grösser sind um 20 Prozent zu kürzen. Die Absicht der GRPK ist, mit diesem Vorgehen den Stadtrat zu sensibilisieren, die Auftragsvergabe an Externe aufs Unumgängliche zu beschränken. Die daraus resultierenden Kürzungen betragen insgesamt rund CHF 230'000. Bei budgetierten 1,5 Mio. eine moderarte, vertretbare und verkraftbare Kürzung. Verkraftbar auch deshalb, weil das Konto 313.000 - das ist ein anderes Konto der externen Dienstleistungen, welches auf externe Aufträge, Reinigung, Handwerker usw. lautet. Das Konto mit über 10 Millionen Budget ist nicht betroffen von diesen Kürzungen und bleibt erhalten in dieser Grössenordnung. Dort sind z.B. die Springerkosten drin, der Hochbau mit allen ausgelagerten Dienstleistungen usw.

Sollte der Stadtrat jetzt einwenden, dass gewisse Ausgaben gebunden sind und getätigt werden müssen, weist die GRPK darauf hin, dass dem Stadtrat pro Jahr CHF 1,5 Mio. in Eigenkompetenz zur Verfügung stehen, für allfällige «Notfälle». Der Stadtrat ist nach dem Dafürhalten der GRPK trotz dieser moderaten Kürzungen in keinerlei Weise eingeschränkt.

Das ist die Begründung, warum die GRPK-Mehrheit auf all diesen Positionen die 20%-Kürzung vorschlägt. Und sie bittet den Rat, diesem Kürzungsantrag zu folgen."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat hält da an seinem Antrag fest, im Wissen, dass die Chancen etwa wie der Schneemann an der Sonne in der Wüste sind. Aus Sicht des Stadtrats handelt es sich hier mehr um Budgetkosmetik. Wir budgetieren transparent und realistisch. Wenn wir zu tief budgetieren und nachher mit Kosten kommen, heisst es: ihr hättet realistisch budgetieren müssen, ihr habt doch gewusst, dass das und das kommt als Dienstleistungen Dritter. Wenn der Gemeinderat das kürzt, gibt es etwa drei Varianten, die hier stattfinden, nämlich: die notwendigen Aufgaben, die der Stadtrat trotzdem machen muss - es ist schon angekündigt worden vom GRPK-Präsidenten - wird der Stadtrat auf seine eigene Kompetenz nehmen müssen. Ein zweiter Teil wird sein, dass man gewisse Aufgaben verschieben kann. Man sagt, okay, gut, das muss nicht zwingend dieses Jahr sein. Wenn eine Heizung noch läuft oder ein Auftrag anders gemacht werden kann, verschiebt man es auf das nächste Jahr. Das wäre eine Verschiebung. Das ist aber auch verschoben, nicht aufgehoben. Und das dritte ist tatsächlich, gewisse Aufgaben wird man dann sagen, okay, die ist jetzt nicht absolut zwingend, auf die verzichten wir in diesem Jahr und vielleicht auch in der Folge, ein bis drei Jahre. Ich würde jetzt mal abschätzen, so wird es etwa ein Drittel, Drittel, Drittel sein, also etwa ein Drittel werden wir auf die eigene Kompetenz nehmen müssen, so geschätzt. Ein Drittel wird man auf Folgejahre verschieben und etwa ein Drittel wird man nachher eine Verzichtsplanung machen. Aber ich habe vorhin die eine Seite gehört, die sehr laut gesagt hat, was wir uns tot sparen. Ich glaube, das wäre es trotz allem nicht, auch wenn die Kürzungen kommen. Es wird dem Stadtrat einfach der Auftrag gegeben, in diesen Bereichen sehr genau zu überprüfen, welche Ausgaben er das nächste Jahr tätigt. Aber wie viel das effektiv ändert, das überlasse ich dem Parlament. Der Stadtrat bleibt bei seinem Antrag und ist sich bewusst, dass uns die Kürzung treffen wird."



Diskussion

Christian Gross (SP)

"Geschätzte Anwesende, externe Berater sind teuer. Und externe Berater sind eventuell auch nicht wirklich immer nötig oder vielleicht sogar relativ häufig unnötig. Das muss man dann im Detail anschauen. Die SP sagt darum auch schon lange, dass doch die Verwaltung so stark aufgestellt sein soll, dass sie, wenn immer möglich, Aufgaben selbst übernehmen kann. Das heisst jetzt aber nicht, dass man einfach alles kürzen kann, weil der Teufel, der ist eben dann im Detail. Und an diese Details kommen wir nicht heran, wenn wir einfach rasenmähermässig pauschal darüber kürzen. Es wäre wichtig, genau heranzusehen. Genau heranzusehen, wo ist Expertenwissen nötig, wo man tatsächlich extern einkaufen muss. Wo geht es um Ressourcen, die momentan extern eingekauft werden, die aber viel billiger selbst aufgebaut werden sollten und der Stadtrat entsprechend tätig sein müsste? Und wo geht es eventuell auch einfach um wirklich unnötige Abklärungen, die auch einfach gestrichen werden können? Der Stadtrat hat uns, wenn ich da ganz ehrlich sein darf, das genaue hinschauen überhaupt nicht einfach gemacht. Die Fragen zu diesen Konti sind sehr knapp beantwortet worden. Aber als Reaktion darauf, dann einfach eine Pauschalkürzung zu machen, ist schon auch ein bisschen sinnlos und wenn ich ganz ehrlich bin, auch ziemlich faul. Also genau hinschauen würde eben heissen, man geht Konto für Konto durch, überlegt sich, was steckt da dahinter, überlegt sich, braucht es das Geld, braucht es das nicht. Vielleicht ist in einzelnen Bereichen auch eine Kürzung von deutlich mehr als 20% etwas, was möglich wäre. Die SP ist durchaus bereit, externe Vergaben kritisch zu begutachten. Wie gesagt: wir sind eigentlich dafür, dass der Stadtrat die nötigen Kompetenzen, wenn immer möglich, in der Stadt selbst aufbaut. Aber der Pauschalkürzungsantrag da, dem fehlt einfach die nötige Präzision und darum werden wir all die Pauschalkürzungsanträge ablehnen."

Tanja Boesch (die Mitte/EVP)

"Es ist relativ spontan, aber ich möchte doch noch gerne etwas präzisieren. Wir haben eine gewisse Zeit zur Verfügung, die wir in der GRPK an dieser Prüfung arbeiten können. Wenn wir jedes einzelne Konto durchschauen würden, wären wir wahrscheinlich heute noch dran. Und wir haben auch den Gemeinderat nicht überstrapazieren wollen, indem wir mit gefühlten 50 Anträgen kommen. Uns hat einfach das Vorgehen das Vernünftigste gedünkt. Wir schauen einmal dort, wo es ziemlich hoch ist und wo es wahrscheinlich auch am besten zu vertreten und zu vertragen ist für die Betroffenen, wenn diese Kosten gesenkt werden. Eigentlich ist das ein pragmatischer Vorgang. Darum wollte ich das noch erwähnen, auch in Bezug auf die folgenden Abstimmungen."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem zweiten Änderungsantrag der GRPK mit 25 zu 12 Stimmen zu.

Dritter Änderungsantrag: Externe Aufträge – technische Ausstattung GR-Sitzung

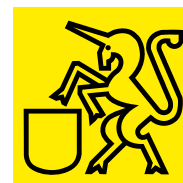
Konto 1000.313300 (Legislative) - Dienstleistungen Dritter externe Aufträge.

Antrag Stadtrat	Fr.	22'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	27'000.00	(Abweichung: + Fr.	5'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Bei diesem Antrag geht es nochmals um genau das Gleiche wie beim ersten Antrag von 5'000 Franken. Das betrifft nochmals die technische Ausstattung für Gemeinderatssitzungen, die erneuert



und angepasst werden müssen. Darum braucht es auf diesem Konto nochmals 5'000 Franken dafür und die GRPK unterstützt diesen Antrag einstimmig."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem dritten Änderungsantrag der GRPK einstimmig mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Vierter Änderungsantrag: Streichung der Kosten für die GV des Vereins FRZ

Konto 1020.313000 (Exekutive) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker, etc.)

Antrag Stadtrat	Fr.	145'700.00		
Antrag GRPK	Fr.	115'700.00	(Abweichung: - Fr.	30'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Der Gemeinderatspräsident hat bereits gesagt um was es geht: um die Streichung dieser GV-Kosten. Und zwar die Begründung ist so: Der Verein wird von den zugehörigen Gemeinden alimentiert, in beträchtlichem Umfang auch von Dübendorf und der Verein ist finanziell sehr gut aufgestellt. Darum ist die GRPK-Mehrheit der Meinung, dass der Verein seine GV selber zahlen soll und dass nicht von Dübendorf übernommen werden soll. Diese wird offensichtlich 2025 in Dübendorf durchgeführt und darum hat der Stadtrat eigentlich entschieden, dass Dübendorf dies zahlen soll und für 30'000 Franken ist das Budget eingestellt."

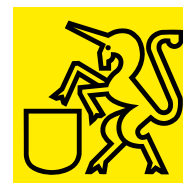
Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Zuerst eine kleine Korrektur: von dem Aufwand bzw. diesen Umsätzen wird ein grosser Teil auch von der Wirtschaft getragen und nicht nur von den Gemeinden. Zweitens muss man klarstellen, der Stadtrat Dübendorf hat diese Einladung ausgesprochen. Die GV findet in Dübendorf statt und hat sich damit auch verpflichtet und der Stadtrat hat diesen Kredit bewilligt. Weil es ist eine Planung, die man nicht einfach kurzfristig machen kann und warten kann, bis das Budget beraten worden ist und dann sagen, machen wir die GV oder machen wir sie nicht. Das heisst, wenn der Gemeinderat das streichen sollte, was falsch wäre, wird der Stadtrat das trotzdem auf seine Kompetenz machen, denn die Einladung ist ausgesprochen. Das ist eine reine Budgetkosmetik. Der Stadtrat wird es auf seine Kompetenz nehmen müssen. Das haben wir im Stadtrat bereits diskutiert und entschieden. Besten Dank, wenn Sie den Antrag nicht umsetzen, weil er wirklich am falschen Ort ist."

Diskussion

Patrick Schärli (die Mitte/EVP)

"Wir sind über das Vorgehen des Stadtrats erstaunt. Er weiss genau, dass der Verein Flughafenregion Zürich schon mehrfach im Rat zur Debatte gestanden ist und daher vom Gemeinderat nicht unkritisch betrachtet wird. Die Mitte/EVP-Fraktion begrüsst und unterstützt die Mitgliedschaft der Stadt Dübendorf bei der FRZ. Wer schon einmal Anlass von der FRZ dabei war, hat gesehen, wie einfach es ist, sich an solchen Anlässen mit Vertretern von der Wirtschaft und anderen Stakeholdern aus der Region zu vernetzen. Etwas, was über Einzeltermine kaum möglich ist. Dennoch sehen wir es nicht als Aufgabe der Stadt, eine GV vom Verein auszurichten. Wir unterstützen den Verein mit unserem nicht kleinen Jahresbeitrag. Das Vorgehen des Stadtrats, da Gelder zu sprechen, empfinden wir als unsensibel und kontraproduktiv. Wir werden den Antrag der GRPK unterstützen, aber nicht einheitlich stimmen."



Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem vierten Änderungsantrag der GRPK mit 33 zu 1 Stimmen zu.

Fünfter Änderungsantrag: Pauschale Kürzung um 20 % im Bereich Exekutive

Konto 1020.313200 (Exekutive) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat	Fr.	139'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	111'200.00	(Abweichung: - Fr.	27'800.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Da geht es eigentlich um die gleiche Begründung, die wir im zweiten Antrag gebracht haben, um die Kürzung von 20% auf dem Konto von 139'000 um 27'800 Franken, dann auf 111'200 Franken und die GRPK-Mehrheit beantragt dem Rat wiederum die 20%-Kürzung ebenfalls zu unterstützen."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem fünften Änderungsantrag der GRPK mit 25 zu 12 Stimmen zu.

Sechster Änderungsantrag: Streichung von Stellenplananpassungen

Konto 1110.301001 (Personaldienste) Stellenplananpassungen

Antrag Stadtrat	Fr.	360'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	0'000.00	(Abweichung: - Fr.	360'000.00 S)

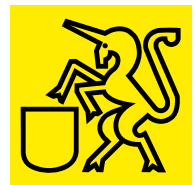
Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Die Mehrheit der GRPK beantragt die Streichung des Budgetpostens, die 360'000 Franken, mit der Begründung: gemäss Stadtrat sind die genauen Stellenplananpassungen in der Budgetphase noch nicht bekannt, warum sie anhand eines Erfahrungswertes budgetiert werden. Die GRPK will in der Mehrheit keine Budgetierung auf Vorrat und bittet den Rat deshalb, den Antrag auf Streichung zu unterstützen."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Es geht um eine transparente Budgetierung, die uns vom Stadtrat verlangt wird. Wenn wir würden sagen, wir budgetieren keinen Stellenplananpassung, würde die Frage kommen, was ist denn das nächste Jahr die Erwartung? Meint ihr, dass ihr ohne Stellenplananpassungen durchkommt? Der Stellenplan ist die Kompetenz des Stadtrats. Wir wollten das transparent aufzeigen. Es ist richtig, es ist noch nicht entschieden, wo die Stellen allenfalls dazukommen. Die Wahrscheinlichkeit ist relativ hoch, dass wir nicht im 2025 ohne Stellenplanerhöhung durchkommen. Wenn der Gemeinderat das streicht, ist das letztlich Budgetkosmetik. Der Stadtrat wird die allfällig notwendigen Stellen schaffen. Das heisst nicht, dass er einfach Stellen schaffen will. Aber wenn der Bedarf da ist, wird er seine



Verantwortung wahrnehmen müssen. In diesem Sinne bleibt der Stadtrat auf seinem Antrag und bittet Sie vom Antrag der GRPK abzusehen."

Diskussion

Christian Gross (SP)

"Ich darf für einmal sehr weit einig gehen mit unserem Finanzvorstand. Ich glaube, es ist völlig klar, wenn noch nicht klar ist, was die Stellen sind, und wir haben jetzt Dezember, dann sind die auch noch nicht ausgeschrieben, dann hat der ganze Rekrutierungsprozess noch nicht angefangen. Von dem her ist auch klar, die Kosten werden sowieso nicht, egal was da entschieden wird, vollständig anfallen, weil niemand glaubt, dass da am 1.1. jemand anfängt zu arbeiten, wenn noch nicht mal die Stelle ausgeschrieben ist. Trotzdem wollen wir, dass der Betrag im Budget drinbleibt. Und zwar aus zwei Gründen. Der eine hat Martin Bäumlé schon auseinandergesetzt. Es wäre reine Kosmetik, etwas zu streichen, was ja nötig ist. Und vor allem Personalführung ist die Kompetenz des Stadtrats. Das heisst, der Stadtrat hat auch die Aufgabe, ich betone die Aufgabe, genug Personal einzustellen, um die nötigen Aufgaben bewältigen zu können. Wir hoffen, dass er dieser Aufgabe auch in Zukunft nachkommen wird. Vor allem aber, glaube ich, ist es auch ein falsches Signal, wenn man das jetzt herausstreicht. Denn seit Jahren läuft unsere Stadtverwaltung am Anschlag, auf allen möglichen Bereichen. Und wenn man nicht sagt, ja, es geht ja ohne, dann muss man ehrlich sagen, ist halt auch einfach nicht ganz korrekt. Darum wird die SP diesen Antrag ablehnen."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem sechsten Änderungsantrag der GRPK mit 25 zu 11 Stimmen zu.

Siebter Änderungsantrag: Quoten für Besoldungserhöhungen - Teuerung

Konto 1110.301003 (Personaldienste) Quoten für Besoldungserhöhungen – Teuerung (ohne ASZ und PS)

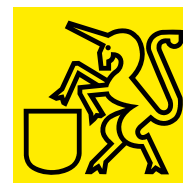
Antrag Stadtrat	Fr.	626'200.00		
Antrag GRPK	Fr.	243'100.00	(Abweichung: - Fr.	383'100.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Da geht es um den Personaldienst, Quote für Besoldungserhöhungen, Teuerung. Seit längerem moniert die GRPK, dass der Stadtrat den Teuerungsausgleich und die individuellen Lohnerhöhungen buchhalterisch nicht separat ausweist. Durch den vorliegenden Antrag soll die geforderte Transparenz nicht nur für die Stadtratsbeschlüsse, sondern auch hier im Budget abgebildet werden. Die und die nächste Budgetanpassung heben sich auf, sind also kostenneutral. Es geht lediglich darum, den Betrag auf zwei Konten aufzuteilen, nämlich Besoldungserhöhung - Teuerung und auf dem anderen Konto dann Besoldungserhöhung - Individuelle Lohnerhöhung. Die GRPK unterstützt den und den nächsten Antrag, wie schon gesagt, eigentlich als Zwilling, einstimmig und bittet den Rat, dem Antrag zu folgen."

Auf Verfahrensantrag von David Siems (Grüne) findet mangels weiterer Wortmeldungen ohne vorherige Diskussion zuerst eine Abstimmung über die formelle Frage statt, in welchem Verfahren die Änderungsanträge sieben und acht behandelt werden sollen. Es wird beantragt, über beide Änderungsanträge gleichzeitig abzustimmen, statt in zwei separaten Abstimmungen. Dieser



Verfahrensantrag wird mit 34 zu 0 Stimmen angenommen. Somit wird über die Änderungsanträge sieben und acht in einem Zug abgestimmt.

Achter Änderungsantrag: Quoten für Besoldungserhöhungen – individuelle Lohnerhöhung

Konto 1110.301004 (Personaldienste) Quoten für Besoldungserhöhungen – individuelle Lohnerhöhung (ohne ASZ und PS)

Antrag Stadtrat	Fr.	0.00		
Antrag GRPK	Fr.	383'100.00	(Abweichung: + Fr.	383'100.00 S)

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt den Änderungsanträgen sieben und acht der GRPK einstimmig mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Neunter Änderungsantrag: Startbahn 29

Konto 1310.363400 (Kinder und Jugendarbeit inkl. Jugendhaus) Beträge an öffentliche Unternehmungen

Antrag Stadtrat	Fr.	57'900.00		
Antrag GRPK	Fr.	7'900.00	(Abweichung: - Fr.	50'000.00 S)

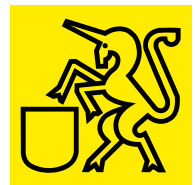
Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Wie der Präsident schon gesagt hat, geht es bei diesem Antrag um das Projekt Startbahn. Die Mehrheit der GRPK beantragt das Budget um 50'000 Franken zu kürzen. Mit der Begründung, dass die Schulen Leistungen in Form von Klassenworkshops beziehen. Diese Leistungen werden von der Schule direkt nach Aufwand verrechnet. Das heisst, sie werden gezahlt. Zudem wird das Projekt bereits von den Glattwerken gesponsert. Der Stadtrat hat in Eigenkompetenz für die Jahre 2024 bis 2026 150'000 Franken bewilligt für das Projekt. Da vertritt die GRPK die Ansicht, dass der Stadtrat für eine längerfristige Finanzierung dem Gemeinderat einen Antrag stellen soll. Darum beantragt die GRPK-Mehrheit, das Budget um 50'000 Franken auf 7'900 Franken zu kürzen."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat möchte an seinem Antrag festhalten und bittet Sie, den Kürzungsantrag abzulehnen. Erstens: in der Stadt Dübendorf hat der Stadtrat das Legislaturziel «Innovative Bildungslandschaft» in seine Legislaturziele hineingeschrieben, als Grundlage, dass wir in dieser Richtung etwas machen, was wir am Innovationspark in der Nähe haben. Zweitens, die Förderung von jungen Talenten in der Innovation und insbesondere in MINT-Fächern ist ein wichtiges Ziel, das auch die Schule haben muss und das mit einem solchen Projekt kostengünstig umgesetzt werden kann. Es ist auch schon erwähnt worden, dass Klassenworkshops organisiert werden, auch wiederum im Rahmen des Massnahmenplans Klima, sollte eine zusätzliche Unterstützung kommen. Auch das ist etwas, was das Parlament beschlossen hat. Last but not least muss man festhalten, dass diese Beträge, der stadträtliche Betrag und die Glattwerke zusammen, rund 20% von diesen Kosten ausmachen. Der Rest sind Drittsponsoren. Und jetzt kommt das Wichtigste. Dass Drittsponsoren es natürlich davon abhängig machen, ob auch die Standortgemeinde daran etwas finanziert, ob sie ihre Geldbeutel öffnen, insbesondere Stiftungen. Das heisst, eine Kürzung von dem könnte letztlich gefährden, dass Drittmittel kommen. Und dann würde die Leistung am Schluss der Stadt Dübendorf, wenn sie es selber machen müsste, deutlich mehr kosten. Das ist also ein ziemlicher Rohrkrepierer, wenn man die 50'000 hier herausstreicht. Und das Argument von der GRPK bezüglich der Kreditgenehmigung ist nicht ganz unberechtigt. Aber der Stadtrat weiss heute noch nicht, er geht von einer



Anschubfinanzierung aus, ob langfristig 50'000 Franken pro Jahr notwendig sind. Man hat es jetzt für drei Jahre gesprochen, das ist die Kompetenz. Wenn man nachher zum Schluss kommt, wie bei anderen Fällen, ich nehme jetzt das Kino Orion, das jährlich wiederkehrend 40'000 bis 50'000 Franken notwendig sind aus Sicht des Stadtrats für dieses Projekt, dann wird selbstverständlich ein Antrag an den Gemeinderat kommen. Wenn aber der Stadtrat dann zum Schluss kommt, dass es weniger braucht als z.B. 30'000, kann er auch möglicherweise das dann in seiner eigenen Kompetenz sprechen mit einem kleineren Betrag. Wir wissen es heute noch nicht, wie der endgültige Betrag angesetzt wird, es geht jetzt um eine Anschubfinanzierung, eben um auch Drittmittel zu generieren, was für so ein Projekt wichtig ist. Und vielleicht ist noch zum Schluss zu sagen, das ist ein kleiner Betrag, wenn wir schauen, wie MINT-Fächer und Innovation und auch, ich sage jetzt mal, begabte Schüler in der Schule gefördert werden. Wir geben rund 10 Millionen aus für eher die schwachen Schüler und da spricht niemand darüber. Und da machen wir etwas für die, die vielleicht auf dem anderen Ende sind. Und die 50.000 Franken bittet Sie der Stadtrat wirklich nicht zu streichen, das wäre am falschen Ort gespart."

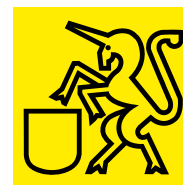
Diskussion

Leandra Columberg (SP)

"Die von der GRPK-Mehrheit beantragte Kürzung von 50'000 Franken für die Startbahn 29 ist kurzsichtig, unverantwortlich und unsozial. Sie trifft ausgerechnet eine Institution, die für viele Kinder und Jugendliche in Dübendorf ein Ort der Entfaltung, Bildung und Freizeitgestaltung bietet. Die GRPK argumentiert, dass die Schulen die Leistungen der Startbahn 29 direkt über das Budget beziehen und abrechnen können. Die Freizeit- und Ferienangebote, die aber ausserhalb des Schulbetriebs für alle Kinder und Jugendlichen zugänglich sind, fallen aber nicht unter diese Finanzierung. Eine Kürzung würde bedeuten, dass genau solche offenen und integrativen Angebote abgebaut werden. Und es ist auch wichtig zu sagen an dieser Stelle, die Startbahn 29 ist mehr als nur ein Schulprojekt. Sie steht für Chancengleichheit, für Bildung und auch für einen Ort, wo Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrem finanziellen Hintergrund auch gefördert werden. Wir haben es gehört vom Finanzvorstand, gerade auch die Kompetenzen im digitalen Bereich und die Faszination für den MINT-Fachbereich, das ist wichtig. Es ist kein Luxus, sondern eine Investition auch in die Zukunft der Kinder und Jugendlichen hier in Dübendorf. Und ja, gerade die Zusammenarbeit mit PartnerInnen wie der ETH und der Universität Zürich wird mit dieser Kürzung infrage gestellt. Und ich finde es schon bedenklich, dass man gerade anhand vom Budget, von dieser Grösse, das wir haben, dann gerade hier 50'000 Franken sparen möchte. Es ist eine Aufgabe der Stadt, solche Angebote zu sichern und auszubauen, anstatt sie kaputt zu sparen. Wir haben es gehört, es ist ein wesentliches Legislaturziel von Dübendorf, die Förderung von Bildung und Innovation. Also ich appelliere an alle einzelnen KollegInnen hier, nehmen Sie die Verantwortung wahr und unterstützen Sie auch die Kinder und Jugendlichen nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten, und lehnen Sie den Kürzungsantrag ab. Die SP wird das auch so machen."

Ursula Brack (Grüne)

"Wie ihr vielleicht mitbekommen habt, arbeite ich an der Uni am Studienprogramm Digital Skills und heute hatte ich ein Treffen mit einer Vertreterin von Digital Switzerland. Das ist ein Verein von Firmen in der Schweiz. Sie haben mehr als 170 Mitglieder und sind händeringend auf der Suche nach Talenten, die wir eben hier in Dübendorf schon in der Primarschule mit der Startbahn 29 beginnen können, aufzubauen. Sie suchen Studierende, Absolventen mit dem MINT-Bereich, die vielleicht etwas anderes auch noch studiert haben, aber das schon interdisziplinär mitbekommen haben. Ich bin stolz, dass wir hier in Dübendorf die Startbahn 29 haben. Und ich finde es wirklich auch am falschen Ort gespart. Es ist kurzfristiges Denken. Und alle, die jetzt die Wirtschaft vertreten und auch wollen, dass die Wirtschaft in der Schweiz auch floriert, auch in Zukunft, auch gerade im Zusammenhang mit der digitalen Transformation, wo wir mittendrin sind, das ist wirklich, wir brauchen sogar noch mehr Startbahnen 29. Also wir müssten eigentlich das Budget um 50'000 erhöhen."



David Siems (Grüne)

"Ich werde jetzt nochmal zum grossen Teil das sagen, was schon der Finanzvorstand Martin Bäumle gesagt hat, aber wenn ich schon mal mit ihm gleicher Meinung bin, dann kann ich das ja gerade entsprechend zelebrieren. Die Stadtbahn 29 ist ein tolles Angebot für Kinder und Jugendliche. Sie erhalten einen Einblick in die Welt der Naturwissenschaft und der Technik, einem von Fachkräftemangel geplagten Bereich, der aber immer wichtiger wird, wie es schon Ursula Brack gesagt hat. Diverse Stiftungen und Förderer beteiligen sich an der Stadtbahn 29. Sie tragen einen grossen Teil der Kosten. Diese erwarten zu Recht, das haben wir auch schon gehört, dass sich Dübendorf als Standortgemeinde beteiligt. Das ist eine wichtige Aufgabe für unsere Stadt, die sich die Förderung des Innovationsstandorts in die Legislaturziele hineingeschrieben hat. Und da, um das noch auszuführen. Wir planen einen Innovationspark in Dübendorf. Das ist prinzipiell mal ein Richtplaneintrag oder eine Absichtserklärung. Aber irgendwo muss man ja dann auch entsprechende Massnahmen ergreifen, die dann konkret auch Innovation fördern. Und das ist so ein Beispiel. Was ich ganz wichtig finde, der Betrag, der von der Primarschulpflege budgetiert wurde für die Stadtbahn 29, ist ausschliesslich für bezogene Klassenworkshops gedacht und kann nicht für andere Angebote verwendet werden. Die Schule kauft hier also bei der Stadtbahn 29 eine Dienstleistung ein und leistet keinen eigentlichen Beitrag zur Finanzierung. Das ist ein wichtiger Unterschied. Es ist darum wichtig, dass die Stadt Dübendorf sich weiterhin an der Finanzierung der Stadtbahn 29 beteiligt. Ansonsten steigen womöglich wichtige Geldgeber aus oder das Angebot wird in eine Gemeinde verlieht, die mehr Interesse zeigt. Womit wir wieder beim Mantra vom heutigen Abend angekommen wären. Wer dumme Spiele spielt, gewinnt dumme Preise. Sparen Sie bitte nicht an den Investitionen in die Zukunft."

Thomas Maier (glp/GEU)

"Ich sage zu dem Antrag etwas, weil es für unsere Fraktion relevant ist. Unsere Vertreter in der GRPK haben den Antrag mit unterstützt, weil wir davon ausgegangen sind, dass das Projekt dank privaten Finanzierungen gut auch ohne Beiträge von der Stadt Dübendorf durchgeführt werden kann. Mittlerweile haben neue, glaubwürdige Erkenntnisse ergeben, dass es umgekehrt so ist, dass die privaten Beiträge vom Beitrag der öffentlichen Hand abhängen. Wir haben es vorhin gehört. Würden wir das heute streichen, wäre das ein schlechtes Signal an alle anderen Unterstützer und könnte in einer Streichung von diesen Beiträgen resultieren. Wir möchten, dass mit einem klaren Signal von der Stadt Dübendorf möglichst viele weitere Unterstützer ins Boot geholt werden können und eben auch die langfristigen Kosten für die Stadt Dübendorf dann möglichst tief sind. Das will die Mehrheit der Fraktion so sicherstellen und wird darum den Kürzungsantrag nicht unterstützen."

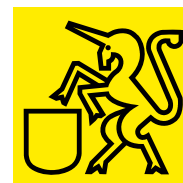
Patrick Schärli (die Mitte/EVP)

"Was die Stadtbahn 29 macht und bedeutet, haben wir schon gehört. Das Angebot kommt ausserdem noch mit vielen Freiwilligen aus, ist also nicht nur rein kostengetrieben und die Teilnehmenden zahlen auch eine Teilnahmegebühr. Auch wird, das haben wir auch gehört, die Stadtbahn von weiteren Flugplatzanrainern wie Volketswil unterstützt. Die Streichung aus dem Budget würde das falsche Signal senden. Der Beitrag fällt für die Mitte/EVP-Fraktion in die gleiche Kategorie wie die Unterstützung von Sport- und Kulturvereinen. Auch wissenschaftlich Interessierte haben unsere Unterstützung verdient. Vielleicht entsteht so einmal ein Start-up-Gründer oder eine Nobelpreisträgerin. Inhaltlich sind wir also mit dem Stadtrat einig. Wir werden den Antrag der GRPK auch entsprechend ablehnen. Es ist jedoch kreditrechtlich fragwürdig, sich jährlich wiederholende Kosten ohne Gemeinderatsbeschluss auszugeben. Ich fordere den Stadtrat auf, sich da zu hinterfragen und die Spielregeln einzuhalten. Er soll parallel einen ordentlichen Antrag an den Gemeinderat stellen, um das Geschäft auf solide Füsse zu stellen."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat lehnt den neunten Änderungsantrag der GRPK mit 23 zu 13 Stimmen ab.



Zehnter Änderungsantrag: Pauschale Kürzung um 20 % im Bereich der kommunalen Richt- und Nutzungsplanung

Konto 1710.313200 (Kommunale Richt- und Nutzungsplanung) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat	Fr.	45'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	36'000.00	(Abweichung: - Fr.	9'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Wie der Präsident schon gesagt hat, geht es da um das Konto 1710, kommunale Richt- und Nutzungsplanung. Und da handelt es sich jetzt eben um den nächsten Antrag, GRPK-Mehrheit beantragt Kürzung von 20% vom budgetierten Betrag, nämlich 9'000 Franken auf neu 36'000 Franken."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem zehnten Änderungsantrag der GRPK mit 24 zu 13 Stimmen zu.

Elfter Änderungsantrag: Anschaffung von Büromöbeln

Konto 1900.311000 (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB) Anschaffung Büromöbel und -geräte

Antrag Stadtrat	Fr.	20'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	5'000.00	(Abweichung: - Fr.	15'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

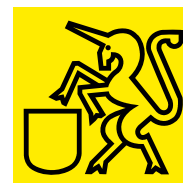
"Da geht es um die Anschaffung von Büromöbel und Geräte bei der KESB. Und zwar sind da 20'000 Franken budgetiert worden für die Einrichtung eines Arbeitsplatzes. Und zwar eben nur die Möblierung ohne elektronische Geräte. Die GRPK hat dann gefunden, dass das ein bisschen viel ist und hat nachgefragt. Und dann hat der Stadtrat den Betrag reduziert auf 12'500 mit dem Zusatz, dass die Kosten gemäss Rückmeldung aus der Verwaltung analog zu anderen Büroeinrichtungen sind. In diesen 12'500 Franken sind unter anderem ein Schreibtisch enthalten für 2'836 Franken und ein Bürostuhl für 1'896 Franken. Aus Sicht der GRPK kann ein Büroarbeitsplatz deutlich günstiger eingerichtet werden, auch als für 12'500 Franken. Und darum beantragt die GRPK-Mehrheit die Kürzung von diesen 20'000 um 15'000 Franken auf letztlich 5'000 Franken."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem elften Änderungsantrag der GRPK mit 26 zu 9 Stimmen zu.



Zwölfter Änderungsantrag: Pauschale Kürzung um 20 % bei der KESB

Konto 1900.313200 (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat	Fr.	165'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	132'000.00	(Abweichung: - Fr.	33'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Es handelt sich um eine weitere Kürzung von 20% auf dem Konto Dienstleistungen Dritter. Budgetiert sind 165'000 Franken. Die 20% machen 33'000 Franken aus, die die GRP-Mehrheit beantragen zu kürzen. Der neue Budgetbetrag ist 132'000 Franken und ich bitte den Rat, dem Kürzungsantrag zu folgen."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem zwölften Änderungsantrag der GRPK mit 25 zu 12 Stimmen zu.

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, gilt Kapitel 1 Präsidium der Erfolgsrechnung als genehmigt.

Kapitel 2 Finanzen

Zu diesem Kapitel liegen insgesamt vier Änderungsanträge der GRPK vor.

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) erläutert das Vorgehen:

"Wir beginnen mit dem Konto 2200.313200 (Liegenschaften) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Zu dieser Kontostelle gibt es zwei Änderungsanträge der GRPK-Minderheit sowie einen Änderungsantrag der GRPK-Mehrheit.

Alle drei Änderungsanträge sind sogenannt nicht «gleichgeordnet» im Sinne von Art. 73 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderats. Die beiden Änderungsanträge der GRPK-Minderheit betreffen je eine Reduktion für einen konkreten und zudem auch sachlich unterschiedlichen Aufwand, während der Änderungsantrag der GRPK-Mehrheit eine pauschale Kürzung um 20% verlangt. Dieser pauschale Kürzungsantrag der GRPK-Mehrheit ist zudem gemäss GRPK subsidiär zu den beiden konkreten Änderungsanträgen der GRPK-Minderheit, weil diese beiden konkreten Kürzungsanträge betragsmässig je einzeln bereits eine höhere Kürzung ausmachen als der pauschale Kürzungsantrag.

Wir stimmen deshalb zuerst je separat über die zwei konkreten Änderungsanträge der GRPK-Minderheit ab und nur dann auch noch über den Änderungsantrag der GRPK-Mehrheit, falls beide Änderungsanträge der GRPK-Minderheit abgelehnt worden sind."

Erster Änderungsantrag: Streichung Projektleiter Asylzentrum

Konto 2200.313200 (Liegenschaften) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw. – Streichung Projektleiter Asylzentrum

Antrag Stadtrat und GRPK-Mehrheit	Fr.	149'000.00
--------------------------------------	-----	------------



Antrag
GRPK-Minderheit Fr. 99'000.00 (Abweichung: - Fr. 50'000.00 S)

Daniel Burkhardt (SVP) wird den Änderungsantrag der GRPK-Minderheit vorstellen. Danach wird Kommissionspräsident Paul Steiner die Haltung der GRPK-Mehrheit äussern.

Daniel Burkhardt (SVP), Sprecher der Kommissionsminderheit

"Im Konto 22003.13200 beantragt der Stadtrat 149'000 Franken für externe Berater, Gutachter und Fachexperten. Die GRPK-Minderheit hat dazu zwei Streichungsanträge über je 50'000 Franken. Zum ersten, für den Projektleiter Asylzentrum komme ich jetzt. Die Abteilung Liegenschaften hat 350 zusätzliche Stellenprozente bewilligt bekommen und davon bereits 200% besetzt. Wir haben die Abteilung damit verdoppelt und sind daher nicht der Meinung, dass man gleichzeitig zu über 600'000 Franken mehr Budget für Personal noch 50'000 Franken für externe Beratung verbrauchen sollte, sondern die Aufgaben intern lösen sollte. Die Aufgabe zur Erstellung eines Konzepts für die Unterbringung von Asylsuchenden ist aus unserer Sicht eine Kernaufgabe der Liegenschaftsabteilung, die nicht durch Externe bewältigt werden kann, weil diesen das Wissen über den lokalen Immobilienmarkt und die Einwohnerstruktur in den einzelnen Quartieren fehlt. Zudem haben wir nicht erst seit gestern Asylsuchende in Dübendorf und stampfen darum kaum eine neue Aufgabe zum Boden aus. Wir sind der Meinung, dass die Abteilung Liegenschaften mit den neu bewilligten und besetzten Stelle in der Lage sein muss, die Aufgabe selbstständig und effizient zu lösen. Und ich beantrage darum im Namen der GRPK-Minderheit, dass der Gemeinderat unseren Minderheitsantrag annimmt."

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

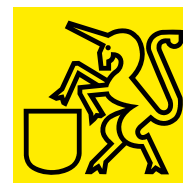
"Ich kann mich da kurz fassen zu diesem Antrag. Die GRPK-Mehrheit folgt der Argumentation vom Stadtrat und lehnt eine Streichung von diesen 50'000 Franken für die Projektleitung Asylzentrum ab. Wieso ich mich da kurz halte, ich möchte ja nicht dem Stadtrat, der jetzt sicher das Wort haben wird, irgendwo etwas reinreden mit der Argumentation und überlassen es dem Stadtrat."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Ich bin eigentlich davon ausgegangen, ich muss nichts mehr sagen, wenn der GRPK-Präsident die Mehrheit des Stadtrats und von der GRPK vertritt. Jetzt hat er das mir rübergeschoben. Ich möchte festhalten, erstens, dass die Aufgaben bezüglich Asylunterkünfte nie bei der Liegenschaftenverwaltung gewesen sind. Das war bei der Sozialabteilung. Im Rahmen der letzten Jahre der Entwicklung auf der Sozialabteilung, aber auch mit dem massiven Zuwachs, der etwas mehr ist als normal, haben wir die Aufgaben neu strukturiert. Wir haben für das bereits auch externe Beratung beigezogen, wie wir uns neu aufstellen. Das ist auch ein Teil der Liegenschaftenstrategie. Und in diesem Zusammenhang ist klar geworden, dass die Liegenschaften diese Aufgabe übernehmen müssen und auch entsprechend interne Ressourcen aufbauen müssen. Jetzt sind wir aber mitten im Aufbau dieser Situation. Sie wissen alle, wie viele Flüchtlinge wir im Moment haben. Und wir sind noch nicht in der Lage, dass unsere internen Ressourcen, die wir schrittweise aufbauen, die Projektleitung vollständig übernehmen können. Darum brauchen wir im Moment zumindest noch externe Unterstützung, um das Projekt weiterzuführen. Die Idee ist aber schon, dass wir, ich hoffe, spätestens ab 2026 in der Lage sind, mit eigenen Leuten intern das Projekt abzuschliessen bzw. ab dann zu übernehmen. Aber dieses Jahr wäre es schlicht und einfach falsch, diese Kürzung zu machen, weil im Moment steht das an und wir haben kein Personal, das sind wir erst am Aufbauen und Einführen. Ich bin also froh, wenn Sie diesen Antrag der Minderheit ablehnen und der Mehrheit Ihrer GRPK folgt."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.



Abstimmung

Der Gemeinderat lehnt den ersten Änderungsantrag der GRPK-Minderheit mit 23 zu 14 Stimmen ab. Somit verbleibt der Budgetposten bei Fr. 149'000.

Zweiter Änderungsantrag: Streichung Fachexperte Flächenmanagement

Konto 2200.313200 (Liegenschaften) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw. – Streichung Fachexperte Flächenmanagement

Antrag Stadtrat und GRPK-Mehrheit	Fr.	149'000.00		
Antrag GRPK-Minderheit	Fr.	99'000.00	(Abweichung: - Fr.	50'000.00 S)

Daniel Burkhardt (SVP) wird den Änderungsantrag der GRPK-Minderheit vorstellen. Danach wird Kommissionspräsident Paul Steiner die Haltung der GRPK-Mehrheit äussern.

Daniel Burkhardt (SVP), Sprecher der Kommissionsminderheit

"Beim zweiten Streichungsantrag geht es wieder um 50'000 Franken, das mal für den Fachexperten Flächenmanagement. Auch da zeigt sich das gleiche Bild. Mit der zusätzlich bewilligten und besetzten Stellen der Abteilung Liegenschaften sollte die Aufgabe problemlos intern bewältigt werden können. Der Stadtrat möchte auch eine externe Unterstützung einkaufen, um die bestehende Verwaltung besser auf die vorhandenen Räumlichkeiten und Liegenschaften aufzuteilen. Wir sind der Meinung, dass sich die Verwaltung und der Stadtrat auch ein bisschen vor einer Führungsaufgabe sträuben. Und das darum extern geben möchte, weil ein allfälliger Umzug und ein damit verbundener neuer Arbeitsort und Arbeitsweg in einer bestehenden Struktur zu Unmut führen können. Wir sind aber überzeugt, dass ihr das mit der neuen Aufstellung in der Liegenschaftsabteilung und den Personen, die noch folgen, problemlos und hervorragend meistert. Für die schwierigen Anteile des neuen Flächenmanagements hat die Verwaltung den Stadtrat, der ihnen den Rücken freihalten soll und die getroffenen Entscheidungen verteidigen. Entsprechend beantrage ich dem Gemeinderat wiederum die Streichung, von diesen 50'000 Franken und der Zustimmung zu unserem Minderheitsantrag."

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Wie schon beim vorherigen Antrag folgt die GRPK-Mehrheit der Argumentation des Stadtrats und lehnt die Streichung von 50'000 Franken für den Fachexperten Flächenmanagement ab."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Zumindest der Finanzvorstand muss sich sein Geld auch verdienen. Aber jetzt zu konkreten Punkten. Also grundsätzlich hat der Stadtrat erste Entscheidungen gefällt, wie er umgehen möchte mit der zukünftigen Büroraumzuteilung, nämlich wer ein eigenes Büro bekommt, wer, wie mit Homeoffice umzugehen ist und so weiter. Der Hintergrund ist, dass wir gesagt haben, die Idee ist auch, dass zuerst ein bisschen noch zusammengerückt wird, bevor man an ein neues Stadthaus denkt. Ich habe es vorhin erwähnt, da gibt es auch Pläne, dass man irgendwann einmal einen Ausbau plant und das ist dann sofort wieder ein Millionenbau. Und der Stadtrat ist der Meinung, dass das nicht das Erste sein soll, sondern das Erste soll sein, dass wir versuchen, unsere Flächen zu optimieren. Und das ist jetzt nochmal etwas: die Fläche optimieren, dass das eine interne Projektleitung nicht vollständig machen kann, da braucht es eine externe Unterstützung, um das sauber auch fachlich begleitet zu



machen, dass das dann auch entsprechend den Zielsetzungen des Stadtrats entspricht und auch verhebt und - ich verhehle es nicht - auch entsprechend im Stadthaus durchgesetzt werden kann. Man muss festhalten, die Projektleiterin ist hier nicht die Chefin der Finanzen, weil sie hat wichtigere Aufgaben wahrzunehmen, als die Projektleitung und das umzusetzen, sondern das ist jemand, der das aus der Verwaltung heraus macht. Und dann muss sie gegenüber Dritten, also anderen Abteilungen und zum Teil halt Abteilungsleitern, dann so etwas durchsetzen. Da kann man sich vorstellen, wird es sehr schwierig. Ich sage Ihnen ganz offen, für das braucht es eine gewisse unabhängige Drittsicht, eine interne Projektleitung und nachher Durchsetzung durch die Geschäftsleitung bzw. den Stadtrat, wenn es einmal im Grundsatz festgelegt ist. In dem Sinne brauchen wir da eine zusätzliche Unterstützung, weil wir der Meinung sind, mit dem können wir uns einiges an Büroraumkosten sparen, wenn wir die Optimierung richtig machen. Aber das können wir nicht ganz alleine machen, das braucht externe Begleitung. Besten Dank, wenn Sie da dem Antrag der GRPK-Mehrheit und dem Stadtrat folgen."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat lehnt den zweiten Änderungsantrag der GRPK-Minderheit mit 22 zu 15 Stimmen ab. Somit verbleibt der Budgetposten weiterhin bei einstweilen Fr. 149'000.

Dritter Änderungsantrag: Pauschale Kürzung um 20 % im Bereich Liegenschaften

Konto 2200.313200 (Liegenschaften) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat	Fr.	149'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	119'200.00	(Abweichung: - Fr.	29'800.00 S)

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP)

"Da vorher beide Änderungsanträge der GRPK-Minderheit abgelehnt worden sind, müssen wir jetzt auch noch über den dritten Änderungsantrag abstimmen. Bei diesem geht es - wie bereits erläutert - um die von der GRPK-Mehrheit beantragte pauschale Kürzung um 20 % im Bereich Liegenschaften für Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Hier haben wir bereits die Argumente zur pauschalen Kürzung um 20% beim 2. Änderungsantrag im Bereich Präsidiales gehört. Möchte dennoch ein Mitglied der GRPK oder der Stadtrat oder jemand aus dem Rat das Wort ergreifen zu diesem dritten Änderungsantrag der GRPK betreffend die pauschale Kürzung um 20%"

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

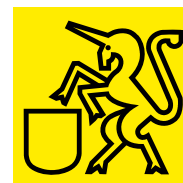
Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den dritten Änderungsantrag der GRPK zu Kapitel 2 Finanzen mit 25 zu 12 Stimmen an.

Vierter Änderungsantrag: Pauschale Kürzung um 20 % im Bereich übrige Verwaltungsgebäude

Konto 2300.313200 (Übrige Verwaltungsgebäude) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat	Fr.	50'000.00		
-----------------	-----	-----------	--	--



Antrag GRPK Fr. 40'000.00 (Abweichung: - Fr. 10'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Auch da kann ich nichts sagen. Das ist genau das Gleiche wie vorher. Da geht es um die Streichung von 10'000 Franken. Das sind 20% von den 50'000 Franken, die auf dem Konto budgetiert sind. Und auch da beantragt die GRPK-Mehrheit, dieser Kürzung zuzustimmen.

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den vierten Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 2 "Finanzen" mit 25 zu 12 Stimmen an.

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, gilt das Kapitel 2 Finanzen als genehmigt.

Pause

Kapitel 3 Hochbau

Zu diesem Kapitel liegt ein Änderungsantrag der GRPK vor.

Gemeinderatspräsident Roger Gallati erläutert das Vorgehen:

"Wir kommen jetzt zum Kapitel 3, Hochbau. Es gibt jetzt in den Kapiteln Hochbau, Tiefbau und Soziales insgesamt fünf Anträge in einer Reihe, die alle die bereits bekannte pauschale Kürzung um 20%, betreffen. Der GRPK-Präsident Paul Steiner verzichtet jeweils auf Erläuterungen zu den einzelnen Änderungsanträgen der GRPK. Ich werde darum die einzelnen Änderungsanträge kurz vorstellen und wenn es nicht Widerspruch gibt bzw. das Votum verlangt wird, dann jeweils direkt zu der einzelnen Abstimmung schreiten."

Erster Änderungsantrag: pauschale Kürzung um 20% im Bereich Bauwesen

Konto 3010.313200 (Bauwesen inkl. allgemeine Dienstleistungen Stadttingenieur) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat Fr. 100'000.00
Antrag GRPK Fr. 80'000.00 (Abweichung: - Fr. 20'000.00 S)

Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

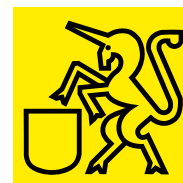
Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 3 "Hochbau" mit 25 zu 12 Stimmen an.

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, gilt Kapitel 3 Hochbau als genehmigt.

Kapitel 4 Tiefbau

Zu diesem Kapitel liegen zwei Änderungsanträge vor.



Erster Änderungsantrag: pauschale Kürzung um 20% im Bereich Recycling und Entsorgung

Konto 4900.313200 (Recycling und Entsorgung) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat	Fr.	69'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	55'200.00	(Abweichung: - Fr.	13'800.00 S)

Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den ersten Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 4 "Tiefbau" mit 25 zu 12 Stimmen an.

Zweiter Änderungsantrag: pauschale Kürzung um 20% im Bereich Abwasserbeseitigung

Konto 4910.313200 (Abwasserbeseitigung) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat	Fr.	250'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	200'000.00	(Abweichung: - Fr.	50'000.00 S)

Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den zweiten Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 4 "Tiefbau" mit 25 zu 12 Stimmen an.

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, gilt Kapitel 4 Tiefbau als genehmigt.

Kapitel 5 Sicherheit

Zu diesem Kapitel gibt es von der GRPK keinen Änderungsantrag. Da keine anderen Änderungsanträge gestellt werden, gilt das Kapitel 5 Sicherheit als genehmigt.

Kapitel 6 Soziales

Zu diesem Kapitel liegen zwei Änderungsanträge der GRPK vor.

Erster Änderungsantrag: pauschale Kürzung um 20% im Bereich Übrige soziale Wohlfahrt

Konto 6030.313200 (Übrige soziale Wohlfahrt) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat	Fr.	45'600.00		
Antrag GRPK	Fr.	36'480.00	(Abweichung: - Fr.	9'120.00 S)

Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.



Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den ersten Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 6 "Soziales" mit 25 zu 12 Stimmen an.

Zweiter Änderungsantrag: pauschale Kürzung um 20% im Bereich Infrastruktur und Verwaltung Alterszentrum

Konto 6900.313200 (Infrastruktur und Verwaltung Alterszentrum) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat	Fr.	48'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	38'400.00	(Abweichung: - Fr.	9'600.00 S)

Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den zweiten Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 6 "Soziales" mit 25 zu 12 Stimmen an.

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, gilt Kapitel 6 Soziales als genehmigt.

Kapitel 7 Bildung

Zu diesem Kapitel liegen sechs Änderungsanträge der GRPK vor.

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP)

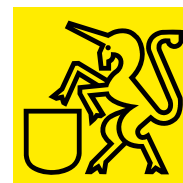
"Im Kapitel 7 Bildung stellt die GRPK insgesamt sechs Änderungsanträge. Wir fangen mit dem ersten Änderungsantrag an, die Quote für Besoldungserhöhungen. Da geht es wiederum um die Aufteilung der beiden Konten, Teuerung einerseits und individuelle Lohnerhöhungen andererseits, wie bereits im Bereich Personaldienste. Jetzt haben wir hier einen ersten Änderungsantrag, der die Teuerungsquote betrifft und dann den nächsten Änderungsantrag, der die individuellen Lohnerhöhungen betrifft. Da es vorhin bei der ähnlichen Ausgangslage einen formellen Antrag gegeben hat, über die beiden Änderungsanträge gemeinsam abzustimmen, möchte ich fragen, ob es wieder aus dem Rat einen formellen Antrag betreffend das Abstimmungsverfahren gibt. David Siems (Grüne)? Ich nehme entgegen zu Protokoll: David Siems (Grüne) stellt wiederum den Antrag, dass die beiden Änderungsanträge gemeinsam zur Abstimmung kommen."

Dieser Verfahrensantrag wird mit 34 zu 0 Stimmen angenommen. Somit wird über die Änderungsanträge eins und zwei in Kapitel 7 "Bildung" in einem Zug abgestimmt.

Erster Änderungsantrag: Quoten für Besoldungserhöhungen – Teuerung

Konto 7000.301003 (Primarschulverwaltung) Quoten für Besoldungserhöhungen – Teuerung (ohne ASZ und PS)

Antrag Stadtrat	Fr.	290'500.00		
Antrag GRPK	Fr.	112'800.00	(Abweichung: - Fr.	177'700.00 S)



Zweiter Änderungsantrag: Quoten für Besoldungserhöhungen – Individuelle Lohnerhöhung

Konto 7000.301004 (Primarschulverwaltung) Quoten für Besoldungserhöhungen – individuelle Lohnerhöhung

Antrag Stadtrat	Fr.	0.00	
Antrag GRPK	Fr.	177'700.00	(Abweichung: + Fr. 177'700.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den ersten sowie den zweiten Änderungsantrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Das kann ich kurz machen. Die und die nachfolgende Budgetanpassung heben sich ja auf, sind also kostenneutral. Es geht lediglich wieder darum den Betrag von 290'500 Franken auf zwei Konto aufzuteilen. Einer ist auf das Konto Besoldungserhöhung Teuerung und Einer ist auf das Konto Besoldungserhöhung Individuelle Lohnerhöhung und GRPK stimmt diesen beiden Anträgen einstimmig zu."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den ersten sowie den zweiten Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 7 "Bildung" einstimmig mit 37 zu 0 Stimmen an.

Dritter Änderungsantrag: Korrektur einer Budgetierung im Bereich Schulliegenschaften und -Anlagen

Konto 7100.447000 (Schulliegenschaften und -Anlagen) Pacht- und Mietzinsen Liegenschaften

Antrag Stadtrat	Fr.	- 67'100.00	
Antrag GRPK	Fr.	- 100'100.00	(Abweichung: - Fr. 33'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

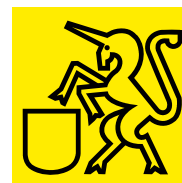
"Der und die nächsten zwei Änderungsanträge, die hängen zusammen. Und zwar aus folgenden Gründen: Diese Budgetierung ist gemäss der Primarschulpflege nicht korrekt gewesen. Eine Budgetierung von 33'000 Franken, die in diesem Betrag enthalten sind. Und darum beantragt die GRPK einstimmig in Absprache mit der Primarschule bzw. mit dem Stadtrat Korrektur auf diesem Konto und den zwei folgenden um jeweils 33'000 Franken. In der Summe ergibt sich durch die drei Anträge eine Budgetverbesserung von netto 33'000 Franken. Mit dem ersten Antrag verbessert sich das Budget um 33'000 Franken und die GRPK beantragt einstimmig, dass man die Budgetanpassung macht in diesem Sinne."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den dritten Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 7 "Bildung" einstimmig mit 37 zu 0 Stimmen an.



Vierter Änderungsantrag: Korrektur einer Budgetierung im Bereich Schulliegenschaften und -Anlagen

Konto 7100.492000 (Schulliegenschaften und -Anlagen) Interne Verrechnung Mieten

Antrag Stadtrat	Fr.	- 154'100.00		
Antrag GRPK	Fr.	- 121'100.00	(Abweichung: + Fr.	33'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Die Begründung habe ich vorher gesagt. Auf diesem Konto sind die 33'000 Franken ebenfalls beantragt, dass das Budget um - man muss das Vorzeichen anschauen - um 33'000 Franken sich dann verschlechtert mit dieser Anpassung. Und die GRPK beantragt einstimmig das Budget um die 33'000 Franken entsprechend anzupassen auf 121'100 Franken, aber eben mit dem Minusvorzeichen. Das heisst, damit würde sich das Budget erhöhen um 33'000 Franken."

Gemeinderatspräsident Roger Gallati fragt zur Klarstellung, ob es sich um eine Reduktion des budgetierten Ertrags handelt, was von GRPK-Präsident Paul Steiner bejaht wird.

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den vierten Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 7 "Bildung" einstimmig mit 37 zu 0 Stimmen an.

Fünfter Änderungsantrag: Korrektur einer Budgetierung im Bereich Tagesbetreuung

Konto 7290.392000 (Tagesbetreuung) Interne Verrechnung von Pacht, Mieten, Benützungskosten

Antrag Stadtrat	Fr.	98'200.00		
Antrag GRPK	Fr.	65'200.00	(Abweichung: - Fr.	33'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

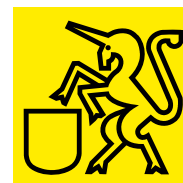
"Das ist jetzt noch der dritte Antrag von diesem Trilling, kann man sagen. Da geht es darum, das Budget von 98'200, jetzt um 33'000 Franken zu reduzieren, auf neu 65'200, was eine Budgetverbesserung von 33'000 Franken beträgt. Das beantragt die GRPK einstimmig und wenn wir jetzt die drei Beträge nehmen, sehen wir, dass wir zweimal eine Budgetverbesserung haben und einmal eine Budgetverschlechterung, also unter dem Strich: Mit diesen drei Anträgen ist dann das Budget um 33'000 Franken besser."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den fünften Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 7 "Bildung" einstimmig mit 37 zu 0 Stimmen an.



Sechster Änderungsantrag: Löhne der Lehrpersonen in der Musikschule

Konto 7400.302000 (Musikschule) Löhne der Lehrpersonen

Die GRPK-Mehrheit folgt der Argumentation des Stadtrats und lehnt die Budgetreduktion von CHF 312'000 ab.

Antrag Stadtrat und
GRPK-Mehrheit Fr. 2'776'600

Antrag
GRPK-Minderheit Fr. 2'464'600 (Abweichung: - Fr. 312'000.00 S)

Lukas Schanz (SVP) wird den Änderungsantrag der GRPK-Minderheit vorstellen. Danach wird Kommissionspräsident Paul Steiner die Haltung der GRPK-Mehrheit äussern.

Lukas Schanz (SVP), Sprecher der Kommissionsminderheit

"Wir kommen kurz zurück ins Jahr 2022. Damals, im Dezember, haben wir in der Budgetdebatte über die Lohnerhöhung der Musikschullehrer abgestimmt. Mit einem klaren Auftrag, dass die Primarschulpflege einen Antrag am Gemeinderat unterbreiten muss für eine Lohnerhöhung der Musikschullehrpersonen. Das Resultat war damals 24 zu 8 Stimmen. Die Primarschulpflege hat dann ein Memorandum in Auftrag gegeben. In diesem Memorandum sind die Rechtsanwälte zum Schluss gekommen, dass die Primarschulpflege Lohnerhöhungen in eigener Kompetenz beschliessen kann. Die Primarschulpflege möchte jetzt die Löhne der Musikschullehrerinnen und Lehrer um 10% anheben. Damit sie zukünftig gleich viel bekommen wie die Primarlehrer. Damit man das ein bisschen besser einordnen kann, hier ein paar Fakten. Ein 100%-Pensum eines Musikschullehrers sind 28 Wochenlektionen à 60 Minuten. Der Unterricht in den Schulferien und an Feiertagen findet nicht statt. Anders als beispielsweise Primarlehrer werden die Musikschullehrer wohl nicht 13 Wochen im Jahr mit Vorbereitung für den Unterricht verbringen. Insbesondere, weil sie ja schon ein massives reduziertes Pensum unter der Woche haben. So sieht man z.B. auf der Homepage der Musikschule Dübendorf, dass verschiedene Musikschullehrer noch diverse Nebenbeschäftigungen haben. Ein Musikschullehrer verdient in Dübendorf zwischen 97'839 Franken pro Jahr und 157'113 Franken pro Jahr. Und das bei einem Pensum von 100%. Das sind über 13'000 Franken pro Monat. Dass das viel Geld ist, ist, glaube ich, unbestritten. Musikschullehrerinnen und Lehrer sollen jetzt im Grundsatz gleich viel verdienen wie ein Primarlehrer. Dass Primarlehrer eine ganz andere Verantwortung haben als Musikschullehrer, ist, glaube ich, ebenfalls unbestritten. Darum sollen die Musikschullehrer nach einer Minderheit der GRPK auch einen tieferen Lohn haben und man soll auf die massive Lohnerhöhung von 10% verzichten. Mit dem Entscheid der Primarschulpflege, dass die Kompetenz für die Lohnerhöhung neu bei der Primarschulpflege sein soll, macht das gesamte Budget der Stadt Dübendorf angreifbar. Wenn jemand gegen den Beschluss des Gemeinderats des heutigen Abends einen Kurs einlegt und sagt, dass die Lohnerhöhungen von 312'000 Franken jährlich wiederkehrend, neue Ausgaben sind und somit in die Kompetenz des Volkes fallen, Dann steht der Stadtrat dank der Primarschulpflege ohne rechtskräftiges Budget da. Um dem vorzugreifen, müssen wir den Betrag aus dem Budget streichen und der Primarschulpflege den Auftrag geben, dem Gemeinderat einen sauberen Antrag zu unterbreiten, worüber dann auch ans Volk abstimmen kann. Auch wenn ein Memorandum von einer Arbeitskanzlei vorliegt, gibt es noch keine Sicherheit, dass es auch so ist, wie es darin steht. Zum Beispiel ist sich das Gemeindeamt nicht sicher, wo genau jetzt die Finanzkompetenz liegt. Darum, meine Damen und Herren, folgen Sie bitte dem Antrag der GRPK-Minderheit, damit wir am Schluss nicht ohne Budget dastehen."



Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Die GRPK-Mehrheit ist der Argumentation des Stadtrats gefolgt und lehnt die Budgetreduktion von 312'000 Franken ab."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Bei diesem Antrag kann man sich fragen, ist der Lohnanspruch von Musikschullehrer über Primarlehrer gerechtfertigt, ja oder nein? Die Frage kann man sich berechtigt stellen. Festzuhalten ist, dass die meisten Gemeinden in der Umgebung diese Lohnerhöhung bereits vollzogen haben. Das heisst, unsere Konkurrenten im Umfeld haben das gemacht. Der Stadtrat sieht das Problem auch hier von der Konkurrenz, Personalrekrutierung, die in allen Bereichen schwieriger geworden ist, dass wenn wir da nicht nachziehen, dass das entsprechend ein Konkurrenznachteil sein könnte. Der Stadtrat sieht auch insgesamt, dass die Erhöhung durch zusätzliche Staatsbeiträge und weitere Beiträge saldoneutral ist für unser Budget insgesamt und bittet Sie in diesem Sinne der Mehrheit der GRPK an dem Stadtrat zu folgen. Vielleicht noch kurz zum Juristischen, da habe ich - ohne einen Juristen gefragt zu haben - ein bisschen eine andere Einschätzung. Ich gehe davon aus, auch wenn da dagegen ein Rekurs käme, dann würde deswegen nicht das Budget nicht rechtsgültig sein, sondern dann würde der Kredit allenfalls dann gesperrt bleiben und würde nicht umgesetzt werden können, also der Entscheid, weil der dann nicht rechtsgültig wäre und der Rest vom Budget wäre damit genau gleich gültig. Ich gehe also nicht davon aus, dass das Problem ist, dass man das ganze Budget verlieren würde, sondern wenn es da einen Rekurs gäbe, würde mutmasslich dann den Punkt, wenn die Person Recht bekommt oder die Gruppe, würde dann halt der Teil nachher noch einer entsprechenden Abstimmung unterstellt werden müssen. Aber wie gesagt, da gibt es aus Sicht der Primarschulpflege eine andere Rechtseinschätzung, die sagt, dass die Kompetenz bei der Primarschulpflege ist und darauf hat sich der Stadtrat gestützt."

Diskussion

David Siems (Grüne)

"Die Musikschule Region Dübendorf MRD hat einen exzellenten Ruf weit über die Region hinaus. Jetzt hat der Kanton Zürich ein neues Musikschulgesetz eingeführt und viele Musikschulen verwenden die durch höhere Staatsbeiträge, um den Lohn der Musiklehrpersonen, dem von den Primarschullehrpersonen anzugleichen. Wir sind da nicht alleine mit dieser Idee. Es ist vorhin von Lukas Schanz erwähnt worden, das Thema Nebenbeschäftigungen. Eine dieser Nebenbeschäftigungen ist, dass Musiklehrer in verschiedenen Gemeinden tätig sind. Und die einen zahlen dann eben mehr als Dübendorf, die Mitbewerber. Das sollte man sich in diesem Zusammenhang vielleicht auch noch überlegen. Der erweiterte Staatsbeitrag für die MRD beträgt 290'300 Franken. Musikschullehrpersonen haben einen Master in Musikpädagogik. Primarschullehrpersonen haben einen Bachelor. Trotzdem beträgt im Dübendorf der Lohn von den Erstgenannten nur 90% von demjenigen der Zweitgenannten. Eine Primarlehrperson hat zudem für jede Schullektion nochmals so viel bezahlte Zeit für die Vor- und Nachbearbeitung. Eine Musikschullehrperson hat hingegen nur das Äquivalent von einer halben Lektion bezahlte Zeit für die Vor- und Nachbearbeitung von einer Musikschullektion. Für die Lohnanpassung wird mit 312'000 Franken gerechnet. Circa 50% davon fällt auf die Anschlussgemeinden Fällanden, Schwerzenbach und Wangen-Brüttisellen. Die haben der Lohnerhöhung bereits zugestimmt, aus den genannten Gründen, wie die Wettbewerbsfähigkeit und so. Die Mehreinnahmen durch den Staatsbeitrag und der moderaten Erhöhung der älteren Beiträge decken diese Lohnerhöhung vollständig. Der Stadt entstehen nicht netto, also keine Mehrkosten, wenn man das so "händelt". Zudem bezieht sich die Lohnerhöhung nur auf den Unterricht unserer Schüler:innen und nicht auf Veranstaltungen. Die Musikschule Region Dübendorf spürt die nicht erfolgte Lohnanpassung und die dadurch entstehenden Wettbewerbsnachteile bereits in der Rekrutierung. Davon können wir, glaube ich, ausgehen. Und ich bringe es jetzt nochmal, wer dumme Spiele spielt, gewinnt dumme Preise. Die Grünen bitten Sie, den Lehrpersonen der Musikschule einen wettbewerbsfähigen Lohn zu entrichten der der anspruchsvollen und wichtigen Aufgabe, so wie der fundierten Ausbildung, die diese Leute haben, gerecht wird."



Patrick Schärli (die Mitte/EVP)

"Musiklehrer sind kommunale Angestellte. Die Stadt haltet sich bei der Entlöhnung aber an die Besoldungsrichtlinie von kantonalen Lehrpersonen. Es geht bei dem Beitrag, also beim Betrag, also um den Angleich, eben an diese Richtlinie. An die halten sich alle Gemeinden in der Region. Es würde für Dübendorf also zu einem Standortnachteil führen, sollten wir diese Anpassung streichen. Bei einer Streichung laufen wir auch Gefahr, dass das neue Musikschulzentrum Birchlen am Ende ohne Lehrpersonen dasteht."

Ursula Brack (Grüne)

"Ich möchte nur kurz ergänzen, wieder als betroffene Mutter mit einem Kind, das Musikunterricht besucht. Wir sind hier in Dübendorf in der luxuriösen Situation, dass man jetzt noch einen Platz findet bei einem Musiklehrer, wenn das Kind ein Instrument lernen will. Das ist in der Stadt Zürich nicht der Fall. Da gibt es lange Wartelisten. Ich kann vielleicht hinzufügen, dass Musikunterricht und das Musikinstrument spielen andere Hirnregionen anregt und vernetzt als sonstige Aktivitäten. Also es trägt wieder zur Bildung unserer Kinder bei. Und wenn wir in Dübendorf weiterhin ein attraktives Angebot haben wollen, eben auch im Musikbereich, dann sollten wir da auch konkurrenzfähig sein mit den Löhnen der Musiklehrer."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat lehnt den Änderungsantrag der GRPK-Minderheit zu Kapitel 7 "Bildung" mit 24 zu 13 Stimmen ab.

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, gilt Kapitel 7 Bildung als genehmigt.

Zwischenabstimmung betreffend Erfolgsrechnung

Der Gemeinderat stimmt der Budgetierung betreffend Erfolgsrechnung mit den soeben beschlossenen Änderungen einstimmig mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Detailberatung Investitionsrechnung

Kapitel 1 Präsidium

Zu diesem Kapitel liegen sechs Änderungsanträge der GRPK vor.

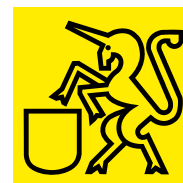
Erster Änderungsantrag: Streichung Pocket Parks

Konto 1710.503000.IR01377 (Kommunale Richt- und Nutzungsplanung - Übrige Tiefbauten) Pocket Parks, Umsetzung Etappe 1

Antrag Stadtrat und
GRPK-Mehrheit Fr. 100'000.00

Antrag
GRPK-Minderheit Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 100'000.00 S)

Lukas Schanz (SVP) wird den Änderungsantrag der GRPK-Minderheit vorstellen. Danach wird Kommissionspräsident Paul Steiner die Haltung der GRPK-Mehrheit äussern.



Lukas Schanz (SVP), Sprecher der Kommissionsminderheit

"Der Stadtrat budgetiert im Budget sowie auch in der Investitionsplanung für die Jahre 2025 und 2026 jeweils 100'000 Franken für die Planung von drei sogenannten Pocketparks. Es geht dabei um drei kleine Plätze, und zwar an der Neugutstrasse, im Schossacher und an der Kreuzung Schloss-Fällandenstrasse. Mit diesen Pocketparks sollen diese kleinen Plätze hinsichtlich der Beschattungs- und Sitzgelegenheiten und Biodiversität aufgewertet werden. Nach Ansicht der GRPK-Minderheit handelt es sich zwar um eine wünschenswerte Aufwertung, aber nicht um eine Investition, die notwendig und vor allem auch opportun ist, wenn man das ins Verhältnis der anstehenden Grossinvestitionen unserer Stadt setzt, die unsere Rechnung in den kommenden Jahren belasten wird. Für die drei vom Stadtrat geplanten Pocket Parks liegen bereits ausreichende Visualisierungen vor, mit offenbar bereits untersuchten und auch nachgewiesenen Nutzen. Der Stadtrat könnte da aber auch sein Sparwille zum Ausdruck bringen, indem er solche Projekte, wenn er es dann schon macht, mit maximaler kostengünstiger in eigener Regie und mit Eigenleistung macht, zum Beispiel mit unserer genügend kompetenten Stadtgärtnerei. Die GRPK-Minderheit beantragt darum die Streichung der budgetierten Ausgaben von 100'000 Franken."

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Die GRPK-Mehrheit ist der Argumentation des Stadtrats gefolgt und lehnt die Streichung des Budgetbetrags von 100'000 Franken ab."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Minderheitssprecher hat eigentlich die sachliche Geschichte dieser Pocketsparks sehr gut begründet. Das muss ich nicht mehr wiederholen. Ich will nur festhalten, dass mir bezüglich Biodiversität und bezüglich Anpassung an den Klimawandel auch im Parlament zwei Entscheidungen gefällt haben. Wir haben einen Gegenvorschlag gemacht zu dieser sogenannten Volksinitiative Artenschutz. Und wir haben einen Massnahmenplan Klima beschlossen. Und das sind jetzt letztlich Umsetzungsmassnahmen aus dem heraus zu dem Thema Biodiversität, bessere Grünräume, auch innerhalb des Siedlungsraums Raum zu schaffen, mit niederschweligen, möglichst günstigen Dingen. Und wie gesagt, die drei Standorte und was dort geplant ist, ist bereits bestens erläutert worden. Ich bitte Sie da beim Stadtrat und der GRPK-Mehrheit zu bleiben."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat lehnt den ersten Änderungsantrag von der GRPK-Minderheit zu Kapitel 1 "Präsidium" der Investitionsrechnung mit 28 zu 9 Stimmen ab.

Zweiter Änderungsantrag: Streichung "niederschwellige Begegnungsräume in Dübendorf"

*Konto 1710.529000.IR01238 (Kommunale Richt- und Nutzungsplanung-Übrige immaterielle Anlagen)
Optimierung "niederschwellige Begegnungsräume für Dübendorf"*

Antrag Stadtrat und
GRPK-Mehrheit Fr. 50'000.00

Antrag
GRPK-Minderheit Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 50'000.00 S)

Lukas Schanz (SVP) wird den Änderungsantrag der GRPK-Minderheit vorstellen. Danach wird Kommissionspräsident Paul Steiner die Haltung der GRPK-Mehrheit äussern.



Lukas Schanz (SVP), Sprecher der Kommissionsminderheit

"Der Stadtrat möchte hier 50'000 Franken für externe Abklärungen ausgeben, um den Bedarf an sogenannten niederschweligen Begegnungsräumen zu klären, um dann festzustellen, welches Angebot heute schon besteht und welche Räumlichkeiten bereits vorhanden sind. Dafür seien gewisse spezifische Fachkenntnisse notwendig, die in der Stadtverwaltung nicht vorhanden seien. Der Stadtrat bezieht sich dabei insbesondere auf die Beantwortung vom 16. Juni 2022 von der entsprechenden Interpellation von Angelika Maurer-Mikolasek. In seiner Antwort hat der Stadtrat dabei bereits eine ausführliche Auslegeordnung gemacht vom bestehenden Angebot und vom vorhandenen Bedarf vorgenommen. Er hat für das Bettli-Areal, für das Stadtzentrum sowie für das Quartier Gumpisbühl und Hochbord detailliert ausgeführt, was an Begegnungsräumen geschaffen werden soll. Bestandteil seiner Antwort sind auch die vorhandenen und zukünftigen nutzbaren Synergien. Zudem hat der Stadtrat darauf hingewiesen, dass er bereits 2019 die Stelle Beauftragte im öffentlichen Raum geschaffen hat, die sich diesem Thema, ich zitiere, «annimmt, verfolgt und koordiniert». Und nicht zuletzt hat der Stadtrat auf die, die in der Zwischenzeit in Kraft getretene Verordnung über die kommunalen Mehrwertabgaben hingewiesen. Die GRPK-Minderheit ist der Meinung, dass die offenbar notwendigen weiteren Abklärungen entweder verwaltungsintern gemacht werden sollen oder dass dafür die möglichen Mittel aus dem kommunalen Mehrwertausgleichsfonds herangezogen werden sollen. Gemäss Artikel 3 Absatz 1 lit. h i.V.m. lit. i in dieser Verordnung steht nämlich ausdrücklich, dass auch Planungskosten für die Erstellung von öffentlich zugänglichen sozialen Infrastrukturen wie soziale Treffpunkte beitragsberechtigt seien. Die Dübendorfer Stimmbevölkerung hat bekanntlich für die maximale gesetzliche Mehrwertabgabe von 40% gestimmt. Damit wird unser kommunaler Mehrwertausgleichsfonds zunehmend über genügend Mittel verfügen, damit man genau solche Planungskosten zahlen kann. Im Namen der GRPK-Minderheit beantrage ich darum die Streichung dieser 50'000 Franken."

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Ebenfalls, wie schon beim vorherigen Antrag, ist es so, dass die Mehrheit der GRPK der Argumentation des Stadtrats folgt und die Streichung dieser 50'000 Franken ablehnt."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Auch hier wurde bereits alles inhaltlich vom Minderheitensprecher gesagt. Der Stadtrat und die GRPK-Mehrheit sind der Meinung, dass auch nach diesen Berichten zur Interpellation Murer, wir da gewisse Massnahmen treffen und für das gewisse externe Unterstützung brauchen. In diesem Sinne haltet der Stadtrat an seinem Antrag fest und bittet Sie, dem Antrag der GRPK-Mehrheit und dem Stadtrat zu folgen."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat lehnt den zweiten Änderungsantrag von der GRPK-Minderheit zu Kapitel 1 "Präsidium" der Investitionsrechnung mit 23 zu 14 Stimmen ab.

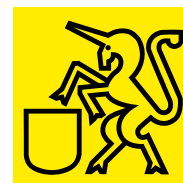
Dritter Änderungsantrag: Adressierung Innovationspark Zürich, IPZ

Konto 1710.529000.IR01378 (Kommunale Richt- und Nutzungsplanung-Übrige immaterielle Anlagen)

Adressierung IPZ

Antrag Stadtrat	Fr.	30'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	30'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.



Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Gemäss Stadtrat soll die Stadt Dübendorf bestimmen, was für Namen die neuen Strassen im Innovationspark haben sollen. Dafür will er externe Hilfe in Anspruch nehmen. Die GRPK ist der Ansicht, dass es dafür keine externe Beratung braucht und beantragt, einstimmig den Betrag aus der Investitionsrechnung zu streichen."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Ich erlaube es mir, etwas zusammenzufassen. Der Stadtrat beantragt, die 30'000 Franken nicht zu kürzen. Es ist ein wichtiges Stadtquartier, ein Innovationspark, wo ein privater Eigentümer darauf vor allem baut. Wir sind der Meinung, dass dort eine konzise und auch zukunftsfähige Namensgebung sinnvoll ist und dass das vielleicht besser durch Externe mit unterstützt wird, statt dass irgendwo selbst der Stadtrat sich da irgendwo Namen zum Finger aussaugen würde. Ich möchte auch gleich zum nächsten Antrag Stellung nehmen. Da wollte die GRPK den Massnahmenplan Klima kürzen, den wir mit 300'000 ins Budget aufgenommen haben, ebenfalls gemäss Entscheid vom Parlament. Die GRPK will das auf 215'000 herunter kürzen. Der Stadtrat bleibt an seinem Antrag fest, ist sich aber bewusst, ob er diesen kürzt oder nicht. Vielleicht sind es dann nur 200'000 oder 250'000, die das nächste Jahr effektiv dann ausgegeben werden. Und ebenso bei dem übernächsten Antrag, wo es um 70'000 Franken geht für verkehrliche Abklärungen, da war früher mehr drin, aber es ist auch jetzt eine Tatsache, dass der Stadtrat immer wieder solche Abklärungen bezüglich Verkehrsberuhigung in den Quartieren vornehmen muss und dafür ein Budgetposten von 70'000 Franken in der Investitionsrechnung vorsieht. Ob er dann dieses in vollem Umfang ausgibt, hängt davon ab, auch wie konkret die Projekte oder Anfragen aus den Quartieren lauten. In diesem Sinne würde der Stadtrat Sie bitten, an allen drei Anträgen festzuhalten, ist sich aber bewusst, dass eine GRPK-Mehrheit dort kürzt, dass die Chancen wie der Schneemann an der Sonne sind."

Diskussion

Patrick Schärli (die Mitte/EVP)

Die Mitte/EVP-Fraktion gehört zu den Befürwortern des Innovationsparks. Dennoch sind wir über den Antrag verwirrt. Der Stadtrat ist in der allgemeinen Debatte über den Innovationspark nicht müde geworden und wird nicht müde zu betonen, dass uns der Park nichts kosten wird und alle Aufwendungen des Kantons, der Stiftung oder der Investoren getragen werden. Wir fordern den Stadtrat auf, da Wort zu halten und unterstützen darum den Antrag der GRPK.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den dritten Änderungsantrag der GRPK zu Kapitel 1 "Präsidium" der Investitionsrechnung mit 36 zu 0 Stimmen an.

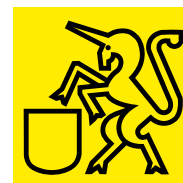
Vierter Änderungsantrag: Massnahmenplan Klima

Konto 1750.529000.IR01299 (Umwelt - Übrige immaterielle Anlagen) Massnahmenplan Klima

Antrag Stadtrat und
GRPK-Minderheit Fr. 300'000.00

Antrag
GRPK-Mehrheit Fr. 215'000.00 (Abweichung: - Fr. 85'000.00 S)

Kommissionspräsident Paul Steiner den Änderungsantrag der GRPK-Mehrheit vorstellen. Anschliessend wird Julian Croci (Grüne) die Haltung der GRPK-Minderheit äussern.



Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Da geht es um den Massnahmenplan Klima, wie gesagt. Insgesamt sind da 300'000 Franken budgetiert. Auf Nachfrage von der GRPK hat dann der Stadtrat die 300'000 Franken aufgeschlüsselt und 215'000 mit einzelnen Projekten erklärt. Bei den verbleibenden 85'000 handelt es sich gemäss Stadtrat um eine Reserve für allfällige weitere Massnahmen. Die GRPK-Mehrheit will keine Budgetierung auf Vorrat und beantragt die Reduktion um die 85'000 Franken auf 215'000 Franken."

Julian Croci (Grüne), Sprecher der Kommissionsminderheit

"Guten Abend miteinander. Die GRPK-Minderheit hält es für angemessen, den Betrag von 85'000 Franken in der Hinterhand zu behalten, sollten sich Opportunitäten auftun, um eben genau weitere Massnahmen im Zusammenhang mit dem Massnahmenplan Klima einfach ergreifen zu können. Dementsprechend würden wir es begrüssen, würde der Kürzungsantrag abgelehnt werden."

Diskussion

David Siems (Grüne)

"Ich habe dummerweise meinen Sekundenleim zu Hause vergessen und ein vorbereitetes Votum habe ich auch nicht. Ganz grundsätzlich, der Klimawandel ist eine Realität. Ob man ihn jetzt für Menschen gemacht hält, was er ist oder nicht, das ist eigentlich zweitrangig. Wahr ist auch, dass wir ihn da in Dübendorf nicht im Alleingang stoppen werden. Aber das ist nicht ein lokales Thema, das ist ein internationales Thema. Aber was sehr wohl ein lokales Thema ist, sind lokale Auswirkungen. Wie eben die Erhöhung der innerstädtischen Hitze und all diese Sachen. Die Grünen haben kürzlich erst - das wird dann noch in einen Vorstoss fliessen - eine Auswertung in Arbeit gegeben zur Entwicklung des Kronendeckungsgrades in Dübendorf. Da geht es darum, man schaut auf Luftaufnahmen, wie viele Gebiete von Baumkronen bedeckt sind, also beschattet und gekühlt werden. Und da hat sich eben gezeigt, dass in Dübendorf von allen untersuchten Gemeinden - wir haben einen Grossteil der Bezirksgemeinden angeschaut - der Rückgang am grössten ist, mit innerhalb von vier Jahren minus 15 Prozent. Aber nageln Sie mich nicht auf Zahlen fest. Es findet quasi im städtischen Raum eine Entwaldung statt, gleichzeitig steigen aber die Temperaturen, die Sonne scheint auf den Asphalt und es gibt eine Erhitzung. Gerade für ältere Menschen ist dies eine sehr problematische Sache. Allein das Thema Hitzeminderung ist so ein Fall, bei dem man mit Massnahmen wie den Mikroparks, über die wir vorhin gesprochen haben, einiges bewegen kann, indem man mehr Bäume pflanzt und dadurch Kaltluftkorridoren erzeugt, die die Stadt etwas abkühlen. Das ist jetzt nur ein Beispiel. Und ja, die Sachen kosten halt Geld, das ist so. Und ich halte es wirklich vor dem Hintergrund her nicht für gescheit, auch weil wir einen Auftrag von der Bevölkerung haben, beziehungsweise vom Rat, auch da das Thema anzupacken, das Thema Klimawandel, da jetzt noch Geld herauszustreichen, weil das werden wir brauchen, wenn nicht in diesem Jahr, dann in den folgenden Jahren und mehr."

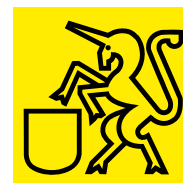
Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den vierten Änderungsantrag der GRPK-Mehrheit zu Kapitel 1 "Präsidium" der Investitionsrechnung mit 19 zu 18 Stimmen mittels Stichentscheides des Ratspräsidenten an.

Fünfter Änderungsantrag: Langsamverkehrskonzept 2025

Konto	1790.501000.IR01349	(Verkehrsplanung	-	Strassen	und	Verkehrswege)
	Langsamverkehrskonzept 2025	Verkehrssicherheit				
	Antrag Stadtrat	Fr.	70'000.00			
	Antrag GRPK	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	70'000.00	S)



Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Bei diesem Konto geht es um das Thema Verkehrssicherheit. Gemäss dem Stadtrat umfasst Verkehrssicherheit neben Tempomassnahmen weitere Sachverhalte, zum Beispiel Anfragen von Privaten oder Abklärungen für Drittprojekte etc. Der Stadtrat meint auf Nachfrage, dass auch im Jahr 2025 mit Ausgaben zu rechnen sei. Die GRPK beantragt die Streichung von dieser Budgetposition. Es handelt sich wiederum um eine Budgetierung auf Vorrat. Es fehlen absolut konkrete Angaben, was damit gemacht werden soll. Und nur mal zur Erinnerung, für unerwartete, unumgängliche Ausgaben hat der Stadtrat anderthalb Millionen pro Jahr zur Verfügung und kann diese dann damit einsetzen, sofern sich die Aufgaben nicht durch eigene Ressourcen bewältigen lassen. Die GRPK-Mehrheit beantragt die Streichung von diesen 17'000 Franken."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den fünften Änderungsantrag der GRPK zu Kapitel 1 "Präsidium" der Investitionsrechnung mit 27 zu 10 Stimmen an.

Sechster Änderungsantrag: Adlerplatz Umgestaltung

<i>Konto 1795.501000.IR01302 (Regionalverkehr - Strassen und Verkehrswege) Adlerplatz Umgestaltung (Aufhebung PP)</i>				
Antrag Stadtrat	Fr.	225'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	25'000.00	(Abweichung: - Fr.	200'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Auf dem Konto sind 225'000 Franken budgetiert für die allfällige Umgestaltung des Adlerplatzes. Und da ist davon auszugehen, Stand heute, dass die Umgestaltung des Adlerplatzes aufgrund des demokratischen Entscheidungsprozesses höchst unwahrscheinlich im Jahr 2025 stattfinden kann. Und für die Ausarbeitung der Abstimmungsvorlagen, die ja noch kommen werden, erachtet die GRPK-Mehrheit 25'000 Franken als genügend und beantragt darum, 200'000 Franken zu streichen auf neu 25'000 Franken."

Der Stadtrat erklärt sich mit der Argumentation sowie dem Antrag der GRPK als einverstanden.

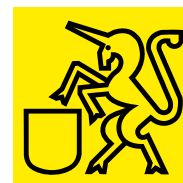
Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den sechsten Änderungsantrag der GRPK zu Kapitel 1 "Präsidium" der Investitionsrechnung mit 27 zu 0 Stimmen an.

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, gilt Kapitel 1 Präsidium der Investitionsrechnung als genehmigt.



Kapitel 2 Finanzen

Zu diesem Kapitel gibt es von der GRPK keinen Änderungsantrag. Da keine anderen Änderungsanträge gestellt werden, gilt das Kapitel 2 Finanzen der Investitionsrechnung als genehmigt.

Kapitel 3 Hochbau

Zu diesem Kapitel gibt es von der GRPK keinen Änderungsantrag. Da keine anderen Änderungsanträge gestellt werden, gilt das Kapitel 3 Hochbau als genehmigt.

Kapitel 4 Tiefbau

Zu diesem Kapitel liegen zwei Änderungsanträge der GRPK vor.

Erster Änderungsantrag: Klimatische Aufwertung Meiershofplatz

Konto 4600.501000 IR01357 (Unterhaltungsdienste – Strassen und Verkehrswege) Klimatische Aufwertung Meiershofplatz

Antrag Stadtrat	Fr.	50'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	50'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Der Gemeinderatspräsident hat schon gesagt, um was es geht und dazu kann ich Folgendes sagen: Gemäss Stadtrat ist das Projekt Aufwertung Meiershofplatz abhängig von der Entwicklung beim Adlerplatz, warum 2025 beim Meiershofplatz keine Aktivitäten erfolgen werden. Die GRPK-Mehrheit beantragt darum die Streichung dieser Budgetposition. Und das, sofern ich das richtig mitbekommen habe, im Einverständnis mit dem Stadtrat. Ich glaube, der Stadtrat nickt."

Der Stadtrat bestätigt, dass er mit dem Antrag einverstanden ist.

Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmung

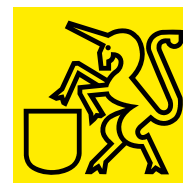
Der Gemeinderat nimmt den ersten Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 4 "Tiefbau" der Investitionsrechnung mit 28 zu 0 Stimmen an.

Zweiter Änderungsantrag: Velomassnahmen Usterstrasse, Glattbrücke bis Sonnenbergstr.

Konto 4910.503000 IR01292 (Abwasserbeseitigung – Übrige Tiefbauten) Usterstrasse, Glattbrücke bis Sonnenbergstrasse. Velomassnahmen

Antrag Stadtrat	Fr.	100.000.00		
Antrag GRPK	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	100'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.



Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Auf dem Konto sind 100'000 Franken budgetiert. Und zwar mit der Begründung, in der Usterstrasse sind Optimierungen zugunsten des Fuss- und Veloverkehrs sowie Hitzeminderungsmaßnahmen vorgesehen. Gemäss dem Stadtrat sind im Jahr - da gibt es auch einen Beschluss dazu, glaube ich. Nein, es gibt glaube ich noch keinen Beschluss - Aber gemäss Aussagen vom Stadtrat sind im Jahr 2025 Projektierungen und Genehmigungen für ein gesamtheitliches Projekt inklusive Strasse und Kanal vorgesehen. Ein Baustart ist demnach frühestens 2026 möglich. Die GRPK-Mehrheit beantragt darum eine Streichung von diesen 100'000 Franken aus dem Budget."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der GRPK-Präsident hat das nicht falsch zitiert. Es ist wahrscheinlich so, dass im 2025 noch nicht der grosse Liquiditätsfluss sein wird. Intern wird im Moment abgeschätzt, dass etwa 25'000 im 2025 fließen werden und 75'000 im 2026. Der Stadtrat hält aber daran fest in der Investitionsrechnung den Betrag zu lassen. Wenn er dann nicht umgesetzt wird, ist es eine reine Liquiditätsmassnahme, es kommt ein Jahr später. In dem Sinn, der Stadtrat hält das im Antrag fest, aber es ändert nichts am Projekt, auch wenn jetzt diese Kürzung stattfinden würde. Das wird so entwickelt, wie es im Moment vorbereitet wird."

Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den zweiten Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 4 "Tiefbau" der Investitionsrechnung mit 27 zu 10 Stimmen an.

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, gilt Kapitel 4 Tiefbau der Investitionsrechnung als genehmigt.

Kapitel 5 Sicherheit

Zu diesem Kapitel liegt ein Änderungsantrag der GRPK vor.

Änderungsantrag: Ersatz Mannschaftstransporter

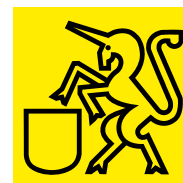
Konto 5100.506000 IR01332 (Bevölkerungsschutz - Mobilien) Ersatz Mannschaftstransporter BVS Bus 2

Antrag Stadtrat	Fr.	79.000.00		
Antrag GRPK	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	79'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Vom Stadtrat sind zwei neue elektrische Mannschaftsfahrzeuge an je 79'000 Franken beantragt. Die vorhandenen Fahrzeuge sind 15-jährig, noch einsatzfähig und gemäss Steckbrief in unterschiedlichem Zustand. Beide Fahrzeuge haben sehr wenige Kilometer, 41'000 rund und 35'000. Neben der Einsatzfähigkeit hat die GRPK auch die ökologische Seite hinterfragt und aus Sicherheitsüberlegungen den elektrischen Antrieb in einer Krisensituation. Aus diesen Überlegungen beantragt die GRPK-Mehrheit, eines dieser beiden Fahrzeuge mit einem Neuen zu ersetzen. Dafür sind 79'000 Franken auf einem anderen Konto in der Investitionsrechnung 01331 budgetiert und nicht Gegenstand von diesem Antrag. Das zweite Auto budgetiert unter dieser Investitionsnummer soll gemäss der GRPK-Mehrheit nicht ersetzt werden. Also einfach gesagt, wenn der Gemeinderat dem Streichungsantrag der GRPK-Mehrheit folgt, dann wird nur ein statt zwei Autos im Moment angeschafft."



Diskussion

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 5 "Sicherheit" der Investitionsrechnung mit 29 zu 6 Stimmen an.

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, gilt Kapitel 5 Sicherheit der Investitionsrechnung als genehmigt.

Kapitel 6 Soziales

Zu diesem Kapitel gibt es von der GRPK keinen Änderungsantrag. Da keine anderen Änderungsanträge gestellt werden, gilt das Kapitel 6 Soziales als genehmigt.

Kapitel 7 Bildung

Zu diesem Kapitel liegt ein Änderungsantrag der GRPK vor.

Änderungsantrag: Mobiliar Schulraum im Gebäude Three Point

Konto 7100.506000.IR01167 (Schulliegenschaften und Anlagen - Mobilien) Three Point Mobiliar Schulraum

Antrag Stadtrat	Fr.	329'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	29'000.00	(Abweichung: - Fr.	300'000.00 S)

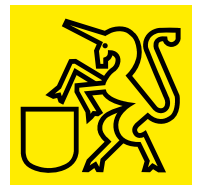
Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird den Antrag vorstellen.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Budgetiert sind da ursprünglich 329'000 Franken für die Komplettierung der Ausstattung Mobiliar vom Schulhaus Three Point. Gemäss Aussagen des Stadtrats ist bis zum jetzigen Zeitpunkt ein Grossteil dieses Mobiliars angeschafft und wird noch 2024 bezahlt. Offen ist noch die Beschaffung von Bibliotheks-, Lager- und Rollgestellen im geschätzten Umfang gemäss Stadtrat von 50'000 Franken. Darum kann im Einverständnis mit dem Stadtrat der Budgetbetrag auf 50'000 Franken reduziert werden. Die GRPK-Mehrheit ist der Ansicht, dass für die noch ausstehenden Anschaffungen 29'000 Fr. ausreichend sind und beantragt die Budgetreduktion um 300'000 Fr. auf neu 29'000 Fr."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

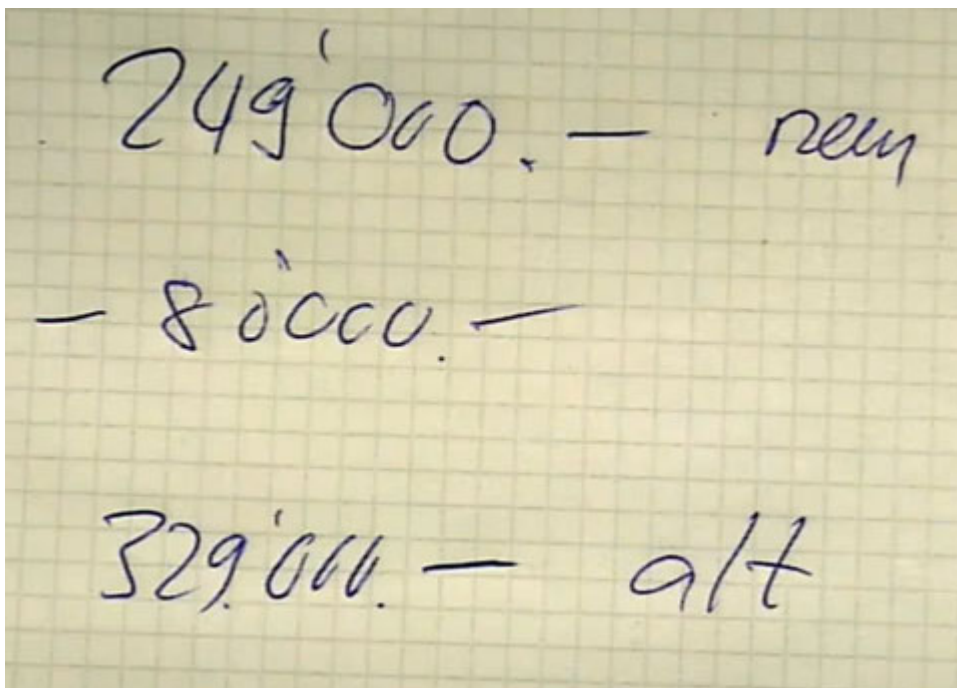
"Da muss ich leider sagen, dass die Antwort vom Stadtrat unvollständig war. Dafür möchten wir uns auch entschuldigen, dass wir heute mit den neuen Fakten kommen müssen. Es geht unter dem Posten, das haben wir in der letzten Baukommission gesehen, nicht nur darum, um die Einrichtung von Bibliothek und Rollstellen von 50'000 Franken, sondern es sind noch zwei Schulzimmer, die eingerichtet werden müssen. Und wir haben Mängel festgestellt, die nichts mit der Garantie zu tun haben. Ein Beispiel ist, die Eingangstür ist offenbar dermassen schwer aufzuschieben, dass ein Viertklässler das nicht schafft. Also wir müssen eine Massnahme treffen, dass die Tür auch von einem Viertklässler aufgestemmt oder geöffnet werden kann. Und davon, wir haben noch 249'000 Franken von dem Kredit, das das Volk genehmigt hat, ist noch offen. Und wir gehen davon aus, dass die 249'000 Franken ausreichen würden, um die Massnahmen, die jetzt noch anstehen im 2025 und noch nicht ausgeführt sind, umgesetzt werden können. Das heisst, eine Kürzung um 80'000 ist möglich, weil der Rest bereits abgehandelt ist. Also von 329'000 minus 80'000 auf 249'000. Auch wenn Sie jetzt das anders kürzen, eigentlich geht das gar nicht, weil es ist ein Volkskredit, den wir nachher abrechnen werden, am Ende, was es ist. Und wir sagen da heute schon, die Schulpflege, die



Baukommission ist der Meinung, dass wir mit einer Punktlandung abrechnen werden. Aber wie gesagt, die noch offenen 249'000, die wir jetzt noch haben, werden wir für diese Massnahmen, die wir leider der GRPK bei der Fragenbeantwortung falsch beantwortet haben, weil wir die Informationen noch nicht hatten, gebraucht werden. Ich bitte Sie also da, dem geänderten Antrag vom Stadtrat, also eine Kürzung um 80'000 von 329'000 auf 249'000 zuzustimmen. Der ursprüngliche Antrag ist damit zurückgezogen und wenn die GRPK an ihrem festhält, bitte ich Sie dem neuen Antrag vom Stadtrat zu folgen."

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) bittet den Stadtrat darum, seinen modifizierten Antrag gemäss der Geschäftsordnung des Gemeinderats als Änderungsantrag vor der Abstimmung dem Ratspräsidium schriftlich vorzulegen. Zudem soll der schriftliche Änderungsantrag dem gesamten Gemeinderat elektronisch präsentiert werden.

Die Beträge zum neuen Änderungsantrag des Stadtrats bezüglich Mobiliars für den Schulraum im Gebäude Three Point vor (alt) und nach (neu) der Kürzung auf dem genannten Budgetposten werden mittels Visualizer eingeblendet:



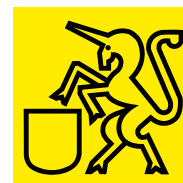
In der nachfolgenden Abstimmung werden somit der Änderungsantrag der GRPK und der modifizierte Änderungsantrag des Stadtrates einander gegenübergestellt.

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmung

Der Gemeinderat lehnt den Änderungsantrag von der GRPK zu Kapitel 7 "Bildung" der Investitionsrechnung ab und nimmt stattdessen den neuen Hauptantrag des Stadtrats mit einer Reduktion auf neu Fr. 249'000 mit 36 zu 0 Stimmen an.



Es gibt keine weiteren Änderungsanträge zum Kapitel 7 Bildung der Investitionsrechnung. Damit gilt dieses Kapitel als genehmigt.

Zwischenabstimmung betreffend Investitionsrechnung

Der Gemeinderat stimmt der Budgetierung betreffend Investitionsrechnung mit den soeben beschlossenen Änderungen mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Steuerfuss

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Zum letzten Mal für heute hier vorne. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat einen gleichbleibenden Steuerfuss von 78%. Die GRPK stützt den Antrag vom Stadtrat und beantragt dem Gemeinderat einstimmig, den Steuerfuss bei 78% gemäss Antrag vom Stadtrat zu belassen."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen oder Änderungsanträge.

Abstimmung

Der Gemeinderat legt den Steuerfuss für die politische Gemeinde Dübendorf für das Jahr 2025 einstimmig mit 37 zu 0 Stimmen auf 78 Prozent fest.

Schlussabstimmung über das bereinigte Budget 2025

Der Gemeinderat stimmt dem bereinigten Budget 2025 inklusive der Änderungen in der Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung sowie einem Steuerfuss von 78 % für die politische Gemeinde Dübendorf einstimmig mit 37 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Das Budget des Politischen Gemeindegutes für das Jahr 2025 wird mit folgenden Änderungen genehmigt;

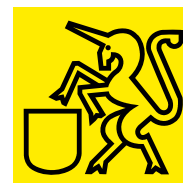
Konto 1000.310000 (Legislative) Büromaterial – technische Ausstattung GR-Sitzung
Erhöhung von Fr. 400.00 auf Fr. 5'400.00 (Abweichung: + Fr. 5'000.00)

Konto 1000.313200 (Legislative) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.
Kürzung von Fr. 69'200.00 auf Fr. 55'360.00 (Abweichung: - Fr. 13'840.00)

Konto 1000.313300 (Legislative) - Dienstleistungen Dritter externe Aufträge
Erhöhung von Fr. 22'000.00 auf Fr. 27'000.00 (Abweichung: + Fr. 5'000.00)

Konto 1020.313000 (Exekutive) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker, etc.)
Kürzung von Fr. 145'700.00 auf Fr. 115'700.00 (Abweichung: - Fr. 30'000.00)

Konto 1020.313200 (Exekutive) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.
Kürzung von Fr. 139'000.00 auf Fr. 111'200.00 (Abweichung: - Fr. 27'800.00)



Konto 1110.301001 (Personaldienste) Stellenplananpassungen
Kürzung von Fr. 360'000.00 auf Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 360'000.00)

Konto 1110.301003 (Personaldienste) Quoten für Besoldungserhöhungen – Teuerung (ohne ASZ und PS) und Konto 1110.301004 (Personaldienste) Quoten für Besoldungserhöhungen – individuelle Lohnerhöhung (ohne ASZ und PS)

Konto 1110.301003:
Kürzung von Fr. 626'200.00 auf Fr. 243'100.00 (Abweichung: - Fr. 383'100.00)
und

Konto 1110.301004:
Erhöhung von Fr. 0.00 auf Fr. 383'100.00 (Abweichung: + Fr. 383'100.00)

Konto 1710.313200 (Kommunale Richt- und Nutzungsplanung) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Kürzung von Fr. 45'000.00 auf Fr. 36'000.00 (Abweichung: - Fr. 9'000.00)

Konto 1900.311000 (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB) Anschaffung Büromöbel und -geräte

Kürzung von Fr. 20'000.00 auf Fr. 5'000.00 (Abweichung: - Fr. 15'000.00)

Konto 1900.313200 (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Kürzung von Fr. 165'000.00 auf Fr. 132'000.00 (Abweichung: - Fr. 33'000.00)

Konto 2200.313200 (Liegenschaften) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Kürzung von Fr. 149'000.00 auf Fr. 119'200.00 (Abweichung: - Fr. 29'800.00)

Konto 2300.313200 (Übrige Verwaltungsgebäude) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Kürzung von Fr. 50'000.00 auf Fr. 40'000.00 (Abweichung: - Fr. 10'000.00)

Konto 3010.313200 (Bauwesen inkl. allgemeine Dienstleistungen Stadttingenieur) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

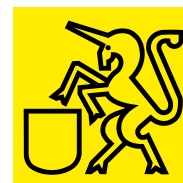
Kürzung von Fr. 100'000.00 auf Fr. 80'000.00 (Abweichung: - Fr. 20'000.00)

Konto 4900.313200 (Recycling und Entsorgung) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Kürzung von Fr. 69'000.00 auf Fr. 55'200.00 (Abweichung: - Fr. 13'800.00)

Konto 4900.313200 4910.313200 (Abwasserbeseitigung) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Kürzung von Fr. 250'000.00 auf Fr. 200'000.00 (Abweichung: - Fr. 50'000.00)



Konto 6030.313200 (Übrige soziale Wohlfahrt) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.
Kürzung von Fr. 45'600.00 auf Fr. 36'480.00 (Abweichung: - Fr. 9'120.00)

Konto 6900.313200 (Infrastruktur und Verwaltung Alterszentrum) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.
Kürzung von Fr. 48'000.00 auf Fr. 38'400.00 (Abweichung: - Fr. 9'600.00)

Konto 7000.301003 (Primarschulverwaltung) Quoten für Besoldungserhöhungen – Teuerung und Konto 7000.301004 (Primarschulverwaltung) Quoten für Besoldungserhöhungen – individuelle Lohnerhöhung
Konto 7000.301003:
Kürzung von Fr. 290'500.00 auf Fr. 112'800.00 (Abweichung: - Fr. 177'700.00)
und
Konto 7000.301004:
Erhöhung von Fr. 0.00 auf Fr. 177'700.00 (Abweichung: + Fr. 177'700.00)

Konto 7100.447000 (Schulliegenschaften und -Anlagen) Pacht- und Mietzinsen Liegenschaften
Kürzung von Fr. -67'100.00 auf Fr. -100'100.00 (Abweichung: - Fr. 33'000.00)

Konto 7100.492000 (Schulliegenschaften und -Anlagen) Interne Verrechnung Mieten
Erhöhung von Fr. -154'100.00 auf Fr. -121'100.00 (Abweichung: + Fr. 33'000.00)

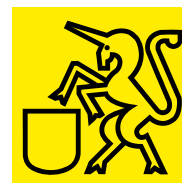
Konto 7290.392000 (Tagesbetreuung) Interne Verrechnung von Pacht, Mieten, Benützungskosten
Kürzung von Fr. 98'200.00 auf Fr. 65'200.00 (Abweichung: - Fr. 33'000.00)

2. Den budgetierten Investitionen im Verwaltungs- und Finanzvermögen wird mit folgenden Änderungen zugestimmt;

Konto 1710.529000.IR01378 (Kommunale Richt- und Nutzungsplanung-Übrige immaterielle Anlagen) Adressierung IPZ
Kürzung von Fr. 30'000.00 auf Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 30'000.00)

Konto 1750.529000.IR01299 (Umwelt - Übrige immaterielle Anlagen) Massnahmenplan Klima
Kürzung von Fr. 300'000.00 auf Fr. 215'000.00 (Abweichung: - Fr. 85'000.00)

Konto 1790.501000.IR01349 (Verkehrsplanung - Strassen und Verkehrswege) Langsamverkehrskonzept 2025 Verkehrssicherheit



Kürzung von Fr. 70'000.00 auf Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 70'000.00)

Konto 1795.501000.IR01302 (Regionalverkehr - Strassen und Verkehrswege) Adlerplatz
Umgestaltung (Aufhebung PP)
Kürzung von Fr. 225'000.00 auf Fr. 25'000.00 (Abweichung: - Fr. 200'000.00)

Konto 4600.501000 IR01357 (Unterhaltungsdienste – Strassen und Verkehrswege) Klimatische
Aufwertung Meiershofplatz
Kürzung von Fr. 50'000.00 auf Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 50'000.00)

Konto 4910.503000 IR01292 (Abwasserbeseitigung – Übrige Tiefbauten) Usterstrasse,
Glattbrücke bis Sonnenbergstrasse. Velomassnahmen
Kürzung von Fr. 100'000.00 auf Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 100'000.00)

Konto 5100.506000 IR01332 (Bevölkerungsschutz - Mobilien) Ersatz
Mannschaftstransporter BVS Bus 2
Kürzung von Fr. 79'000.00 auf Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 79'000.00)

Konto 7100.506000.IR01167 (Schulliegenschaften und Anlagen - Mobilien) Three Point
Mobiliar Schulraum
Kürzung von Fr. 329'000.00 auf Fr. 249'000.00 (Abweichung: - Fr. 80'000.00)

3. Für die Politische Gemeinde wird eine Steuer von 78.0% erhoben, berechnet auf der Grundlage eines mutmasslichen Nettosteuerertrages zu 100.0% von 86.0 Mio. Franken;
4. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Realisierung von Projekten, für die entsprechende Beschlüsse vorliegen, die notwendigen Darlehen aufzunehmen.

Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.

Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP)

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 20. Januar 2025 die Traktandenliste der Gemeinderatssitzung vom 3. Februar 2025 festlegen.



Gemeinderatspräsident Roger Gallati (FDP) wünscht allen eine schöne und besinnliche Weihnachtszeit.

Damit ist die 26. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2022-2026 geschlossen.

Schluss der Sitzung: 22:43 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Friederike Häfeli
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Roger Gallati
Gemeinderatspräsident